

Regina Teske

Staatssicherheit auf dem Dorfe

Zur Überwachung der ländlichen Gesellschaft
vor der Vollkollektivierung 1952 bis 1958

Bitte zitieren Sie diese Online-Publikation wie folgt:

Regina Teske: Staatssicherheit auf dem Dorfe. Zur Überwachung der ländlichen Gesellschaft vor der Vollkollektivierung 1952 bis 1958 (BF informiert 27/2006)

<http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421306848>

Mehr Informationen zur Nutzung von URNs erhalten Sie unter

<http://www.persistent-identifier.de/>

einem Portal der Deutschen Nationalbibliothek.

Die Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
Postfach 218
10106 Berlin
publikation@bstu.bund.de

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

Alle Bilder in: Früchte des Bündnisses. Werden und Wachsen der sozialistischen Landwirtschaft der DDR. Berlin 1980.

Titelbild: Dank des Vorsitzenden der LPG »Neue Zeit« für die Erntehilfe der Reichsbahnarbeiter (S. 95).

Rückseite: Aufruf zur gegenseitigen Bauernhilfe nach Unwetterschäden im Kreis Langensalza (S. 77); Die beste Kuh der Herde des Volkseigenen Gutes Demmin, 1953 (S. 94); Karikatur zur Gewinnung der Einzelbauern für die LPG (S. 141).

Rechtsinhaber an den Abbildungen konnten nicht ermittelt werden. Etwaige Honoraransprüche bleiben jedoch gewahrt.

Schutzgebühr: 5,00 €

Berlin 2006

ISBN 978-3-942130-684-8

urn:nbn:de:0292-97839421306848

INHALT

1	Einleitung	3
1.1	Vorbemerkung	3
1.2	Entwicklungen in der DDR-Landwirtschaft bis zur Vollkollektivierung	4
1.3	Die Maschinen-Traktoren-Stationen und ihre politischen Abteilungen	13
2	Strukturen der Staatssicherheit auf dem Lande	22
2.1	Strukturen und Aufgaben im »Sicherungsbereich« Landwirtschaft 1952/1953	22
2.2	Die MfS-Sachbearbeiter für Landwirtschaft in den MTS – Status und Aufgabenentwicklung	26
2.3	Zur Arbeit der Staatssicherheit mit inoffiziellen Mitarbeitern im Bereich der Landwirtschaft	31
3	Die Großbauern als besondere Feindkategorie	34
4	Die operative Tätigkeit der Staatssicherheit in ländlichen Regionen – Grundsätzliches und Fallbeispiele	41
4.1	Der »Objektvorgang« als Informationsspeicher	41
4.2	Zur Überwachung der ländlichen Gesellschaft im Bezirk Leipzig 1953 bis 1955	44
4.2.1	MTS-Bereich Zschackwitz	49
4.2.2	MTS-Bereich Wiesena	51
4.2.3	MTS-Bereich Taucha	52

4.3	Zur Tätigkeit der Staatssicherheit im landwirtschaftlichen Bereich des Bezirks Dresden	53
4.3.1	Ein Bericht zu den MTS-Politabteilungen im Bezirk Dresden aus dem Jahr 1954	53
4.3.2	Entwicklung der geheimpolizeilichen Tätigkeit im MTS-Bereich Neckanitz – Kreisdienststelle Meißen	55
4.4	Ein Beispiel aus dem Grenzbezirk Suhl – der MTS-Bereich Langwiesen – Kreisdienststelle Ilmenau	61
5	Schlussbemerkungen	65
	Anhang	67
Anlage I:	Die Beziehungen der staatlichen Organe zu den MTS	67
Anlage II:	»Feindtätigkeit« in der Landwirtschaft, Zeitraum 1.1.1958 bis 30.9.1958	69
Anlage III:	Struktur von Objektvorgängen	70
Anlage IV:	Zur operativen Tätigkeit der Abteilung III der BV Leipzig Stand: 28.12.1953	71
	Dokumente	73
	Abkürzungen	107
	Angaben zur Autorin	109

1 Einleitung

1.1 Vorbemerkung

Anliegen der Arbeit ist es, primär aus der Perspektive der DDR-Staatssicherheit, den Zeitraum der beginnenden sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR bis zum Beginn der eigentlichen Zwangskollektivierung zu beleuchten. Insbesondere ist der Blick auf das Wirken der operativen Mitarbeiter der Staatssicherheit auf der »Linie Landwirtschaft« in den Jahren 1952 bis 1958 gerichtet. Im Mittelpunkt stehen dabei die geheimpolizeilichen Strukturen im ländlichen Bereich, der in dieser Phase – mal mehr, mal weniger – unter dem Transformationsdruck der SED-Politik stand, aber noch überwiegend privatbäuerlich geprägt war.

Konkret geht es um die Darstellung der »operativen Tätigkeit« der Mitarbeiter der Staatssicherheit¹ in den Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS), die von April bis Dezember 1953 offiziell als Stellvertreter des Leiters der Politabteilung fungierten. Über die durch unterschiedliche Phasen gekennzeichnete Entwicklung der SED-Landwirtschaftspolitik wird einleitend kurz informiert, sie soll hier aber nicht detailliert nachvollzogen werden. Hierzu geben eine Reihe jüngerer Studien umfassend Auskunft.² Als Quellengrundlage dienen in erster Linie die Unterlagen der Behörde der Bundesbeauftragten (BStU). Ergänzend wurden punktuell auch Dokumente aus anderen staatlichen und SED-Beständen hinzugezogen. Die Vorgänge um die Bildung und Arbeitsweise der Politischen Abteilungen ließen sich auf der Grundlage ausgewerteter Sitzungsprotokolle des Sekretariats des ZK und des Politbüros nachvollziehen.

Die Auswahl der Bezirke Leipzig und Dresden für die Fallbeispiele war der relativ guten Materiallage in den betreffenden Teilbeständen geschuldet. Im Zuge der Recherchen in den Beständen der BStU gerieten auch andere Regionen in den Blick,

¹ Nach den Juni-Ereignissen 1953 in der DDR erhielt das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) ab 23.7.1953 den Status eines Staatssekretariats für Staatssicherheit (SfS) und wurde dem Ministerium des Innern unterstellt. Ab 24.11.1955 hatte es wieder den Status eines Ministeriums. Hier werden beide Begriffe verwendet.

² Vgl. u. a. Schöne, Jens: Frühling auf dem Lande? Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft. Berlin 2005; Bauerkämper, Arnd: Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg. Köln 2002; Halder, Winfried; Kluge, Ulrich; Schlenker, Katja (Hg.): Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Vor- und Frühgeschichte der sozialistischen Landwirtschaft in der SBZ/DDR vom Kriegsende bis in die fünfziger Jahre. Stuttgart 2001 (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 92); Humm, Antonia Maria: Auf dem Weg zum sozialistischen Dorf. Zum Wandel der dörflichen Lebenswelt in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland 1952–1969. Göttingen 1999.

beispielsweise der Bezirk Magdeburg mit 79 ausgewiesenen »Objektvorgängen« zu den MTS, von denen noch 40 archiviert und zugänglich sind. Die detaillierte Auswertung dieser Unterlagen hätte den beabsichtigten Umfang dieser Abhandlung jedoch überschritten. Insgesamt verlief die Mehrzahl der Recherchen in den Beständen der ehemaligen Bezirksverwaltungen (BV) der Staatssicherheit eher unbefriedigend: Landwirtschaftsbezogene »Objektvorgänge« der ehemaligen nördlichen Bezirke wie Neubrandenburg, Rostock oder Frankfurt/Oder waren entweder nicht mehr recherchierbar oder zum Teil nachweisbar, aber vernichtet.

Das alltägliche Wirken der Mitarbeiter der Staatssicherheit im Bereich der Landwirtschaft lässt sich hauptsächlich an den objektbezogenen Unterlagen aus den MTS-Bereichen und den dazugehörigen Vorgängen inoffizieller Mitarbeiter ablesen, die zu dieser Zeit die Bezeichnung Geheime Informatoren (GI) und Geheime Hauptinformatoren (GHI) trugen. Von Bedeutung sind ferner auch die Kaderunterlagen zu den einzelnen operativen Mitarbeitern. Die betreffenden Leitungsakten, welche Auskunft zu den übergeordneten administrativen Zusammenhängen geben, sind leider nur lückenhaft überliefert.

1.2 Entwicklungen in der DDR-Landwirtschaft bis zur Vollkollektivierung

Die Nachkriegsjahre waren nicht nur geprägt von ungeheurer wirtschaftlicher Not und schrecklichen Hungerwintern wie 1947 und 1948,³ sondern auch von der schrittweisen Verschärfung des Ost-West-Konfliktes, der von unterschiedlichen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen in den Westzonen und der SBZ begleitet war und letztendlich zur Gründung der beiden deutschen Staaten führte. Schon früh zeigten sich deutliche Unterschiede in den Lebenshaltungsstandards. Dass Produktion und Warenangebot einen wichtigen Faktor auch für die politische Stabilität eines Staates darstellten, hat die DDR während ihrer gesamten Existenz erfahren müssen.

³ Die Lebensmittelsätze von 1945 pro Person und Monat in Berlin (festgelegt durch den sowjetischen Militärkommandanten Bersarin, gültig ab 15. Mai 1945):

Fleisch: Gruppe I 3 000 g, Gr. II 1 950 g, Gr. III 1 200 g, Gr. IV 600 g, Gr. V 600 g

Fett: Gr. I 900 g, Gr. II 450 g, Gr. III 300 g, Gr. IV 600 g, Gr. V 210 g

Zucker: Gr. I 750 g, Gr. II 600 g, Gr. III 450 g, Gr. IV 450 g, Gr. V 450 g. Für jeden Erwachsenen wurden 400 g Kartoffeln pro Tag und 400 g Salz pro Monat zugeteilt. Die Rationsmengen gingen zeitweise nach unten, sodass der Kalorienwert sogar bis auf 600 pro Tag sank. Wer konnte Schwarzmarktpreise wie 80 Mark für 1 kg Weizenmehl oder 150 Mark für Zucker bezahlen (1947 in Berlin, wo 85 % der Bevölkerung mit dem Schwarzmarkthandel befasst gewesen sein sollen)? In: Meyer, Sibylle; Schulze, Eva: Wie wir das alles geschafft haben. Alleinstehende Frauen berichten über ihr Leben nach 1945. München 1985, S. 91 u. 189.

In der Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln gab es seit dem Ende des Krieges bis Mitte der sechziger Jahre immer wieder Phasen leichter Stabilisierung im Wechsel mit einschneidenden Engpässen, insbesondere im Zusammenhang mit den Kollektivierungskampagnen 1952/1953 und 1960, die von Repressionsmaßnahmen gegen private Bauern und Gewerbetreibende begleitet waren.⁴ Ende der fünfziger Jahre spielte dabei die gewaltige Schere zwischen der gewachsenen Kaufkraft und der unzureichenden inländischen Warenproduktion eine Rolle.⁵ Dies blieb für die SED ein chronisches wirtschaftliches und politisches Problem. Immer wieder fielen im Laufe der fünfziger Jahre Vergleiche mit der Bundesrepublik beispielsweise im Bereich der landwirtschaftlichen Erträge zuungunsten sozialistischer Produktionsbetriebe aus, und der Pro-Kopf-Verbrauch im Westen war längst vorausgeeilt.⁶ Bis etwa 1965 lag die DDR in der Nahrungsmittelproduktion trotz merklicher Leistungsverbesserungen unter dem Vorkriegsniveau, während die Bundesrepublik deutliche Steigerungen vorwies.⁷ Die Systemkonkurrenz setzte die sozialistischen Planer unter einen enormen Druck, der sich insbesondere auch im Zusammenhang mit der Kollektivierung des Agrarsektors auswirkte, denn hier war die postulierte Überlegenheit der »sozialistischen Produktionsweise« zu demonstrieren.

Die Landwirtschaftspolitik der SED der fünfziger Jahre weist unterschiedliche Phasen auf.⁸ Durch die Bodenreform 1945 bis 1948⁹ und die Ansiedlung von Vertrie-

⁴ Bauerkämper, Arnd: als primären Grund der bedrohlichen Versorgungslage sieht er primär die »forcierte Kollektivierung«. In: Ders.; Sabrow, Martin; Stöver, Bernd (Hg.): Doppelte Zeitgeschichte: deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990. Bonn 1998, S. 298.

⁵ Im Jahre 1954 entfiel ein Drittel der Importe auf landwirtschaftliche Erzeugnisse und Güter der Lebensmittelindustrie; die Ausfuhr betrug dagegen nur 3,2 % des gesamten Exportvolumens. Vgl. Die Lebensmittelversorgung der Sowjetzone. In: SBZ-Archiv 5(1954)17, S. 260.

⁶ Merkel, Konrad; Schuhans, Eduard: Die Agrarwirtschaft in Mitteldeutschland. Sozialisierung und Produktionsergebnisse. In: Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland. Bonn, Berlin 1960, S. 128 f.

⁷ Echte Vergleichswerte ergeben sich u. a. bei der Netto-Nahrungsmittelproduktion. Ausführlicher dazu Blohm, Georg; Merkel, Konrad; Tümmeler, Edgar: Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland und ihre Auswirkung auf Produktion und Verbrauch landwirtschaftlicher Erzeugnisse. In: Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland. Bd. 3, Berlin 1968, S. 270 ff.

⁸ Vgl. Bauerkämper, Arnd: Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945–1963. Köln 2002, S. 159–193, und Zinke, Olaf: Die Transformation der DDR-Agrarverfassung in der Zeit von 1945–1960/61. Berlin 1999, Diss.

⁹ Entschädigungslose Enteignung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes über 100 ha durch mehrere Verordnungen ab September 1945. Aus dem entstandenen »Fonds« (1948 ca. 3 225 000 ha) wurde an folgende Empfänger Land verteilt: landlose und landarme Bauern, Landarbeiter, Umsiedler, Kleinpächter, Flüchtlinge. Buss, Franz: Die Struktur und Funkti-

benen kam es zu »massiven sozialstrukturellen Veränderungen im ländlichen Raum«,¹⁰ doch vor Juli 1952 entstanden Produktionsgenossenschaften nur auf freiwilliger Basis. Sie wurden überwiegend von Neubauern¹¹ und anderen Kleinbauern gebildet, die allein ökonomisch kaum lebensfähig waren. Die Kollektivierung war bis Mitte 1952 noch kein offizielles Anliegen der Partei – von Genossenschaften wurden zu dieser Zeit nur 3,3 Prozent des Bodens bearbeitet.¹²

Nach dem Aufruf zum »planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus« auf der 2. Parteikonferenz der SED wurden private Mittel- und Großbauern zunehmend unter Druck gesetzt und die Kollektivierung forciert. Eine nicht unerhebliche Rolle spielte dabei die Privilegierung der Genossenschaften bei Abnahmepreisen, Saatgutzu- teilung und dem Zugang zu Maschinen.¹³ Vor der Kursänderung waren die SED-

on der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Gesellschafts- und Wirtschaftssystem der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Marburg 1965, S. 13 f. Vgl. auch Bauerkämper, Arnd: Von der Bodenreform zur Kollektivierung. Zum Wandel der ländlichen Gesellschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und DDR 1945–1952. In: Kabelle, Hartmut; Kocka, Jürgen; Zwahr, Hartmut (Hg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994, S. 119–143.

Einen Überblick zu Gesetzen und Verordnungen, angefangen von der »Sicherung von Kunst- und Kulturgut im Zuge der Bodenreform« vom September 1945 bis zum Statut der LPG »Mitschurin« im Oktober 1952 gibt die Publikation von Döring, Heinz: Von der Bodenreform zu den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Erläuterung und Kommentierung des neuen Agrarrechtes. Berlin 1953.

¹⁰ Werkentin, Falco: »Unser Land habt ihr – aber uns habt ihr noch lange nicht.« Widerstand im ländlichen Milieu der SBZ/DDR. In: Henke, Klaus-Dietmar; Steinbach, Peter; Tuchel, Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Köln, Weimar, Wien 1999, S. 140.

¹¹ Zu den Neubauern zählten landlose Bauern, Landarbeiter und Umsiedler, die durch die Bodenreform Wirtschaften erhielten. Im Sinne der SED sollten sie einen »Pfeiler der sozialistischen Agrarstruktur« darstellen. Die erfolgreiche Bewirtschaftung scheiterte jedoch immer wieder hauptsächlich an schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen, mangelhafter Ausrüstung und fehlender Fachkenntnis bei der Führung der Betriebe. Bis 1952 waren bereits 38,3 % aufgegeben worden. Vgl. Weber, Adolf: Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft der DDR. In: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«. Bd. II,4, Baden-Baden 1995, S. 2809–2888; Bauerkämper: Von der Bodenreform zur Kollektivierung (Anm. 9), S. 119–143.

¹² Herferth, Willi; Poosch, Karl-Heinz; Schmidt, Walter: Von der demokratischen Bodenreform zum sozialistischen Dorf. Berlin 1965, S. 89 f.

¹³ Weitere Vergünstigungen gab es beim MTS-Einsatz, bei der Vergabe von Baumaterial und Krediten, beim Ablieferungssoll und bei den Steuern. Siehe Beschluss über die Vergünstigungen für die LPG und ihre Mitglieder v. 24.7.1952; GBl Nr. 101 v. 29.7.1952; vgl. auch Gesetz über die Entschuldung der Klein- und Mittelbauern bei Eintritt in die LPG. In: ND v. 19.2.1954, S. 1.

Funktionäre landesweit durch ein Grundsatzreferat von Walter Ulbricht eingeweiht worden.¹⁴ Im Februar 1953 holte die SED mit der »Verordnung zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion und der Versorgung der Bevölkerung« zu einem massiven Angriff auf den landwirtschaftlichen und gewerblichen Privatsektor aus.¹⁵ Abgaben und Steuern wurden extrem erhöht. Besonders diskriminiert wurden die »Großbauern«. Unter dem Vorwand, sie würden ihren Grundbesitz »nicht ordnungsgemäß« bewirtschaften, beschlagnahmte man viele Betriebe. Eine stark zunehmende Strafverfolgung wegen angeblicher »Wirtschaftsverbrechen« führte dazu, dass Einzelbauern in den Westen flohen oder »Zuflucht« in den LPG suchten. Durch diesen »kalten Bürgerkrieg«¹⁶ schrumpfte die Zahl der bäuerlichen Privatbetriebe mit über 20 Hektar Anbaufläche bis Mitte 1953 im Vergleich zum Vorjahr um mehr als ein Drittel.¹⁷ Im ersten Halbjahr 1953 erreichte die Abwanderung in den Westen mit insgesamt über 86 000 geflohenen Personen einen Rekordstand. Die Zahl der geflohenen Bauern betrug im Gesamtjahr 1953 rund 11 600.¹⁸

Diese Phase der forcierten Kollektivierung endete mit dem von Moskau oktroyierten »Neuen Kurs«, der am 9. Juni 1953 in einem Politbürokommuniqué verkündet wurde. »Von vielen Einzel- bzw. Mittel- und Großbauern wird das Kommuniqué begrüßt«, heißt es in einem Stimmungsbericht aus dem Leipziger Raum, »viele machen kein Hehl daraus und geben offen zu, dass auch sie bereits ihre Koffer zur Republikflucht gepackt hatten«.¹⁹ Auf der 15. Tagung des ZK im Juli 1953 betonte

¹⁴ Schöne, Jens: »Wir sind dafür, dass über diese Fragen keine Berichterstattung erfolgt.« Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR 1952/53. In: Werkentin, Falco (Hg.): Der Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR 1952/53. Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Bd. 15, Berlin 2002, S. 77–79.

¹⁵ GBl der DDR Nr. 25/1953, S. 329 f.

¹⁶ Schöne: »Wir sind dafür, dass über diese Fragen keine Berichterstattung erfolgt.« (Anm. 14), S. 85.

¹⁷ Kuntsche, Siegfried: Die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft. In: Klartext 3/3. Beiträge zur Geschichte der DDR. Berlin 1993, S. 202. Zum Rückgang der privatbäuerlichen Betriebe vgl. Westphal, Hermann: Der Schicksalsweg der Bauern. In: SBZ-Archiv 8(1957)24, S. 373–375.

¹⁸ Vgl. Bispinck, Henrik: »Republikflucht«: Flucht und Ausreise als Problem für die DDR-Führung. In: Hoffmann, Dierk; Schwartz, Michael; Wentker, Hermann (Hg.): Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre. München 2003, S. 285–309. Weitere (etwas höhere) Zahlen zu geflüchteten Bauern (und beschlagnahmten Betrieben) bei Horz, Gerhard: Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands unter besonderer Berücksichtigung des sowjetischen Vorbildes. Ziel – Methoden – Wirkungen. Diss. Berlin 1961, S. 113; Friebe, Siegfried: Die deutsche Flüchtlingsfrage. Struktur und Probleme. In: SBZ-Archiv 9(1958)19, S. 298–300.

¹⁹ Stimmungsbericht Nr. 3 der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Leipzig v. 13.6.1953; BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00004/06, Bl. 74.

Ulbricht, dass es »gegenwärtig nicht zweckmäßig [sei], neue Produktionsgenossenschaften zu gründen«. ²⁰ Die neuen Verordnungen der Regierung waren für die Verhältnisse in der Landwirtschaft nicht unerheblich. ²¹ Das Ablieferungssoll wurde den Betriebsgrößen entsprechend für zwei Jahre gesenkt, Ablieferungs- und Steuer rückstände wurden zum Teil ausgesetzt, Kredite für alle Bauern und privaten Unternehmer bewilligt. Weiterhin waren Regelungen zur Rückkehr Geflüchteter und über die Rückgabe dieser und der in Treuhand genommenen Betriebe angeordnet. Auch Gerichtsurteile wurden überprüft und verurteilte Bauern aus der Haft entlassen sowie die Verordnungen über Vermögensbeschlagnahme und zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion aufgehoben. In der Folge dieser Maßnahmen kam die Kollektivierung zum Stillstand. Einige hundert Genossenschaften lösten sich auf, sodass die Zahl der LPG von 5 074 Ende Juni 1953 bis zum Jahresende auf 4 691 zurückging. Allerdings blieb eine erhebliche Zahl »herrenloser« und »devastierter« Bauernwirtschaften, die nach und nach in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften übergingen, sodass Ende 1954 mit 5 120 der Stand von Mitte 1953 schon wieder erreicht war. ²²

Das Kollektivierungsklima war gleichwohl zunächst vergleichsweise mild, die Funktionäre nachsichtig und die Haltung der Bauern abwartend. Auf dem IV. Parteitag Ende März/Anfang April 1954 mahnten Ulbricht und der für die Landwirtschaft zuständige ZK-Sekretär, Erich Mückenberger, eine geduldige Überzeugungsarbeit der Funktionäre an. Wachsamkeit sei allerdings angebracht gegenüber den »Feinden«, die »Unruhe stiften« und »einen Keil zwischen Genossenschaftsbauern und werktätige Einzelbauern [...] treiben«. ²³

Für die Landwirte existierten ökonomische Anreize für den Beitritt zur LPG und zur erhofften Produktionssteigerung, doch trotz günstig scheinender Bedingungen litten viele Produktionsgenossenschaften unter den vielfältigen, meist alltäglichen Schwierigkeiten mit Menschen und Material. Die genossenschaftlichen Betriebe als die »Verkörperung der sozialistischen Agrarpolitik« standen in der Mehrzahl ökonomisch schlecht da und verzeichneten 1956/57 sogar einen Rückgang in der Marktpro-

²⁰ Ulbricht, Walter: Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei. Berlin 1953, S. 63 f. u. 97 f.

²¹ Horz: Die Kollektivierung (Anm. 18), S. 119–123; GBl der DDR Nr. 78/1953; Nr. 80/1953; Nr. 89/1953; Nr. 104/1953.

²² Vgl. Schulz, Dieter: Probleme der sozialen und politischen Entwicklung der Bauern und Landarbeiter in der DDR von 1949 bis 1955, Diss. A, Humboldt-Universität zu Berlin 1984, S. 244.

²³ Rede Erich Mückenbergers, Sekretär des ZK für Landwirtschaft 1953–1960, auf dem IV. Parteitag der SED, 30.3.–6.4.1954. In: Protokoll des IV. Parteitags der SED. Bd. 1, Berlin 1954, S. 631. Bis zum Ende des Jahres 1953 hatten sich 4 691 LPG Typ I bis III gegründet, die etwa 12,7 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LNF) des Landes bewirtschafteten. Vgl. Statistisches Jahrbuch 1955, S. 197.

duktion.²⁴ In bedeutendem Umfang war es weder gelungen, die vorhandenen LPG zu stabilisieren noch die gewünschte Zahl neuer zu bilden. Eine freiwillige Entscheidung der leistungsfähigeren Bauern »für den Sozialismus« war nicht abzusehen – darin bestand das Problem der SED, ihre »größte und komplizierteste Aufgabe«.²⁵

Die anhaltend schlechten Produktionsergebnisse ließen keinen Verzicht auf die rationierte Verteilung bestimmter Nahrungsmittel an die Bezieher der Lebensmittelgrundkarte zu, was den größten Teil der Bevölkerung betraf.²⁶ Die Versorgungslage blieb somit ein wunder Punkt, und es wurde MfS-intern davor gewarnt, »dass sich der Feind [...] einschaltet und uns zusätzliche Schwierigkeiten organisiert«.²⁷

Im Jahr 1956 geriet die Sozialisierungspolitik auf dem Lande durch die Entstalinisierung und die polnische Entscheidung zum Abbruch der Kollektivierung nochmals in die Defensive. Über die Wege zur Kollektivierung und zur notwendigen Steigerung der Produktion gab es sowohl unter den Landwirtschaftsexperten als auch in der politischen Führung Kontroversen. Ausdruck dieser politisch ungeklärten Situation waren die Thesen des Direktors des Instituts für Agrarökonomik, Kurt Vieweg, der im November 1956 in einer Denkschrift ein längerfristiges gleichberechtigtes Nebeneinander von Kollektiv- und Privatwirtschaft auf dem Lande vertrat.²⁸ Dieses »Agrarprogramm«²⁹ stieß bei Ulbricht allerdings auf wenig Sympathie. Schon wenig später, Anfang Februar 1957, wurde Viewegs Position auf dem 30. Plenum des ZK als »revisionistisch« gegeißelt. Gleichzeitig verabschiedete die SED ein »Aktionsprogramm

²⁴ Westphal, Hermann: Der Schicksalsweg der Bauern. Kollektivierung mit allen Mitteln. In: SBZ-Archiv 8(1957)24, S. 375. Die Effizienz kleiner Betriebe lag zu der Zeit mit 20–25 % höher als bei den LPG. Osmond, Jonathan: Kontinuität und Konflikte in der Landwirtschaft der SBZ/DDR zur Zeit der Bodenreform und der Vergenossenschaftlichung 1945–1961, S. 154. In: Bessel, Richard; Jessen, Ralph (Hg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR. Göttingen 1996.

²⁵ Herferth: Bodenreform (Anm. 12), S. 147.

²⁶ Von den 18 Millionen Einwohnern der SBZ (1955/56) lebten rund 10 Millionen mit und von der Grundkarte; der Lebensmittelbezug auf diese Karten reichte für etwa 20 Tage im Monat, die fehlenden Lebensmittel mussten, wenn finanziell möglich, über das HO-Angebot beschafft werden. In: SBZ-Archiv 7(1956)20, S. 313.

Rationierung 1954: Fleisch 1 350 g (45 g/Tag), Fett 900 g (30 g/Tag), Zucker 1 200 g (40 g/Tag); zeitweise gab es Eier gegen eine entsprechende Menge Fleischmarken (50 g – 1 Ei), Milch auf Sonderkarten für Kranke, Schwerarbeiter, Kinder. In: SBZ-Archiv 5(1954)17, S. 258.

²⁷ Protokoll der Dienstbesprechung der BV Magdeburg v. 7.3.1956; BStU, MfS, SdM 1921, Bl. 416.

²⁸ Vgl. Bauerkämpfer: Ländliche Gesellschaft (Anm. 8), S. 173–181.

²⁹ Vieweg, Kurt: Entwurf des Neuen Agrarprogramms für die Entwicklung der Landwirtschaft beim Aufbau des Sozialismus in der DDR. In: Scholz, Michael F.: Bauernopfer der deutschen Frage. Der Kommunist Kurt Vieweg im Dschungel der Geheimdienste. Berlin 1997, S. 235–242.

zur weiteren sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft«. Mückenberger forderte, verstärkt LPG vom Typ I zu schaffen – in der Hoffnung, dass »das Bewusstsein der Genossenschaftsbauern [...] sich über den Typ I folgerichtiger und systematischer« entwickelt.³⁰

Die letzten Illusionen selbstständig wirtschaftender Bauern beseitigte die 33. Tagung im Oktober 1957, die klar definierte, dass die »gesetzmäßige« sozialistische Perspektive nur im Übergang von Arbeitsgemeinschaften zur Genossenschaft liegen kann. In der Folge reagierte die Partei auf die unerwünschten Verzögerungen bei der LPG-Bildung mit der »Mobilisierung aller Reserven« und einer intensiven propagandistischen »Überzeugungsarbeit« auf dem Lande, um eine neue Phase der Kollektivierung einzuleiten. Die Bedingungen zur Gründung von LPG Typ I als einer »milderer« Form der sozialistischen Genossenschaft wurden erleichtert, und damit gelang es tatsächlich, viele der starken, an Erfahrung reichen Mittelbauern zum Beitritt zu bewegen, sodass 1958 schon rund ein Drittel aller Mittelbauern (formal) genossenschaftlich arbeiteten und insgesamt 52,4 Prozent aller Bauern in LPG Typ I zusammengeschlossen waren. Die Produktionsgenossenschaften (9 637) hatten jetzt einen Anteil von 37 Prozent an der landwirtschaftlichen Nutzfläche.³¹ Wirtschaftspolitisch sah die SED 1958 mit »der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Erfüllung der Volkswirtschaftspläne [...] die ökonomischen Voraussetzungen geschaffen, die es gleichzeitig gestatten, in Verbindung mit der Abschaffung der Lebensmittelkarten erneut Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Lebenslage [...], besonders der Arbeiter und Angestellten mit niedrigem Einkommen, durchzuführen«.³²

Mit dem V. Parteitag 1958 wurde langfristig der »zweite und entscheidende Kollektivierungsschub« ausgelöst.³³ Im Vorfeld der endgültigen Neustrukturierung der

³⁰ Mückenberger, Erich: Diskussionsbeitrag zur 30. Tagung des ZK der SED vom 30.1.–1.2.1957. In: Unsere ökonomischen Probleme und die Verbesserung der Wirtschaftsführung. Berlin 1957, S. 108 f.

Heinrich Rau, Minister für Außenhandel und innerdeutschen Handel, gibt in seinem Beitrag ein eindeutiges JA zur sozialistischen Großproduktion, bei allen Schwächen, die zu überwinden sind, und nennt u. a. Vergleichszahlen für die Entwicklung des Viehbestandes der Einzelbauern und der Genossenschaften für 1952 bis 1956. Sie bilanzieren einen Anstieg im kollektiven Bestand und Stagnation bzw. Rückgang bei privaten Wirtschaften. Ebenda, S. 58–60.

³¹ Herferth; Poosch; Schmidt: Bodenreform (Anm. 12), S. 287. 1960 gab es mehr als die doppelte Anzahl von LPG mit rund 85 % Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Nachweislich sank nach dem offiziellen Abschluss der Kollektivierung die Zahl der LPG; Austritte der Mitglieder erfolgten hauptsächlich mit der Begründung: schlechte Arbeitsorganisation und Nichteinhalten der Versprechen der Mitarbeiter des Staatsapparates.

³² Gesetz über die Abschaffung der Lebensmittelkarten; GBl I Nr. 33 v. 29.5.1958.

³³ Bauerkämper, Arnd: Abweichendes Verhalten in der Diktatur. Probleme einer kategorialen Einordnung am Beispiel der Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR. In: Ders.; Sabrow; Stöver (Hg.): Doppelte Zeitgeschichte (Anm. 4), S. 294–311; Ders.: Ländliche

Landwirtschaft agitierten SED und Nationale Front mit der neuen Losung: »Plane mit, arbeite mit, regiere mit«. Durch »Dorfperspektivpläne« sollte in jedem Dorf die »Gestaltung der sozialistischen Zukunft« intensiviert werden.³⁴ Die MTS wurden noch besser ausgerüstet,³⁵ die Traktorenbrigaden unter die Leitung der LPG gestellt, und 1959 wurde schließlich begonnen, »den fortgeschrittenen LPG [...] die Technik leihweise zu übergeben«.³⁶

Die Umgestaltung war ideologisch begründet und richtete sich gegen die einfache bäuerliche Warenproduktion in Form der Einzelbauernwirtschaften. Sie hatte angeblich hemmende Wirkungen, indem sie Planziele begrenze, ein Missverhältnis in den Arbeits- und Lebensbedingungen von Stadt und Land provoziere sowie den effektiven Einsatz der MTS-Technik und damit die Steigerung der Arbeitsproduktivität verhindere. Außerdem verursache sie das Zurückbleiben des Bruttosozialprodukts in der Landwirtschaft gegenüber der Industrie, erhöhe den Aufwand zur Produktion landwirtschaftlicher Produkte und werde letztendlich zu »Fesseln« für die Entwicklung der Produktivkräfte.³⁷

Wie sah die »breite ideologische Offensive der fortschrittlichen Kräfte unter Führung der Partei der Arbeiterklasse«³⁸ in der abschließenden Phase der beschleunigten Kollektivierung und des verstärkten ökonomischen Druckes aus? Ungeachtet der immer noch prekären Situation der landwirtschaftlichen Produktion richtete sich der Angriff in erster Linie gegen die wirtschaftlich starken Bauern³⁹, die großen Einfluss hatten und ihre Ablehnung der kollektiven Wirtschaftsweise offen äußerten. Sie waren präsent in Vorständen der VdgB (BHG)⁴⁰, in Gemeinderäten und Kreisgremien. So

Gesellschaft (Anm. 8), S. 159. Zu den Phasen der Kollektivierung siehe auch Blohm; Merkel; Tümmeler: Agrarpolitik (Anm. 7), S. 86–89.

³⁴ Herferth; Poosch; Schmidt: Bodenreform (Anm. 12), S. 161.

³⁵ Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1960/61, S. 436 f.

³⁶ Herferth; Poosch; Schmidt: Bodenreform (Anm. 12), S. 163.

³⁷ Schmidt, Walter: Die Grundzüge der Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR von 1945 bis zur Gegenwart, Teil I: 1945–1952. Berlin 1960, S. 182 f. Walter Schmidt hatte 1960 Vorlesungen an der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin gehalten. Er war Direktor des Instituts für Agrarökonomik der Humboldt-Universität und Verfasser von Schriften, die die Notwendigkeit der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft hieb- und stichfest im Sinne der Parteiideologie belegten. Im Quellennachweis zu seinen Vorlesungen häufen sich Namen wie Lenin, Marx, Engels, Ulbricht. Ein weiteres, hier zitiertes Werk »Von der demokratischen Bodenreform zum sozialistischen Dorf« weist Schmidt als Mitautor aus. Es enthält einen chronologischen Überblick zur DDR-Landwirtschaft von 1945–1965.

³⁸ Ebenda, S. 163.

³⁹ Siehe Kapitel 3.

⁴⁰ Die Bezeichnung VdgB (BHG) wurde 1950 nach der forcierten Vereinigung von ZVdgB (Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe) und dem Zentralverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften (ehemals Raiffeisen) festgelegt. Vgl. Schöne, Jens: Das

war angeblich die Mehrheit in den Vorständen »schwankend« oder »negativ« in ihrer Haltung zur Kollektivierung, vornehmlich in den Südbezirken.⁴¹

Die so genannten Werbebrigaden, seit Mitte 1959 im Einsatz, gebildet von linientreuen Genossen und wenigen Parteilosen als »Feigenblätter« und ständig verstärkt durch neue Reserven, wendeten vom hartnäckigen Argumentieren bis hin zu physischem Einsatz alle Mittel an, um eine »freiwillige Beitrittsklärung« der Bauern zu erreichen, die propagandistisch als Zustimmung der Bevölkerung umgedeutet wurde.⁴² Die beitriffsunwilligen Bauern verwiesen häufig auf unrentabel wirtschaftende LPG und schlechte Verdienste sowie eine fehlende gesetzliche Grundlage für einen Zwangsbeitritt. Häufig wurde ihnen bewusste Desorganisation und »Feindtätigkeit« vorgeworfen, und sie riskierten, mit Strafverfolgungsmaßnahmen überzogen zu werden.

In dieser Phase der Zwangskollektivierung stiegen die Fluchtzahlen von Bauern wieder stark an.⁴³ In den ersten drei Monaten des Jahres 1960 wurde so viel Land kollektiviert wie in den 7 ½ Jahren zuvor. Auf der 8. ZK-Tagung Ende März/Anfang April 1960, die den politischen Schlussspunkt der Kollektivierung markierte, postulierte Gerhard Grüneberg, der neue ZK-Sekretär für Landwirtschaft, die »Richtigkeit der Politik der Partei«, durch den »massenhaften Eintritt der Bauern« in die LPG und die Orientierung auf die aktuelle Hauptaufgabe »in kürzester Frist [...] einen Überfluss an landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu schaffen und Westdeutschland zu überflü-

landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in der SBZ/DDR 1945–1950/51. In: Kluge; Halder; Schlenker (Hg.): Zwischen Bodenreform und Kollektivierung (Anm. 2), S. 157–174.

⁴¹ Untersuchungen auf dem Sektor Landwirtschaft im Kreis Schwarzenberg v. 14.3.1960; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, CAKG-447, Bl. 253.

⁴² Horz: Die Kollektivierung (Anm. 18), S. 175 u. 186. Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1960/61, S. 422 u. 428 f.

⁴³ Hier divergieren die Zahlen aus DDR-Provenienz und die Zahlen aus dem westdeutschen Notaufnahmeverfahren sehr stark. Bispinck, Henrik: Flucht und Ausreise als Problem für die DDR-Führung. In: Hoffmann, Dierk; Wentker, Hermann (Hg.): Vor dem Mauerbau: Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre. München, Oldenburg 2003, S. 307, gibt – wohl auf der Basis der Statistik des MdI – 5 637 im Jahr 1960 geflohene Bauern an. Laut Notaufnahmeverfahren flüchteten in den ersten 5 Monaten des Jahres 1960 fast 7 000 Personen aus landwirtschaftlichen Berufen, rund 10 % der Gesamtzahl an Flüchtlingen; Ende des Jahres waren es ca. 14 700 aus diesem lebenswichtigen Produktionsbereich. Vgl. Die Flucht aus der Sowjetzone und die Sperrmaßnahmen des kommunistischen Regimes vom 13. August 1961 in Berlin. Hg. v. Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen. Bonn, Berlin 1961, S. 16 f.; Die Zwangskollektivierung des selbstständigen Bauernstandes in Mitteldeutschland. Hg. v. Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen. Bonn, Berlin 1960, S. 16–19; Kabermann, Heinz: Die Fluchtbewegung aus Mitteldeutschland. In: SBZ-Archiv 11(1960)14, S. 218–220.

geln.«⁴⁴ Auf circa 85,3 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen waren »sozialistische Produktionsverhältnisse« Tatsache geworden.⁴⁵ Rostock konnte sich am 5. März als erster vollgenossenschaftlicher Bezirk im »sozialistischen Frühling« präsentieren, in den südlichen Bezirken lag der »Ereignistag« Anfang/Mitte April. Die Zielstellung der 33. Tagung vom Oktober 1957, bis Ende 1960 alle Bauern in Genossenschaften erfasst und damit den Programmpunkt »Aufbau des Sozialismus auf dem Lande« realisiert zu haben, war im Wesentlichen erreicht.

1.3 Die Maschinen-Traktoren-Stationen und ihre politischen Abteilungen

Schon im Zuge der Bodenreform 1945/1946 wurden im Verantwortungsbereich der Ortsausschüsse der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) mit Unterstützung der Raiffeisengenossenschaften Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) gebildet, anfangs auch Maschinenausleihstellen oder Maschinenhöfe genannt. Durch Anordnung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) erfolgte im Jahre 1948 eine Vereinheitlichung und Zentralisierung im Rahmen der »Verwaltung der MAS« (VMAS); das Vermögen der MAS wurde »Volkseigentum«. In der Phase der Kollektivierung nach der 2. Parteikonferenz erhielten die MAS eine funktionale Schlüsselrolle, die durch die Umbenennung in Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) – eine Bezeichnung sowjetischen Ursprungs – unterstrichen wurde.⁴⁶ Es galt, insbesondere die neuen

⁴⁴ Grüneberg, Gerhard: Landwirtschaft – Sache des ganzen Volkes. In: Ulbricht, Walter: Der Kampf der sozialistischen Staaten für einen Überfluss an landwirtschaftlichen Produkten und die Erhöhung der Marktproduktion der LPG in der DDR. Berlin 1960, S. 259 u. 276; vgl. Merkel; Schuhans: Die Agrarwirtschaft in Mitteldeutschland (Anm. 6), S. 127 f. (Erträge und Ernten in der DDR und der Bundesrepublik) und Merkel: Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland, Teil II: Agrarproduktion und Nahrungsmittelverbrauch, S. 268–274.

⁴⁵ Beschluss der 8. Tagung des ZK v. 2.4.1960. In: Ulbricht: Der Kampf der sozialistischen Staaten (Anm. 44), S. 277; vgl. auch Horz: Die Kollektivierung (Anm. 18), S. 186. Er verweist auf 92 % am 14.4.1960. Blohm; Merkel; Tümmler: Agrarpolitik (Anm. 7), S. 87, dort 84,2 % Ende 1960.

⁴⁶ Durch die Verwaltungsreform im Juli 1952 entstanden mit Wirkung v. 6.10.1952 »Bezirksverwaltungen der Maschinen-Traktoren-Stationen« (BV MTS) in den neuen 14 Bezirken der DDR. Vgl. Anordnung zur »Reorganisation der MAS« v. 3.3.1953; Zentralblatt der DDR v. 14.3.1953, S. 96. Die Umbenennung erfolgte offiziell mit einer Anordnung des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft v. 3.3.1953. Eine detaillierte Untersuchung zum Status der MTS in der SBZ (Stand November 1953) liegt von Edgar Tümmler vor: Die Maschinen-Traktoren-Stationen in der sowjetischen Besatzungszone (Vorschläge für eine Übergangslösung der landtechnischen Fragen nach der Wiedervereinigung Deutschlands). Berlin 1953. Zur Entstehung der MAS/MTS vgl. auch Blohm, Georg: Die Agrarpol-

LPG mit der notwendigen Technik und mit qualifizierten Kadern zu unterstützen. Zwar konnten die Leistungen der Maschinen-Traktoren-Stationen von LPG- und Privatbauern auf der Grundlage von Jahresarbeitsverträgen gleichermaßen in Anspruch genommen werden,⁴⁷ doch ein differenziertes Tarifsysteem führte zur Benachteiligung insbesondere der größeren Privatbauern und zur Privilegierung der LPG. Die Tarifgruppen waren nach Betriebsgrößenklassen gestaffelt. Der günstigste Tarif I galt für die LPG und blieb über die Jahre gleich, während etwa der Tarif IV von 1952 bis 1954 um fast 50 Prozent erhöht wurde – eine »reine Kampfmaßnahme gegen die größeren Bauernwirtschaften«.⁴⁸ 1954 gab es etwa 600 MTS, deren Zahl bis zum Ende der fünfziger Jahre nahezu konstant blieb, entgegen dem Fünfjahrplanziel von 750 MTS bis 1955. Die MTS-Belegschaften erweiterten sich kontinuierlich – von durchschnittlich 40 im Jahre 1950 auf 180 Mitarbeiter im Jahre 1958.⁴⁹ Sie rekrutierten sich aus sehr unterschiedlichen sozialen Bereichen. Es waren Landarbeiter, Umsiedler und Industriearbeiter, häufig ohne landwirtschaftliche Kenntnisse und politisches Interesse, sodass die angestrebte »organisierte ideologische Ausrichtung« nicht problemlos verlief. Selbst bei Funktionären der MTS (Leiter, Technischer Leiter, Politleiter, Planungsleiter, Kulturleiter, Parteisekretär)⁵⁰ stießen Partei und vorgesetzte Stellen nicht selten auf »ideologische Unklarheiten«.

Neben ihren wirtschaftlichen und technischen Aufgaben hatten die MTS nach dem Willen der Partei auch eminent politische Funktionen als »Stützpunkte der Arbeiterklasse auf dem Lande«.⁵¹ Für dieses politisch-ideologische Aufgabenfeld waren primär die so genannten Politischen Abteilungen zuständig, die im Sommer 1952 unmittelbar nach der 2. Parteikonferenz eingerichtet wurden und im Zuge der geplanten

litik in Mitteldeutschland und ihre Auswirkung auf Produktion und Verbrauch landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Berlin 1969, S. 38 f., und Pankratz, Günter: Der Weg der MTS. Berlin 1960.

⁴⁷ Vgl. Anordnung über Jahresarbeitsverträge der MTS v. 19.12.1952; GBl Nr. 1 v. 2.1.1953 und ähnliche Verordnungen.

⁴⁸ Tarifänderungen gab es auch wieder 1956 von 4 auf 3 Gruppen, als der Anteil von Mittel- und Großbauernwirtschaften bereits gesunken war. Vgl. Horz: Die Kollektivierung (Anm. 18), S. 111; Blohm; Merkel; Tümmeler: Agrarpolitik (Anm. 7), S. 44. Ausführliche Angaben noch in: Materialien zur Wirtschaftslage in der sowjetischen Zone. Die MTS in der sowjetischen Besatzungszone. Hg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, o. O., o. J., S. 50–53, und Bekanntmachung des Tarifs für Arbeiten der MTS v. 26.1.1953; GBl Nr. 16 v. 7.2.1953.

⁴⁹ Vgl. Merkel; Schuhans: Die Agrarwirtschaft in Mitteldeutschland (Anm. 6), S. 66.

⁵⁰ Als verantwortliche Mitarbeiter können (in eingeschränktem Umfang) auch noch der Agronom, der Oberbuchhalter, der Arbeitsorganisator, der Brigadier und der Lehrausbilder gelten. Siehe Anlage I, S. 67.

⁵¹ Klemm, Volker: Von den bürgerlichen Agrarreformen zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR. Berlin 1985, S. 209.

Umgestaltungsoffensive eine Schlüsselfunktion erfüllen sollten.⁵² Mit der Bildung der Politischen Abteilungen als »Organe der Partei« war somit ein Instrument geschaffen worden, um die anstehende Transformation der ländlichen Strukturen zu bewältigen. Hauptaufgabe der Abteilungen war die politisch-ideologische Erziehung und Agitation sowie die Durchsetzung einer Kaderpolitik im Sinne der Partei.⁵³ Die MTS sollten zu »Zentren der organisatorischen, wirtschaftlichen und politischen Arbeit unter den werktätigen Bauern« ausgebaut werden und auf die »Auswahl, Verteilung, Förderung und Erziehung der leitenden Kader« einwirken; vorrangiges praktisches Ziel war die »Bildung und Unterstützung der Produktionsgenossenschaften«.⁵⁴ Damit hatten sie eine zentrale Funktion, die es in die Parteiorganisationen der Dörfer, Gemeinden und LPG weiterzudelegieren galt. Auf der Grundlage von »Beschlüssen und Weisungen der leitenden Organe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Hauptabteilung für Politische Massenarbeit im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft«⁵⁵ führten die Funktionäre der Politabteilungen auf dem Lande den alltäglichen Kampf um »proletarisches Bewusstsein«, unerschütterliche Disziplin und gute Arbeitsorganisation.⁵⁶ Dabei war die leitende Hand des ZK vor allem in der Anfangsphase massiv spürbar. Unzählige Sitzungen mit Sonderbeauftragten, Bevollmächtigten⁵⁷ und Polit-

⁵² Schaffung von politischen Abteilungen bei den MAS und dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der DDR; Beschluss der Politbürositzung v. 22.7.1952, Tagesordnungspunkt 2 (Anlage 2); SAPMO-BA, DY 30 IV 2/2/222 (im Weiteren wird der Begriff MTS gebraucht); vgl. auch Anlage I, S. 67.

⁵³ Vgl. Rede von Kurt Siegmund, Staatssekretär und stellv. Minister für Land- und Forstwirtschaft über Rolle, Bedeutung und Aufgaben der Politischen Abteilungen bei den MAS am 24.9.1952; SAPMO-BA, DY 30 IV 2/1.01/205, Bl. 2–32.

⁵⁴ Richtlinien für die Arbeit der Politabteilungen bei den MAS. Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. IV, Berlin 1954, S. 142–148. Vgl. auch Zur Bestätigung der Richtlinien für die Arbeit der Politischen Abteilungen bei den MAS. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der SED am 18.9.1952; SAPMO-BA, DY 30 J IV 2/3/325. Zur Entwicklung der MTS, zur »Einwirkung« der Arbeiterklasse auf die »Formierung der Klasse der Genossenschaftsbauern«, untersucht im Kreis Lübben von 1949–1963, liegt eine umfangreiche MfS-Diplomarbeit vor. BStU, MfS, JHS MF 129/74; vgl. auch zur Struktur und Arbeitsweise der MTS: Vortrag eines Mitarbeiters der BV Neubrandenburg aus dem Jahre 1959 vor MTS-Sachbearbeitern zum Thema: Arbeitsorganisation und Bedeutung der MTS; BStU, MfS, JHS MF 457/59.

⁵⁵ Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. IV, S. 142.

⁵⁶ Monatsbericht des stellv. Politleiters der MTS Kamenz v. 31.3.1953; StA-D, SED-BL Dresden, IV/2/7/115, Bl. 17.

⁵⁷ Die Bevollmächtigten wurden von der SED-Kreisleitung eingesetzt und von deren 1. Sekretär angeleitet; sie wirkten parallel zu den Politabteilungen, hatten die Durchführung der Beschlüsse von Partei und Regierung und die Arbeit der Funktionäre des MTS-Bereichs zu kontrollieren, arbeiteten vor allem mit dem Leiter der Politabteilung, der MTS-Leitung und dem Parteiorganisator des Objektes zusammen. Ihnen waren Instruktoren unterstellt, die

leitern fanden statt. Dabei wurden Erwartungen der ZK-Ebene vermittelt sowie Aufgaben der Politfunktionäre an der Basis abgesteckt, Schwerpunkte festgelegt sowie Fehler gerügt.

Für die im Herbst 1952 einsetzende, erstmalige personelle Besetzung der Politischen Abteilungen, die als »Außenstellen der SED-Kreisleitungen«⁵⁸ galten, hatten die jeweiligen Kreisleitungen ein Vorschlagsrecht. Die SED-Bezirkssekretäre wurden jedoch mit Nachdruck aufgefordert, die eingereichten Vorschläge strengstens zu überprüfen. Für die »sorgfältige Auswahl der Kader« und deren Bestätigung wurde eine Kommission unter Leitung eines ZK-Mitglieds gebildet. Die Vorschläge der SED-Kreisleitung, die über die Ersten Bezirkssekretäre an das ZK-Sekretariat geleitet wurden, benannten neben Leiter, Jugend- und Fraueninstrukteur und Sekretärin auch die jeweiligen Stellvertreter. Die Kandidaten wurden mit einer kurzen Biographie und Begründung vorgestellt.⁵⁹ Das ZK als letzte Instanz bestätigte oder lehnte ab, wobei die Gründe in den meisten Fällen nicht konkret benannt wurden.

Politbüro und ZK-Sekretariat behandelten im Zeitraum von Juli 1952 bis August/September 1953 und in Einzelfällen noch darüber hinaus immer wieder den Tagesordnungspunkt »Besetzung der Politischen Abteilungen bei den MTS«. Als Kaderanforderung galten: politische Zuverlässigkeit, keine Westverbindung, Westgefangenschaft nicht länger als sechs Monate, keine Parteistrafen, später auch »linientreues« Verhalten am 17. Juni 1953.⁶⁰ Es ging dabei hauptsächlich um die Bestätigung der Leiter der Politabteilungen in den MTS. Teilweise wurden dabei selbst bereits bestätigte Vorschläge wieder zurückgenommen. Die Gründe dafür nennt ein Bericht zur »Einschätzung der bisherigen Arbeit der Politischen Abteilungen bei den MTS und Vorschläge zur Verbesserung ihrer Arbeit«⁶¹: Unfähigkeit/Krankheit (19); parteischädigendes Verhalten (9); »Versagen« am 17. Juni (6); kaderpolitische Mängel (7); Abzug in andere Funktionen (2).⁶²

Der Politbürobeschluss zur Bildung der Politischen Abteilungen vom Juli 1952 wurde insgesamt nur zögerlich implementiert. Die Leipziger SED-Bezirksleitung etwa konnte Anfang 1953 für ihren Verantwortungsbereich noch keine Erfüllung melden.⁶³

die politische Arbeit in den Brigadestützpunkten betreuten. Vgl. SAPMO-BA, DY 30 IV 2/1.01/288.

⁵⁸ Kuntsche: Umgestaltung (Anm. 17), S. 203.

⁵⁹ Es war in der Regel der stereotype Satz auf einem Formblatt: »Das Büro der Kreisleitung [...] schlägt dem Büro der Bezirksleitung vor, den Genossen [die Genossin] [...] für die Funktion als [...] in der politischen Abteilung der MTS [...] zu bestätigen.«; StA-L, SED-BL Leipzig, IV/2/3/185.

⁶⁰ StA-L, SED-BL Leipzig, IV/2/7/471, Bl. 1 f.

⁶¹ Unterlagen zur Arbeit der Politischen Abteilungen bei den MTS, insbesondere der Jugendinstrukteure; SAPMO-BA, DY 30 IV 2/7/331, Bl. 1–20.

⁶² Ebenda, Bl. 8.

⁶³ StA-L, SED-BL Leipzig, IV/2/7/471, Bl. 1 f.

Und selbst im Januar 1954 wies der »Kaderentwicklungs- und Schulbeschickungsplan für das Gebiet der Landwirtschaft im Bezirk Leipzig« noch zehn unbesetzte Politleiter-, sechs unbesetzte Stellvertreter- und je zehn unbesetzte Instruktorsstellen auf. Die volle Besetzung wurde lediglich bis zum 15. Februar 1954 anvisiert.⁶⁴ Paul Roscher, von 1952 bis 1954 Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig, musste sich rügen lassen: »Genosse Roscher, Du musst einmal Lenin lesen, weil Du die Politabteilungen unterschätzt.«⁶⁵ Die Besetzung der Politischen Abteilungen erwies sich insgesamt als schwieriger Prozess, von ständigem Wechsel und unklaren Vorstellungen aller Beteiligten geprägt. Unzureichende Ergebnisse meldeten auch die Bezirke Schwerin (73 %), Neubrandenburg (75,3 %) und Cottbus (80 %); insgesamt bewegte sich der Erfüllungsstand zwischen 76 und 91 Prozent.

*Stellenbesetzung in den Politabteilungen der MTS (Stand: vermutlich Ende 1953)*⁶⁶

	S oll	I st
Leiter	6	5
Stellvertreter	05	29
Fraueninstruktoren	6	5
Jugendinstruktoren	05	49
	6	4
	05	62
	6	4
	05	67

*Stellenbesetzung in den Politabteilungen der Bezirksverwaltungen der MTS (Stand: vermutlich Ende 1953)*⁶⁷

	S oll	Ist
Leiter/Stellvertreter	2	25
Instruktoren	8	42
	4	
	8	

Der Aufbau der Politischen Abteilungen verlief also bei weitem nicht überall zur Zufriedenheit der Parteiführung. Das ZK-Sekretariat sah sich etwa im Falle des

⁶⁴ StA-L, SED-BL Leipzig, IV/2/7/487.

⁶⁵ Konferenz der Abteilung Landwirtschaft mit den Leitern der Politabteilungen bei den MAS am 24.9.1952; SAPMO-BA, DY 30 IV 2/1.01/205.

⁶⁶ Ebenda, Bl. 8.

⁶⁷ Ebenda.

1. Sekretärs der Bezirksleitung Potsdam veranlasst, im September 1952 diesen für »eine solche nachlässige Behandlung eines so wichtigen Politbürobeschlusses« zu rügen. Im Bezirk Potsdam waren seit dem einschlägigen Beschluss des Politbüros die Vorschläge für die Besetzung der Leiterstellen der Politischen Abteilungen nur bei 14 Prozent der MTS eingereicht worden, und auch die Stellen in der Politischen Abteilung der Bezirksverwaltung der MTS waren noch nicht besetzt.⁶⁸

Die weit reichenden Erwartungen der SED an die Politabteilungen zeigten sich auch in der Einrichtung eines Instituts für Politische Leiter bei den MTS in Bischofs-berda im Januar 1953. Bei dieser Gelegenheit betonte Ulbricht in einer programmatischen Rede: »Eine große, eine vordringliche Aufgabe der Politischen Leiter der Maschinen- und Traktorenstationen ist die Unterstützung bei der Organisierung der Parteiarbeit in der MTS und in der Produktionsgenossenschaft. Der Politische Leiter hat dafür zu sorgen, dass in kürzester Frist in jeder Produktionsgenossenschaft eine Parteiorganisation besteht.« Die Lösung aller grundlegenden Probleme auf dem Weg zur »landwirtschaftlichen Großproduktion« sollte auf der Basis der Beschlüsse der 1. LPG-Konferenz und der Beschlüsse der Regierung erfolgen, dies sei »gewissermaßen das Lehrbuch, das für alle gilt«. Die fachliche und politische Weiterbildung vor allem der Traktoristen, aber auch der Agronomen, Buchhalter und aller anderen MTS- und LPG-Mitglieder war zweifellos eine der wichtigsten Aufgaben der Partei- und MTS-Funktionäre. In der Praxis mussten sie sich jedoch mit alltäglichen Hemmnissen und Widerständen herumschlagen. Dass für die Kaderauswahl in erster Linie politisch-ideologische Kriterien galten, unterstrich Ulbricht in seiner Rede vom Januar 1953: »Die Politischen Leiter haben sich also sehr sorgfältig mit den Menschen zu beschäftigen, die in den MTS arbeiten«, und zwar in dem Bewusstsein, »dass der Gegner zu dem Versuch übergeht, von innen heraus den Kampf zu führen, um die Arbeit der MTS und der Produktionsgenossenschaften zu schädigen«.⁶⁹

Neben der Kaderarbeit und der Aus- und Weiterbildung wurde von den Politabteilungen gefordert, so genannte Initiativen und Kampagnen, insbesondere unter der Jugend und den Frauen, ins Leben zu rufen.

⁶⁸ Zu Mängeln in der Bildung der Politischen Abteilungen der MAS. Stellungnahme des Sekretariats des ZK v. 18.9.1952. In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. IV, Berlin 1954, S. 138 f.

⁶⁹ MTS – Zentren der Umgestaltung des Dorfes auf sozialistischer Grundlage. Aus dem Vortrag des Stellvertreters des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, anlässlich der Eröffnung des Instituts für Politische Leiter bei den MTS am 15. Januar 1953. In: ND v. 24.1.1953, S. 5 f. Noch im gleichen Jahr, am 17.12.1953, erfolgte per Anordnung des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft und demselben unterstellt die Errichtung einer Hochschule für Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften in Meißen. Die Eröffnung mit einer Kapazität von 300 Plätzen erfolgte am 1.9.1953; Zentralblatt der DDR Nr. 2 v. 16.1.1954, S. 12. Im darauf folgenden Jahr ordnete das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft die Errichtung des Instituts für Agrarökonomie in Potsdam an. Es war ein den Hochschulen gleichgestelltes Institut. Zentralblatt der DDR Nr. 50 v. 18.12.1954, S. 594.

Ihre Funktionäre stammten zumeist aus Industriebetrieben, Verwaltungen oder Massenorganisationen. Ihr Einsatz auf schnellstem Wege war zwar erwünscht, jedoch praktisch ohne entsprechende Anleitung und Qualifizierung kaum möglich. Die Leiter der Politabteilungen hatten in der Regel die Kreis- oder Bezirksparteischule bzw. die Sonderschule des ZK in Liebenwalde absolviert.⁷⁰

Zu den unaufhörlich propagierten Aufgaben gehörte der Aufbau von SED-Grundorganisationen in den LPG, die gewissermaßen den Resonanzboden für die Tätigkeit der Politischen Abteilungen abgeben sollten. Die Politischen Abteilungen der MTS unterstanden sowohl der SED-Kreisleitung als auch der Politischen Abteilung bei der Bezirksverwaltung der MTS. »Erfolgreiche« Politische Abteilungen präsentierte die SED im *Neuen Deutschland*. Ein Vorzeigeobjekt war zum Beispiel das durch Anleitung der Politischen Abteilung geschaffene »Aktiv« in der MTS Lohmen, das sich mit der Ausbildung und Perspektive der Kollegen beschäftigte und entsprechende Informationen in einer »Entwicklungskartei« parat hielt. In solchen Strukturen zeigte sich, wie »Parteiarbeit«, »Kaderarbeit« und soziale Kontrolle ineinander griffen.⁷¹ Wenn es an qualifizierten Fachkräften mangelte, geriet immer wieder die zuständige SED-Kreisleitung ins Feuer der Kritik, die vor allem für die Ausbildung der leitenden Mitarbeiter sowie der Agronomen und Brigadiere zuständig zeichnete.

Die Politabteilungen der MTS berichteten mindestens monatlich an die Kreisleitung der SED und an die MTS-Bezirksverwaltung, in Krisenzeiten noch häufiger. Endempfänger der Berichterstattung waren die zuständige Abteilung im Ministerium und die SED-Bezirksleitung.⁷² Monatliche Situations- und Tätigkeitsberichte der Parteifunktionäre sind in großem Umfang in den Materialien der ehemaligen SED-Bezirksleitungen überliefert.

Häufig kritisierte die Parteiführung dabei die Rolle der Kreis- und Bezirksleitungen. Beanstandet wurde vor allem die angebliche Unterschätzung der politischen Funktion der Politischen Abteilungen und ihre Degradierung zu einem Verwaltungsorgan mit technischen und wirtschaftlichen Aufgaben. Wesentliche Aufgaben würden nicht befriedigend erfüllt, etwa die Propagierung der Parteibeschlüsse, die Überprüfung der leitenden Angestellten einer MTS hinsichtlich ihrer Vergangenheit sowie der »Kampf« gegen »rückständige« und »feindliche« Auffassungen und die Schaffung »stabiler Belegschaften« durch politische und fachliche Qualifikation.

Auch nach der vorübergehenden Aufgabe des Ziels einer forcierten Kollektivierung im Juni 1953 durch den Neuen Kurs der SED verloren die Politischen Abteilungen der MTS als Transmissionsstruktur der Partei auf dem Lande nicht an Bedeutung. So enthielt der Arbeitsplan der ZK-Abteilung Landwirtschaft für das 1. Quartal 1954 die Festlegung, dass »die Arbeit der Politischen Abteilungen grundlegend zu ändern« sei, »um sie zu einem Instrument der Durchführung der Politik unserer Partei auf dem

⁷⁰ Vgl. StA-L, SED-BL Leipzig, IV/2/3/187, Bl. 183 f.

⁷¹ Für die Stärkung der Maschinen-Traktoren-Stationen. In: ND v. 3.2.1953, S. 3.

⁷² Vgl. Anlage I, S. 67.

Lande zu machen«. ⁷³ Die 17. Tagung des ZK im Januar 1954 verordnete die verstärkte »Entfaltung« von Agitation und Propaganda auf dem Lande. ⁷⁴ Propagandistische »Landsontage« unter Mitwirkung der Politabteilungen der MTS und argumentationsfester Funktionäre sollten »das kleinste Dorf und das letzte Bauernhaus der Republik« erreichen, um dort die »Friedenspolitik und die Stärke des demokratischen Weltlagers unter der Führung der Sowjetunion« zu erläutern. ⁷⁵

Ende 1955 – gleichzeitig Fünfjahrplanfinale – wurde aus SED-Sicht bilanziert, dass der Stand der Kollektivierung mit einem Anteil des »sozialistischen Sektors« von rund 28 Prozent an der landwirtschaftlichen Nutzfläche ⁷⁶ bei weitem nicht den Vorstellungen entsprach. Ulbricht warf besonders den Leitungsfunktionären in den MTS vor, sich noch nicht darauf eingestellt zu haben, »dass der Einsatz neuer technischer Mittel auch mit neuen Arbeitsmethoden erfolgen muss, das heißt, dass die Traktoristen und Genossenschaftsbauern politisch und organisatorisch darauf vorbereitet werden müssen, die Fließbandmethode exakt anzuwenden«. Unter der richtigen Anleitung qualifizierter Kader »müssen [die MTS] einen Sprung vorwärts machen«. ⁷⁷ Die Diskrepanz zwischen der wachsenden Zahl eingesetzter Maschinen und der im Vergleich zurückgebliebenen Qualifikation der MTS-Kader wurde immer deutlicher.

Den schwarzen Peter erhielt als erstes die Hauptverwaltung MTS zugesprochen. Aber auch das Landwirtschaftsministerium, die Hochschulen und die Räte der Kreise wurden kritisiert. In Anbetracht des Kommens und Gehens von Mitarbeitern, so Ulbricht, müssten alle Bemühungen das dringende Ziel haben, »in den MTS einen beständigen hoch qualifizierten Personalbestand zu schaffen«. ⁷⁸ Das Grundproblem der Partei war und blieb aber die politische Arbeit auf dem Lande. So verwies Ulbricht nochmals auf die entsprechenden Prioritäten:

»Die Verbesserung der politischen Arbeit im Dorfe ist vor allem eine Aufgabe der MTS; sie wurde in diesem Jahr ungenügend erfüllt. Die Politabteilungen der Maschinen-Traktoren-Stationen haben sich um die Beschaffung von Ersatzteilen

⁷³ Sitzung des Sekretariats des ZK v. 16./17.12.1953; SAPMO-BA, DY 30 J IV 2/3/411, Bl. 7.

⁷⁴ Beschluss über die Entfaltung der politischen Massenarbeit im Dorf und die nächsten Aufgaben in der Landwirtschaft. In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. V, Berlin 1954, S. 34–58.

⁷⁵ Ebenda, S. 50.

⁷⁶ Horz: Die Kollektivierung (Anm. 18), S. 134. Davon LPG Typ III 77 %; Merkel; Schuhans: Die Agrarwirtschaft in Mitteldeutschland (Anm. 6), S. 89.

⁷⁷ Ulbricht, Walter: Die Entwicklung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu mustergültigen sozialistischen Großwirtschaften. In: IV. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 9.–11.12.1955 in Leipzig. Hg. vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der DDR, o. O., o. J., S. 61.

⁷⁸ Ebenda, S. 62.

und vieles andere gekümmert, die politische Massenarbeit im Dorf wurde dabei vernachlässigt.«⁷⁹

Als ein Beispiel für Misserfolge stand die Arbeit der MTS im Bezirk Leipzig: Auf den dortigen Funktionären lastete der Vorwurf, sie unterlägen häufig falschen Einschätzungen, weil sie vermeintlich »bedeutungslose Dinge« nicht als »Methoden des Klassegegners« erkennen würden.⁸⁰ Als Lösung des Problems empfahlen die Bezirksleitungsfunktionäre: Analyse, Kritik und Selbstkritik, also die üblichen Rituale der ideologischen Selbstindoktrination.

Mit dem Politbürobeschluss vom 6. Dezember 1955 war die Existenz der Politischen Abteilungen bei den MTS besiegelt. Durch die Festlegungen zur »Vereinfachung der Arbeit des Parteiapparats«, ⁸¹ dargelegt von Karl Schirdewan, ⁸² wurde der Beschluss umgesetzt. Die Anweisung ging als Rundschreiben in 800 Exemplaren an die Bezirks- und Kreisleitungen der SED. Sie ordnete an, dass ersatzweise »in den Kreisen für jeden MTS-Bereich ein Sekretär der Kreisleitung einzusetzen« sei, »dem entsprechend der Zahl der Stützpunkte Instruktoren unterstellt« seien. Die neue Struktur erfüllte gleichwohl die alten Aufgaben bezüglich der Anleitung der Parteiorganisationen in den MTS und LPG und der Förderung des »sozialistischen Sektors« der Landwirtschaft. Die »unmittelbare Arbeit unter den Werktätigen« sollte jetzt noch intensiver betrieben werden. Allerdings blieben die alten Problemlagen einschließlich ihrer rituellen politisch-ideologischen Deutung bestehen. So kritisierte Mückenberger auf dem V. Parteitag der SED die MTS wegen ihrer »ungenügende[n] Beschäftigung mit der Lösung der neuen ökonomischen Probleme in der Arbeit der LPG«, was sich »als ernstes Hindernis für die Herstellung der allseitigen Überlegenheit der LPG« auswirke.⁸³

⁷⁹ Ebenda, S. 77.

⁸⁰ Bericht einer Kommission zur Einschätzung der Arbeit der MTS v. 8.1.1954; StA-L, SED-BL Leipzig IV/2/471, Bl. 36 f.

⁸¹ Protokoll der Politbürositzung Nr. 56/55 v. 6.12.1955, Anlage 1; SAPMO-BA, DY 30 IV 2/2/453.

⁸² Schirdewan, Karl (1907–1998), 1953 Mitglied des Politbüros und des ZK der SED, mit Wollweber und Oelßner in Opposition zu Ulbricht, als »Abweichler« auf der 35. Tagung im Februar 1958 aus dem ZK ausgeschlossen.

⁸³ Mückenberger, Erich: Diskussionsrede zum V. Parteitag. In: Ulbricht, Walter: Für den Sieg des Sozialismus in der Landwirtschaft. Berlin 1958, S. 51.

2 Strukturen der Staatssicherheit auf dem Lande

2.1 Strukturen und Aufgaben im »Sicherungsbereich« Landwirtschaft 1952/1953

Der »Schutz der Volkswirtschaft« war von Anfang an ein zentrales operatives Arbeitsgebiet des MfS. Im Berliner Hauptquartier der Staatssicherheit war hierfür die Hauptabteilung III⁸⁴ zuständig, die nach dem Linienprinzip in den Länder- bzw. Bezirksverwaltungen Filialabteilungen hatte.⁸⁵ Die Leiter und zuständigen Sachbearbeiter in den Kreisdienststellen wurden demnach von den »linienverantwortlichen« Abteilungsleitern in den Bezirksverwaltungen »fachlich« angeleitet. Die »volkswirtschaftlichen Linien« gehörten von 1951 bis 1957 zum Verantwortungsbereich des stellvertretenden Staatssicherheitschefs Generalmajor Otto Last.

Vor dem Hintergrund der katastrophalen Versorgungslage, die zur Jahreswende 1952/1953 herrschte, fand am 19. Dezember 1952 in Berlin eine Abteilungsleitertagung der Linie III statt, bei der für die schwierige Situation wie üblich die »Feindtätigkeit« verantwortlich gemacht wurde:

»Der Klassengegner ist aus seiner Reserve herausgetreten und zum offenen Kampf übergegangen. Er bedient sich neuer Methoden, wie z. B. offene Aufforderung zur Sabotage, Anweisungen für faschistische Elemente und Gegner unseres Aufbaues in einflussreichen Stellungen, [...] Sabotage und Desorganisation der Versorgung hervorzurufen. Desgleichen gibt er den Auftrag, seine Agenten in unseren Staatsapparat und Vollstreckungsapparate einzuschleusen. [...] Wir sind zur Zeit noch nicht in der Lage, diesem Kampf des Klassengegners erfolgreich entgegenzutreten, dies muss ganz offen gesagt werden.«

⁸⁴ Industrie, Landwirtschaft, Handel und Versorgung, Finanzen, Planung; seit 1962 Flugzeugindustrie, Kernforschung, Verteidigungsindustrie; 1964 Umbenennung in HA XVIII mit Schwerpunkt Volkswirtschaft, einschließlich Forschung und Außenhandel. Einen Überblick über die Hauptabteilung XVIII, Volkswirtschaft, vermittelt der Beitrag von Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft. Hg. BStU. Berlin 1997, Struktur HA bzw. Abt. III mit Stand 1953, S. 17 (MfS-Handbuch, Teil III/10).

⁸⁵ »Linienprinzip: Grundsatz des Organisationsaufbaus des MfS (neben dem Schwerpunktprinzip, dem Territorialprinzip, dem Prinzip der Einzelleitung), wonach operative Dienst-einheiten auf zentraler und bezirklicher Ebene die spezielle Verantwortung für die Sicherung bestimmter gesellschaftlicher Bereiche, für die Bekämpfung bestimmter Angriffsrichtungen des Feindes bzw. für die Realisierung spezifischer operativer Arbeitsprozesse [...] haben.« In: Suckut, Siegfried (Hg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur »politisch-operativen Arbeit«. Berlin 1996, S. 234.

Auf dem Lande gehe »man bereits zum offenen Terror über«. Die Mitarbeiter hätten »durchweg noch nicht verstanden«, dass dies bereits »Klassenkampf« sei: »Wir müssen endlich in der Lage sein, unsere Feinde, deren Gesicht sich gewandelt hat, zu erkennen«. Vorrangiges Anliegen der Tagung war eine »grundlegende Verbesserung der operativen Arbeit der Abteilung III im DDR-Maßstab«.⁸⁶

Die Staatssicherheit war damals weit von einer Kontrolle der Verhältnisse auf dem Lande entfernt. Otto Last und der Leiter der Hauptabteilung III, Oberst Reinhold Knoppe, schärfen ihren Mitarbeitern abschließend ein, was sie vorrangig erwarteten: »aus den Kreisen der Großbauern und der Klassengegner« gute Informanten zu werben. Es gelte, »die schwächsten Kettenglieder aus dem Kreis der Schädlinge herauszuberechnen und sie als geheime Mitarbeiter zu verpflichten«.⁸⁷

Einem zeitgenössischen Schulungstext⁸⁸ ist zu entnehmen, was in der Staatssicherheit damals als tagtägliche vorbeugende »Feindbekämpfung« verstanden wurde:

»Vorbeugend tätig sein, heißt zum Beispiel: Feststellen, wer ist verantwortlich für den Mähdrescher, wer gehört zur Bedienung, wer geht sorglos mit der Maschine um, bei welcher Besetzung und in welcher Schicht treten Störungen auf, was ist die Ursache und wer der Urheber.«

Selbstverständlich wurde hinter Missständen und Störungen immer der lange Arm westlicher Sabotage vermutet. Daher sei es die Hauptaufgabe der Staatssicherheit, mit einem »großen und guten Apparat von geheimen Mitarbeitern« die Feindorganisationen auf dem Lande zu zerschlagen.⁸⁹ Dazu sei es notwendig, »unsere geheimen Mitarbeiter direkt in den feindlichen Organisationen des Westens zu haben«⁹⁰ und auch »in den Kreisen, die von der Produktionsgenossenschaftsbewegung ausgeschlossen sind, wie Schieber, Großhändler, Spekulanten, Großbauern, Kauflente und Gastwirte«.⁹¹

Der entscheidende Schritt zu einer festen Verankerung der Geheimpolizei auf dem Lande erfolgte in den ersten Monaten des Jahres 1953, in der härtesten Phase des »totalen sozialen Krieges«⁹², den die SED nach der 2. Parteikonferenz gegen große Teile der Bevölkerung, insbesondere gegen den bäuerlichen und gewerblichen Mittelstand, führte. Bei den einschlägigen Anweisungen von MfS-Seite handelte es sich um die von Generalinspekteur Last unterzeichnete nochmalige Aufforderung, Mitarbeiter der

⁸⁶ Tagung der Abteilungsleitung aller Abteilungen III der Bezirksverwaltungen in Berlin am 19.12.52; BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00159/02, Bl. 46.

⁸⁷ Ebenda, Bl. 55.

⁸⁸ Sabotage und Zersetzungstätigkeit auf dem Sektor der Landwirtschaft, Störung der Produktionsgenossenschaftsbewegung und die Aufgaben des Ministeriums für Staatssicherheit auf dem Lande; BStU, MfS, JHS MF 92/53.

⁸⁹ Ebenda, S. 35.

⁹⁰ Ebenda, S. 37.

⁹¹ Ebenda, S. 44.

⁹² Werkentin, Falco: Der totale soziale Krieg. Auswirkungen der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, Berlin 2002, S. 23–54.

Abteilung III in den MTS einzusetzen, um den »Klassenkampf im Dorfe« zugunsten der »demokratischen Ordnung« und gegen ihre Feinde »entschiedener und erfolgreicher« zu führen.⁹³ So wurde ein bereits auf der erwähnten Tagung der Linie III am 19. Dezember 1952 gegebener Auftrag, in allen größeren MTS MfS-Mitarbeiter zu verankern, weiter spezifiziert. Grundsätzlicher war die am 27. April 1953 herausgegebene Anweisung Mielkes:

»Die Hauptaufgabe auf dem Lande ist die Stärkung der MTS. [Sie] müssen zu Zentren der Umgestaltung des Dorfes werden, deren besondere Bedeutung darin liegt, die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu festigen und damit die sozialistischen Grundlagen in der Landwirtschaft zu schaffen.«⁹⁴

Bemerkenswert ist dabei die strukturelle Entscheidung, den operativen Mitarbeiter der Staatssicherheit in den MTS als Stellvertreter des Politleiters zu verankern. Hieraus ergab sich eine enge Verbindung von politischer und geheimpolizeilicher Arbeit wie sie – zumindest in dieser Zeit – noch recht ungewöhnlich war. Dem operativen Mitarbeiter wurde die Aufgabe zugewiesen, »politische Aufklärungsarbeit«⁹⁵ unter den Bauern, Traktoristen, Neubauern, Rückkehrern⁹⁶ und Landarbeitern zu betreiben und so genannte antidemokratische und feindliche Elemente im Dorfe zu isolieren. Grundlage seiner Arbeit waren naturgemäß seine Geheimen Informatoren.

Die Einsetzung der MfS-Mitarbeiter in ihre Funktion als stellvertretende Politleiter erfolgte in Absprache zwischen dem Leiter der Bezirksverwaltung und dem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung. Der Bezirksparteisekretär war über den Doppelcharakter der Funktion im Bilde und auch an der konkreten Aufgabenzuweisung beteiligt. Unterlagen über Aussprachen der MfS-Mitarbeiter mit dem MTS-Direktor und mit dem Politleiter weisen zudem darauf hin, dass auch die offiziellen Vorgesetzten in der MTS den geheimdienstlichen Hintergrund der neuen Mitarbeiter kannten.⁹⁷ In den vorliegenden internen MfS-Dokumenten werden die betreffenden Mitarbeiter (mit einer Ausnahme) nie als stellvertretende Politleiter bezeichnet, sondern immer als

⁹³ Anweisung 1/53 zum Einsatz von Mitarbeitern in allen größeren MTS v. 5.1.1953; BStU, MfS, BdL/Dok. 3376.

⁹⁴ Anweisung 10/53 zum Einsatz der Mitarbeiter als Stellvertreter in den Politischen Abteilungen bei den MTS v. 27.4.1953 mit Anlage; BStU, MfS, BdL/Dok. 3375.

⁹⁵ Aufklären – ein im MfS-Sprachgebrauch vielfach benutztes Wort. Das Wörterbuch des MfS definiert Aufklärung mit dem Zusatz »politisch-operative« wie folgt: »Gewinnung sicherer Kenntnisse über politisch-operativ bedeutsame Personen (Personenaufklärung) und über [...] Sachverhalte (Sachverhaltsaufklärung) unterschiedlichen Inhalts und unterschiedlicher Beschaffenheit (Vorkommnisuntersuchung); [...] Hauptkräfte der politisch-operativen Aufklärung sind die IM«. In: Suckut (Hg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit (Anm. 85), S. 60.

⁹⁶ Unter »Rückkehrer« sind die ehemals nach Westdeutschland übersiedelten bzw. geflüchteten und dann wieder in die DDR zurückgekehrten Personen zu verstehen.

⁹⁷ Vgl. BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00160/03, Bl. 89 f.

Sachbearbeiter MTS. Bei ihrer offiziellen Funktion handelte es sich zweifellos im Wesentlichen um eine nachrichtendienstliche Legende.

Obwohl der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung an Kaderauswahl und Aufgabenbestimmung beteiligt war, war die neu geschaffene Funktion dem Leiter der territorial zuständigen Kreisdienststelle der Staatssicherheit unterstellt. Anleitung und Kontrolle erfolgten durch ihn, der Hauptarbeitsplatz des betreffenden Mitarbeiters befand sich in der Kreisdienststelle, Berichte von Informatoren wurden – im Einklang mit konspirativen Grundsätzen – ausschließlich dort ausgewertet. Bei Problemen in der Zusammenarbeit hatte der Leiter der Politabteilung den Bezirksparteisekretär zu informieren und der Stellvertreter seinen Kreisdienststellenleiter, der ohnehin in ständigem Kontakt mit dem 1. Sekretär der SED-Kreisleitung stand. Eine Vertretung des Politleiters durch seinen Stellvertreter war angesichts der faktisch vollkommen unterschiedlichen Funktionen und kadermäßigen Zuordnungen ausgeschlossen. Der Stellvertreter des Politleiters hatte vor allem die Aufgabe, ein Netz von Geheimen Informatoren (GI) und Geheimen Mitarbeitern (GM)⁹⁸ in der MTS und den LPG sowie ferner auch in den auf dem Lande präsenten Massenorganisationen wie VEAB, FDJ, BHG zu schaffen. Die geforderten Planzahlen wurden in den fünfziger Jahren jedoch selten erreicht.

Der Informationsfluss vom Stellvertreter zum Leiter der Politabteilung erfolgte selektiv: »Informationen allgemeiner Art [...] können nach Genehmigung durch den Kreisdienststellenleiter an den Leiter der Politabteilung gegeben werden.«⁹⁹ Informationen aus der operativen Tätigkeit durften nur bedingt (wenn sie die operative Arbeit nicht dekonspirierten) weitergeleitet werden. Der Stellvertreter hatte dagegen das Recht auf Einsicht in alle Unterlagen und wirkte an entsprechenden Entscheidungen mit. Die Festlegung, dass der Leiter der Politabteilung »den Stellvertreter in Dienstbesprechungen nicht auffordern [kann], Stellung zu nehmen zu operativen Vorgängen, die in Bearbeitung stehen«,¹⁰⁰ ist ein weiterer Hinweis darauf, dass der Politleiter die besondere Funktion seines Stellvertreters kannte. Für das weitere Arbeitsumfeld blieb der »tschekistische« Auftrag des stellvertretenden Politleiters jedoch verborgen. Das änderte sich erst Ende 1953, als angewiesen wurde, dass der Stellvertreter offen als Mitarbeiter der Staatssicherheit aufzutreten hatte.

Unter dem noch frischen Eindruck des Juni-Aufstandes erließ Generalmajor Otto Last am 26. Juni 1953 eine Richtlinie zur regelmäßigen Berichterstattung der MTS-

⁹⁸ Geheime Informatoren und Geheime Mitarbeiter sind zwei typische Kategorien inoffizieller Mitarbeiter der fünfziger Jahre. Von ihnen wurden möglichst »wertvolle« Informationen auf der Basis einer – wohlgemerkt in der Regel freiwilligen – »nicht-öffentlichen Zusammenarbeit mit den Organen der Staatssicherheit« erwartet. Dazu Müller-Enbergs, Helmut (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen. Berlin 1996, S. 199–202.

⁹⁹ Anweisung 10/53 zum Einsatz der Mitarbeiter als Stellvertreter in den Politischen Abteilungen bei den MTS v. 27.4.1953; BStU, MfS, BdL/Dok. 3375, Bl. 5.

¹⁰⁰ Ebenda, Anlage, Bl. 2.

Sachbearbeiter »über die Lage und Vorkommnisse in den MTS-Bereichen«. ¹⁰¹ Der darin enthaltene Fragenkatalog spiegelte die allgemeine Krise des Bereichs und der Kollektivierung im Besonderen wider. Erfragt wurden die zur allgemeinen politischen Lagebeurteilung wichtigen Informationen: Daten zu Festnahmen und Parteiaustritten, zu LPG-Auflösungen und zum Wirken der Kirche, außerdem zur Abwanderung von Arbeitskräften und deren Ursachen, zum Verhalten der Rückkehrer aus Westdeutschland sowie zum Stand der Ablieferungen.

Bezüglich der Rückkehrer war das geheimpolizeiliche Misstrauen gewissermaßen automatisch, denn es wurde unterstellt, »dass der Gegner mit bestimmten Aufträgen seine Agenten in unsere Betriebe schleust, um sich auf diese Weise fünfte Kolonnen für einen neuen Tag X zu schaffen«. In einem weiteren dienstlichen Rundschreiben beauftragte Last am 14. November 1953 die Bezirksverwaltungen, vor allem in Großbetrieben und MTS monatlich festzustellen, »wo sich solche Kräfte konzentrieren«. ¹⁰²

Auch das Rundschreiben an die Leiter aller Bezirksverwaltungen mit dem Titel »Analyse der operativen Tätigkeit im Jahre 1953 in der Industrie und Landwirtschaft« ¹⁰³ lag in seiner Verantwortung. Es enthielt unter anderem wiederum Richtlinien für die Berichterstattung der Abteilungen III (Volkswirtschaft) der Bezirksverwaltungen und der Arbeitsgruppen in Industrie bzw. Landwirtschaft der Kreise. Die operative Tätigkeit war demnach detailliert zu dokumentieren, etwa die Schwerpunkte der Arbeit mit Geheimen Informatoren, die Arbeit mit Operativen Vorgängen einschließlich der Gründe für deren »Anlage« und »Einstellung« sowie die Struktur der jeweiligen Abteilung III.

2.2 Die MfS-Sachbearbeiter für Landwirtschaft in den MTS – Status und Aufgabenentwicklung

Bei den Dienstbesprechungen der Linie III (Volkswirtschaft) im zweiten Halbjahr 1953 ging es überwiegend um Kaderpolitik, Klärung von Verantwortlichkeiten und grundsätzliche Organisationsfragen. ¹⁰⁴ Für die Verantwortlichen der Linie III waren die mahnenden Worte von Ernst Wollweber, seit Juli 1953 Chef des Staatssekretariats für Staatssicherheit, nicht neu, nach denen die MTS-Sachbearbeiter und Sachbearbei-

¹⁰¹ Anweisung des Stellvertreters des Ministers v. 26.6.1953; BStU, MfS, BV Dresden, AOP 1766/67, Bl. 373 f.

¹⁰² Schreiben von Generalmajor Last an den Leiter der Bezirksverwaltung Leipzig v. 14.11.1953; BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00159/04, Bl. 69.

¹⁰³ Schreiben von Generalmajor Last v. 18.12.1953 an die Leiter aller Bezirksverwaltungen einschließlich Verwaltung »W« Karl-Marx-Stadt und Groß-Berlin; BStU, MfS, BdL/Dok. 3646.

¹⁰⁴ Zur Erläuterung: Suckut (Hg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit (Anm. 85), S. 234 u. 364.

ter anderer volkswirtschaftlicher Objekte nicht nur die Bürotätigkeit in die Betriebe verlegen sollten, sondern vor allem die operative Arbeit selbst.¹⁰⁵ Als Haupt- und Dauerproblem der Staatssicherheit erwies sich dabei jedoch die enorme Kaderfluktuation auf den unteren Ebenen.¹⁰⁶ Diese insbesondere durch den Abzug von qualifizierten Mitarbeitern zugunsten der Berliner Zentrale bedingte Situation wurde auch vom Leiter der HA III Reinhold Knoppe scharf kritisiert,¹⁰⁷ der den hiervon hervorgerufenen »zersplitterten« Kräfteinsatz und Vertrauensverlust zwischen den Geheimen Mitarbeitern und ihren Führungsoffizieren beklagte. Folge sei eine unbefriedigende Agenturarbeit.¹⁰⁸ Zudem überforderten hoch gesteckte Ziele die politisch und fachlich unzureichend geschulten Mitarbeiter. Zur Beseitigung dieser Defizite verwies Wollweber auf das Instrument der »Kaderentwicklungspläne«.¹⁰⁹

Am 30. Dezember 1953 erließ Staatssekretär Wollweber eine Dienstanweisung, die den Status der MfS-Mitarbeiter in den MTS neu festlegte. Ausgangspunkt war das Eingeständnis, »dass bei steigender feindlicher Tätigkeit bis heute noch keine wesentliche Verbesserung der operativen Arbeit« der Staatssicherheit zu verzeichnen sei. Die Ursache hierfür liege »in der Unterschätzung der großen Aufgabe der Organe des Staatssekretariats für Staatssicherheit auf dem Lande«.¹¹⁰ Tatsächlich waren Partei und Staatsmacht auf dem Lande in der zweiten Hälfte des Jahres 1953 beträchtlich in die Defensive geraten. LPG lösten sich auf, Funktionäre wurden angegriffen, auf Bauernversammlungen wurde die Abschaffung der Pflichtablieferungen gefordert. Vor diesem Hintergrund versuchte die Staatssicherheit ihre Stellung zu festigen. Wollweber

¹⁰⁵ Dienstbesprechung v. 21.8.1953 mit den Leitern der BV und den Abteilungsleitern; BStU, MfS, SdM 1921, Bl. 205.

¹⁰⁶ Häufige Mitarbeiterwechsel prägten noch lange das Bild, sodass der Stellvertreter des Staatssekretärs, Generalmajor Last, 1955 betreffs »Mitarbeiter in M.T.S. und Schwerpunktbetrieben« mit Schreiben v. 24.2.1955 an die Leiter der BV anordnete, dass »Versetzungen von Mitarbeitern [...] nur mit Zustimmung der Hauptabteilung Kader und Schulung durchgeführt werden dürfen.« BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00163, Bl. 17. Ein Beispiel aus dem MTS-Bereich Rätzlingen, KD Haldensleben: Von 1953–1959 lösten sich neun MTS-Sachbearbeiter ab. BStU, MfS, BV Magdeburg, AOP 510/67.

¹⁰⁷ Ebenda, Bl. 222 f. Knoppe wechselte noch 1953 in die Leiterfunktion der BV Magdeburg. Sein Nachfolger als Leiter der HA III wurde bis 1957 Artur Hofmann. Vgl. auch Gieseke, Jens (Hg.): Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Kurzbiographien des MfS-Leitungspersonals 1950 bis 1989. Hg. BStU. Berlin 1998 (MfS-Handbuch, Teil V/4).

¹⁰⁸ Agentur: in den sechziger Jahren gebrauchter Begriff. Hier ist die Gesamtheit der inoffiziellen Mitarbeiter gemeint. Siehe »Agentur«, »Agenturnetz«. In: Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter (Anm. 98).

¹⁰⁹ Dienstbesprechung v. 21.8.1953 mit den Leitern der BV und den Abteilungsleitern; BStU, MfS, SdM 1921, Bl. 206.

¹¹⁰ Dienstanweisung 47/53 v. 30.12.1953 über die erhöhte Arbeit der Organe der Staatssicherheit in der Landwirtschaft; BStU, MfS, BdL/Dok. 3028.

verfügte folgende Maßnahmen, die sowohl die Organisation als auch die operative Arbeit betrafen:

Die Mitarbeiter vom Stellvertreter des Staatssekretärs bis zum Leiter der Arbeitsgruppe Landwirtschaft in der Kreisdienststelle wurden verpflichtet, »mindestens zweimal im Monat in eine LPG, eine MTS oder ein Dorf« zu gehen, die Lage zu prüfen und »Maßnahmen zur Bekämpfung feindlicher Tätigkeit« festzulegen. Von besonderer Bedeutung war aber ein anderer Punkt: »Die Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Landwirtschaft treten nicht mehr als stell[ertretende] Leiter der Politabteilung der MTS auf, sondern als Mitarbeiter des SfS«. ¹¹¹ Offenbar hatte sich die bisherige Legenderung der Tätigkeit der Staatssicherheitsmitarbeiter nicht bewährt. Die Erfahrungen zeigten, dass sich die Möglichkeiten ihres Wirkens durch die offizielle Stellvertreterfunktion eher einschränkten als erweiterten. Nicht zuletzt waren Glaubwürdigkeitsprobleme im Kontakt mit MTS- und LPG-Mitgliedern entstanden. Jeder Mitarbeiter sollte sich nunmehr auf »seine Hauptaufgabe, die Vernichtung gegnerischer Agenten und Kräftegruppen, konzentrieren« und dabei sowohl inoffizielle Informationsquellen als auch offizielle Kontakte nutzen. Entscheidender Grund für die Veränderung scheint letztlich gewesen zu sein, dass man sich von einem offenen Auftreten der Staatssicherheitsmitarbeiter in den MTS ein »höheres Droh- und Kontrollpotenzial« erhoffte. ¹¹²

Im Rahmen der Arbeit mit den neu eingeführten »Objekt-Vorgängen« ¹¹³ sollte zudem die »sorgfältige Registrierung aller Vorfälle, die auf gegnerische Tätigkeit schließen lassen«, erfolgen, um »die Schwerpunkte dieser Feindtätigkeit« zu ermitteln. ¹¹⁴ Als wichtigste Aufgabe in der angespannten politischen Lage wurde die »Schaffung eines breiten Informatorennetzes« betrachtet, womit die Basis für eine quantitative und qualitative Verbesserung der Arbeit gelegt werden sollte. Um dabei den »einzelnen Mitarbeitern praktische Hilfe und Anleitung in ihrer operativen Arbeit« zu geben, sah die Dienstanweisung regelmäßige Besuche von Instruktoren und zuständigen Abteilungsleitern der Bezirksverwaltungen in den Kreisdienststellen vor. ¹¹⁵ Als erfor-

¹¹¹ Ebenda, Bl. 2. Dafür spricht, dass ab Januar 1954 überprüfte Personen in Stellvertreterfunktion keinen Hinweis auf eine hauptamtliche MfS-Zugehörigkeit haben.

¹¹² Vgl. Schöne: Frühling auf dem Lande (Anm. 2), S. 175.

¹¹³ Richtlinie für die operative Erfassung und Statistik in den Organen des Staatssekretariats für Staatssicherheit des MdI der DDR v. 12.12.1953; BStU, MfS, BdL/Dok. 3032. Dokumentiert in: Engelmann, Roger; Joestel, Frank (Bearb.): Grundsatzdokumente des MfS. Hg. BStU. Berlin 2004, S. 67–86 (MfS-Handbuch, Teil V/5).

¹¹⁴ Ebenda, S. 4.

¹¹⁵ Dienstanweisung 19/54 v. 10.3.1954 des Leiters der BV Schwerin, Oberstleutnant Folk (1952–1954 Leiter); BStU, MfS, BV Schwerin, BdL/Dok. 400369, Bl. 1 f. Es ist zu vermuten, dass genannte Anweisungen in allen BV realisiert wurden.

derlich betrachtet wurde insbesondere die Abkehr von »utopischen Arbeitsplänen« sowie die ständige Analyse »geplante[r] Aktionen des Gegners«.¹¹⁶

Sämtliche Anweisungen spiegeln die Tatsache wider, dass die Staatssicherheit im Jahre 1953 in ihren wesentlichen Verantwortungsbereichen instabile Bedingungen vorfand. Im Zusammenhang mit der Herauslösung des MfS-Mitarbeiters aus der Funktion des stellvertretenden Leiters der MTS-Politabteilung beschloss das ZK-Sekretariat am 16. und 17. Dezember 1953, dass die Stellvertreter zukünftig nicht mehr von der Kaderkommission beim ZK, sondern von den Sekretariaten der Bezirksleitungen zu bestätigen seien.¹¹⁷ Bekanntlich standen die SED-Bezirkssekretäre in engem Kontakt mit den Bezirksverwaltungen der Staatssicherheit.

Mitte der fünfziger Jahre bestanden für den größten Teil der städtischen Bevölkerung nach wie vor Schwierigkeiten bei der Lebensmittelversorgung. Die Schwäche des »sozialistischen Sektors« auf dem Lande¹¹⁸ mit einer großen Zahl subventionsbedürftiger LPG und MTS war für die SED ein politisches Ärgernis erster Ordnung, das auch die Geheimpolizei auf den Plan rufen musste. Wollweber erließ am 2. September 1954 eine weitere spezifische Dienstanweisung, in der eingangs ein »ernstes Zurückbleiben der Organe der Staatssicherheit in der Landwirtschaft« beklagt wurde. Er verwies auf spürbar stärkere Aktivitäten »westlicher Geheimdienste und Untergrundorganisationen«.¹¹⁹ Die Ursachenproblematik wird nach dem bekannten Schema behandelt: Alle Feindtätigkeit hat im Westen ihren Ursprung.

Die Dienstanweisung Nr. 45/54 ersetzte die vorjährige vom Dezember 1953, behielt aber mehrere Regelungen wortwörtlich bei. Substanziell brachte sie wenig Neues. An erster Stelle stand der Appell, »dass die Verbesserung der operativen Arbeit auf dem Dorf zur Zeit eine der wichtigsten Aufgaben unserer Organe darstellt«,¹²⁰ was auf keine besonders positive Bilanz der bisherigen Arbeit schließen lässt. »Erfolge« seien in erster Linie durch die verstärkte Werbung von Informatoren und ihre Erziehung »in Punkto Wachsamkeit, Disziplin und Konspiration« zu erreichen. Die vorhandenen Informatoren-Netze seien von »zweifelhaften und perspektivlosen Elementen« zu säubern, und es sei »besondere Aufmerksamkeit [...] auf die Anwerbung von Agenturen aus feindlichen Schichten [...] zu richten, um dadurch

¹¹⁶ Dienstanweisung 20/54 des Leiters der BV Schwerin v. 19.3.1954; BStU, MfS, BV Schwerin, BdL/Dok. 400370, Bl. 1 f.

¹¹⁷ Sitzung des Sekretariats des ZK v. 16./17.12.1953; SAPMO-BA, DY 30 J IV 2/3/411, Bl. 3.

¹¹⁸ Ende 1954 fiel lediglich ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf den »sozialistischen Sektor«, rund 13 % war der Anteil der LPG. Horz: Die Kollektivierung (Anm. 18), S. 118.

¹¹⁹ Dienstanweisung 45/54 für die »Arbeit der Organe der Staatssicherheit in der Landwirtschaft« v. 2.9.1954; BStU, MfS, BdL/Dok. 3087.

¹²⁰ Ebenda, Bl. 1 f.

in die feindlichen Konzentrationen auf dem Dorfe einzudringen«. ¹²¹ Gefordert war die Anwerbung von Zuträgern aus Kreisen von Großbauern, Kaufleuten, Gastwirten und von anderen Personen mit Westkontakten.

Anleitung und Kontrolle der für die Landwirtschaft zuständigen Sachbearbeiter sollten abermals verstärkt werden. Die verantwortlichen Mitarbeiter der Abteilungen III der Bezirksverwaltungen hätten die Pflicht, »eine systematische und wirksame Kontrolle und Hilfeleistung für die Kreisdienststellen [...] zu organisieren«. Zudem seien »die Leiter der Kreisdienststellen und die auf der Linie der Landwirtschaft tätigen Mitarbeiter [...] zur Berichterstattung in die Bezirksverwaltungen zu rufen«. ¹²² Die entsprechende Berichterstattung an die Berliner Zentrale habe zweimonatlich zu erfolgen, hierfür verantwortlich sei der Leiter der BV oder sein für die Linie III zuständiger Stellvertreter. Besonders betont wurde die Zusammenarbeit des MTS-Sachbearbeiters der Staatssicherheit mit dem Leiter der Politabteilung. Einerseits müsse der Mitarbeiter »eine enge Verbindung« mit ihm halten, »um wichtige Hinweise für die operative Arbeit zu bekommen«, andererseits könne er ihm »unter Wahrung der Konspiration [...] wichtige Hinweise für die politische Arbeit geben«. ¹²³ Unnötig zu erwähnen, dass es bei der offiziellen Verankerung des operativen Mitarbeiters in der MTS blieb: »Die Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Landwirtschaft treten nicht mehr als stellvertretende Leiter der Politabteilungen der MTS auf, sondern als Mitarbeiter des SfS«. ¹²⁴

Auch die Dienstberatungen der Linie III des Jahres 1954 beschäftigten sich mit den Defiziten der »Agenturarbeit« auf dem Lande, wenn jetzt auch hier und da Erfolge verzeichnet wurden, etwa im Hinblick auf die gewachsene Zahl der bearbeiteten Vorgänge. ¹²⁵ Offenbar wurde eine Qualifizierung der Arbeit durch horizontale Erfahrungsaustausche versucht. Ein Referatsleiter führte in seinem Bereich regelmäßige »MTS-Sachbearbeiter-Besprechungen« ein, eine Praxis, die er auch für die Referatsleiterebene vorschlug. ¹²⁶

¹²¹ Ebenda, Bl. 5.

¹²² Ebenda, Bl. 7.

¹²³ Ebenda, Bl. 3.

¹²⁴ Ebenda, Bl. 4.

¹²⁵ Vermerk über die Dienstbesprechung des Gen[ossen] Staatssekretär mit der HA III am 30.11.1954; BStU, MfS, SdM 1920, Bl. 65.

¹²⁶ Protokoll über die am 3.11.1954 stattgefundene Dienststellenleiterbesprechung mit dem Gen[ossen] Staatssekretär Wollweber; BStU, MfS, SdM 1921, Bl. 489.

2.3 Zur Arbeit der Staatssicherheit mit inoffiziellen Mitarbeitern im Bereich der Landwirtschaft

In einer Dienstbesprechung der Linie III am 30. November 1954 zog Wollweber Bilanz.¹²⁷ Er stellte zwar allgemeine Fortschritte fest, geißelte aber die immer noch vorhandenen Defizite im Bereich der Informantenarbeit:

»Wer nicht richtig mit GIs und GMs¹²⁸ arbeiten kann, der gehört nicht in eine operative Arbeit der Staatssicherheit, der ist vollkommen nutzlos und steht auf einem falschen Platz. [...] Die Arbeit mit den GIs und GMs ist die Hauptarbeit bei uns. Unser Verwaltungsapparat hat nur den Sinn, diesen Hauptpunkt richtig in Gang zu halten.«

Seine Ausführungen gipfelten in der provozierenden Feststellung: »Man muss prüfen, ob evtl. unsere Mitarbeiter Angst vor dem Klassenfeind haben.«¹²⁹

Es war das Dilemma der Staatssicherheit, dass alle Dysfunktionen in den volkswirtschaftlichen Bereichen tendenziell zu ihrem Problem wurden, weil dahinter grundsätzlich systematische Feindtätigkeit vermutet wurde. Der für die Linie III zuständige Stellvertreter Wollwebers, Generalmajor Otto Last, hatte bereits in einer früheren Dienstbesprechung die rhetorische Frage gestellt: »Warum können die Schädlinge so lange tätig sein, ohne erkannt zu werden?« Die selbst gegebene Antwort lautete: Weil eine unzureichende und unqualifizierte Werbung von GI erfolgt und die Mitarbeiter durch Vorgesetzte mangelhaft angeleitet und kontrolliert werden.¹³⁰

Die Disposition von Wollweber für eine Dienstbesprechung am 2. November 1954 enthält Ergebnisse von Überprüfungen in Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen durch die so genannte Kontrollinspektion, eine Art Innenrevision der Staatssicherheit, die dem Stasi-Chef unmittelbar unterstellt war. Die Überprüfung kam zu dem Ergebnis, dass die Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern immer noch vernachlässigt werde.¹³¹ Es waren operative Mitarbeiter aufgefallen, die »Hemmungen« oder gar »keinerlei Voraussetzungen für die operative Arbeit« hätten.¹³² Sie seien vollkommen fehl am Platze, würden aber teilweise mit »durchgeschleppt«. Geheime Informatoren würden auf dem Papier auftauchen, tatsächlich bestehe aber zu einem beträchtlichen Teil von ihnen keine Verbindung. Hervorgehoben wurde der Fall eines Unteroffiziers der Ab-

¹²⁷ Vermerk über die Dienstbesprechung des Gen[ossen] Staatssekretär mit der HA III am 30.11.1954; BStU, MfS, SdM 1920, Bl. 67.

¹²⁸ Vgl. Richtlinie über die Erfassung der geheimen Mitarbeiter, der Informatoren und der Personen, die konspirative Wohnungen unterhalten v. 20.9.1950; BStU, MfS, BdL/Dok. 2506; Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter (Anm. 98), S. 159–163.

¹²⁹ Vermerk über die Dienstbesprechung v. 14.6.1955; BStU, MfS, SdM 1921, Bl. 89.

¹³⁰ Protokoll der Dienstbesprechung v. 2.11.1954; ebenda, Bl. 137.

¹³¹ Disposition zur Dienstbesprechung am 2.11.1954; ebenda, Bl. 155.

¹³² Ebenda, Bl. 159 f.

teilung III der BV Potsdam, für den ein Geheimer Hauptinformer und 15 Geheime Informatoren registriert seien, bei dem aber tatsächlich nur zwei Verbindungen zu GI bestünden.¹³³ Außerdem wurde festgestellt, dass die Zahl der SED-Mitglieder unter den GI und GM mit einem Anteil von 30 bis 60 Prozent zu hoch sei.¹³⁴

Mit der Gesamtlage in den Kreisdienststellen beschäftigte sich etwa ein halbes Jahr später ein weiterer Überprüfungsbericht der Kontrollinspektion, der in einer Dienstbesprechung der leitenden Kader der Staatssicherheit am 14. Juni 1955 besprochen wurde.¹³⁵ Wiederum wurden mangelhafte Verbindungen von operativen Mitarbeitern zu ihren Informatoren festgestellt.¹³⁶ Auch ein hoher Anteil von SED-Mitgliedern unter den Informatoren konnte abermals nachgewiesen werden – er schwankte in ausgesuchten Kreisdienststellen zwischen 40 und 50 Prozent.¹³⁷ Auch sonst zeichnet der Bericht kein vorteilhaftes Bild der operativen Tätigkeit, insbesondere wurde die absolut unzureichende Anleitung und Kontrolle der Mitarbeiter durch die dienstlichen Vorgesetzten bemängelt.¹³⁸ Probleme dieser Art sind charakteristisch für den geheimpolizeilichen Apparat der fünfziger Jahre – in ländlichen Gebieten waren sie tendenziell jedoch noch ausgeprägter als im städtischen Bereich. Nur vereinzelt hebt der Bericht auch gute nachrichtendienstliche Erkenntnisse aus MTS-Bereichen hervor.¹³⁹

Wollwebers Direktive Nr. 24/55 zur Verbesserung der operativen Arbeit in volkswirtschaftlich bedeutsamen Objekten vom 10. August 1955 stand im Zusammenhang mit Maßnahmen des ZK der SED zur »Überwindung der Stagnation auf einigen Gebieten der Volkswirtschaft«.¹⁴⁰ Sie markiert eine vorsichtige Neuorientierung im Sicherungsbereich Volkswirtschaft: »Bürokratismus, Schlamperei, unverantwortliche Arbeitsweise und Schlendrian werden von uns kaum beachtet und aufgedeckt, geben aber dem Gegner große Möglichkeiten, Sabotage und Schädlingstätigkeit dahinter zu verstecken. [...] Die operative Bearbeitung dieser Vorkommnisse wird jedoch stark vernachlässigt und hat bisher keine nennenswerten Erfolge gezeigt«.¹⁴¹ Ein halbes Jahr später hob Wollweber anlässlich einer Dienstbesprechung in der Bezirksverwaltung Gera als Grundproblem hervor, dass die Mitarbeiter nicht genau unterscheiden

¹³³ Ebenda, Bl. 157.

¹³⁴ Ebenda, Bl. 157 f.

¹³⁵ Dienstbesprechung v. 16.6.1955, Bericht der Kontrollkommission; BStU, MfS, SdM 1921, Bl. 91–103.

¹³⁶ Ebenda, Bl. 95.

¹³⁷ Ebenda, Bl. 92 f.

¹³⁸ Ebenda, Bl. 99 f.

¹³⁹ Ebenda, Bl. 92.

¹⁴⁰ Direktive 24/55 zur Verbesserung der operativen Arbeit in den Objekten der Volkswirtschaft v. 10.8.1955; BStU, MfS, BdL/Dok. 2605.

¹⁴¹ Ebenda, Bl. 3.

könnten, »was ist Schädlingsarbeit und was ist Schlamperei«. ¹⁴² Die ursprüngliche Fixierung auf die angeblich allgegenwärtige »Feindtätigkeit« begann sich abzuschwächen.

Die geheimdienstlichen Arbeitsbedingungen auf dem Lande blieben schwierig, auch wenn das Spitzelnetz auf Dauer dichter wurde. Der Leiter der Abteilung III der BV Potsdam klagte noch im März 1958, »dass die politische Aufgabenstellung, wie gegenwärtig in der Landwirtschaft, in keinem Verhältnis steht mit unserer operativen Basis, [...] d. h. das Netz, über das wir verfügen, um die reibungslose Entwicklung unter Kontrolle zu halten«. ¹⁴³ Als Hauptproblem nannte er die Tatsache, dass rund 40 Prozent des Gesamtbestandes der inoffiziellen Mitarbeiter erst 1957 und 1958 gewonnen worden waren – lediglich 9 Prozent der IM-Werbungen datierten von vor 1953. ¹⁴⁴ Die Qualität der Arbeit litt gewissermaßen unter unerfahrenen Spitzeln.

Die Staatssicherheitsführung kämpfte seit 1953, als die Kategorie der Geheimen Hauptinformatoren eingeführt wurde, damit, dass dieses Instrument nicht so funktionierte, wie es gedacht war. Eigentlich sollte es dazu dienen, die inoffizielle Basis der Geheimpolizei zu erweitern: Jeder Hauptinformator sollte zehn bis 15 weitere Informatoren führen. ¹⁴⁵ Doch diese Richtgröße wurde in der Masse auf Jahre hinaus auch nicht annähernd erreicht. Wollweber wurde daher nicht müde, auf die Bedeutung der Geheimen Hauptinformatoren hinzuweisen. Das gelte besonders »für das so komplizierte Gebiet der Landwirtschaft, wo das Auftauchen unseres Mitarbeiters schon von vornherein bestimmte Schwierigkeiten mit sich bringt bzw. er sehr schnell als eine fremde Person auffällt«. ¹⁴⁶

Der Einsatz eben dieser Hauptinformatoren, der »besonders auf dem Lande [als] vordringlich« erachtet wurde, fiel nach wie vor in der Bilanz bescheiden aus. Für die Abteilung III der BV Potsdam, die im Frühjahr 1958 über 13 GHI verfügte, lag die statistische Angabe vor, dass lediglich rund »80 Prozent der GHI mit 2, 3, 4 und mehr GI« arbeiteten. Selbst diese Zahlen wurden jedoch angezweifelt. ¹⁴⁷ Einige Kreisdienststellen verzeichneten auf diesem Gebiet gar »Stillstand« und »Rückgang«. ¹⁴⁸ Mitte 1958 waren im Bezirk Potsdam noch 40 Prozent aller Gemeinden ganz ohne

¹⁴² Notiz über eine Dienstbesprechung in der BV Gera v. 2.3.1956; BStU, MfS, SdM 1921, Bl. 432.

¹⁴³ Bericht auf der Parteiaktivtagung v. 3.3.1958; BStU, MfS, BV Potsdam, AS 3/60, Bd. II, Bl. 48.

¹⁴⁴ Tagung der Abteilungs- und Dienststellenleiter am 7.7.1958; ebenda, Bl. 160.

¹⁴⁵ Vgl. Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter (Anm. 98), S. 68–70.

¹⁴⁶ Referat zur Dienstkonferenz am 26.4.1957; BStU, MfS, ZAIG 5604, Bl. 224–227. Die Linie III hatte im DDR-Maßstab 448 GHI, davon waren 2,4 % auf dem Lande tätig.

¹⁴⁷ Besprechung der Abteilungs- und Kreisdienststellenleiter v. 23.5.1958; BStU, MfS, BV Potsdam, AS 3/60, Bd. II, Bl. 147 f. u. 159.

¹⁴⁸ Tagung der Abteilungs- und Kreisdienststellenleiter v. 14.4.1958; ebenda, Bl. 99.

»Agentur«.¹⁴⁹ Von einer flächendeckenden Überwachung auf dem Lande konnte noch immer keine Rede sein. Die Geheimpolizei war somit noch verhältnismäßig schlecht gerüstet, als auf dem V. Parteitag der SED im Juli 1958 unter der Losung »Der Sozialismus siegt« die Kollektivierungssagitation wieder angeschoben wurde.

3 Die Großbauern als besondere Feindkategorie

Vom ideologischen Standpunkt aus gesehen war spätestens nach der 2. Parteikonferenz der SED vom Juli 1952 klar, wer »der Klassenfeind auf dem Lande« war: Die »Großbauern, die ihren Ablieferungspflichten nicht nachkommen und Steuerschulden haben«, müssen »die Gesetze unserer Regierung in aller Schärfe zu spüren bekommen«, ¹⁵⁰ schrieb die *Leipziger Volkszeitung* im November 1952. In das gleiche Horn blies die *Volksstimme* aus Potsdam: »Die Ursachen des mangelhaften Erfüllungsstandes liegen in der bewussten Sabotage der Ablieferung durch die Mehrzahl der Großbauern begründet.«¹⁵¹ Nach der Verkündung des »Neuen Kurses« im Juni 1953 schwächte sich die Frontstellung der SED gegen die privaten Mittel- und Großbauern zunächst wieder ab, aber die Funktionäre behielten gleichwohl grundsätzlich eine »klassenbewusste« Orientierung. In der Mehrzahl der vorliegenden Berichte wurden unter dem Stichwort »Tätigkeit des Klassenfeindes« allerdings nicht nur Aktivitäten von Großbauern behandelt, sondern auch Materialschiebereien, »Zersetzungsarbeit« in der Viehzucht, »falsche Handlungsweisen« von Brigadieren, Einflussnahmen der Kirche und sogar das Verhalten von Traktoristen, die trotz der Übergabe der Maschinen an die LPG dort nicht Mitglied werden wollten. Daneben spielte eine generelle »Wachsamkeit« gegenüber allgemein verdächtigen Personen wie SPD- oder CDU-Anhängern, Angehörigen der Freikirchen, Umsiedlern, Rückkehrern sowie »ehemaligen Nazis« eine Rolle. In keinem landwirtschaftsbezogenen Objektvorgang fehlte die Rubrik zu diesen Personengruppen. Für die tägliche Arbeit der operativen Mitarbeiter der Staatssicherheit war gefordert, die »Abwehrarbeit in den Objekten richtig zu organisieren«, zu erkennen, wo »gegen den sozialistischen Sektor« und somit im Sinne der »Überlegenheit der einzelbäuerlichen Wirtschaft« propagiert wurde und sich folglich dort die »Träger der feindlichen Tätigkeit« – im vorliegenden GVS-Material aufgelistet – verbargen.¹⁵²

Ein besonderes Augenmerk richtete sich auch auf Personen in leitenden Funktionen, die der Korruption oder der Begünstigung von Großbauern verdächtigt wurden.

¹⁴⁹ Besprechung mit Beauftragten der Kreisdienststellen v. 16.5.1958; ebenda, Bl. 133.

¹⁵⁰ *Leipziger Volkszeitung* v. 29.11.1952. In: SBZ-Archiv 3(1952)23/24, S. 381.

¹⁵¹ *Volksstimme* v. 22.10.1952. In: SBZ-Archiv 3(1952)21, S. 333.

¹⁵² Feindstützpunkte und Feindmethoden in der Landwirtschaft. Bericht v. 31.7.1957; BStU, MfS, BdL/Dok. 3557, Bl. 1.

Hier gerieten beispielsweise die Beziehungen der Volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe zu den Bauern ins Blickfeld. Die Fälschung von Ablieferungsquoten etwa fiel unter den Tatbestand »durchorganisierte Schädlingstätigkeit« bzw. »Wirtschaftsverbrechen«. ¹⁵³ Ein weiterer Schwerpunkt war die von MTS-Angestellten zuweilen betriebene illegale Beschaffung von Traktoren und Ersatzteilen sowie die unsachgemäße Durchführung von Reparaturen, was sogleich in den »Verdacht der Sabotage« geriet.

Eine vom Untersuchungsorgan des MfS erstellte »Analyse über die Feindtätigkeit« in der Landwirtschaft schreibt den selbstständigen Bauern im Jahr 1958 57,3 Prozent der Delikte der »staatsgefährdenden Propaganda und Hetze« zu. Die steigende Zahl von MfS-Ermittlungsverfahren im ländlichen Bereich führte das Untersuchungsorgan auf eine »bessere operative Aufklärung« zurück, die zur »Liquidierung größerer Schädlingsgruppen« geführt habe. ¹⁵⁴

Im Folgenden soll kurz die Entwicklung der SED-Agrarpolitik rekapituliert werden, die schließlich in die Wende der »agrarpolitischen Linie« nach dem V. Parteitag 1958 mündete, in der die Großbauern endgültig zu »Klassenfeinden« wurden. ¹⁵⁵ In den ersten Jahren nach der Bodenreform war der Beitrag der Großbauern zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zunächst mehr oder weniger willkommen. ¹⁵⁶ Doch mit der Stalinisierung der SED ab 1948 begann ihre Diskriminierung als so genannte »kapitalistische Elemente« entsprechend dem propagierten Feindbild. Gemäß der SED-Ideologie standen die »Klasseninteressen« der Großbauern zu denen der übrigen Bauern im Widerspruch. Sie galten zunehmend als ein Faktor, der die gewünschte gesellschaftliche Entwicklung auf dem Lande hemmte. Doch nicht jeder private Landwirtschaftsbetrieb mit mehr als 20 Hektar Fläche ¹⁵⁷ wurde als kapitalisti-

¹⁵³ Hauptabteilung IX. Analyse zur Feindtätigkeit in der Landwirtschaft v. 29.3.1960; BStU, MfS, HA IX 8792, Bl. 253 f.

¹⁵⁴ Analyse über die aufgeklärte Feindtätigkeit gegen den sozialistischen Aufbau der Landwirtschaft im Gebiet der DDR; BStU, MfS, HA IX 8792, Bl. 239 f.; vgl. hierzu Anlage II, S. 69; vgl. auch Osmond: Kontinuität und Konflikt in der Landwirtschaft der SBZ/DDR (Anm. 24), S. 159 ff. Der Autor stützt sich bei der Auswertung von Protesten, Gewaltakten u. ä. Ereignissen hauptsächlich auf die »Berichte des Operativstabes der Deutschen Volkspolizei über die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft« aus dem Bundesarchiv.

¹⁵⁵ Vgl. Piskol, Joachim: Zur sozialökonomischen Entwicklung der Großbauern in der DDR 1945 bis 1960. In: ZfG 39(1991)5, S. 419–433.

¹⁵⁶ Zu den Nachkriegsfaktoren, die eine günstige Entwicklung der Großbauernwirtschaften bewirkten, zählten die inflationäre Entwicklung, der Lebensmittelmangel und die günstige Arbeitskräftesituation. In: ebenda, S. 421. Nach einer Einschätzung der Betriebe über 20 ha Größe durch Kurt Vieweg, ZK-Mitglied und Vorsitzender der VdgB, im Herbst 1952 stellte sich die Wirtschaftlichkeit wie folgt dar: 20 % »stark«, 30–40 % »im notwendigen Maße«, bis 40 % »leben von der Substanz«. In: ebenda, S. 426.

¹⁵⁷ 1952 bearbeiteten Betriebe in dieser Größe rund ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche. In: Klemm: Agrarreformen (Anm. 51), S. 203.

scher Betrieb angesehen. Laut Ulbricht fielen nur die Wirtschaften darunter, die – neben diesem Kriterium – auch noch »Lohnarbeiter beschäftigen mit dem Ziel, nicht selbst erarbeitete Einkünfte zu erhalten«. ¹⁵⁸ Hiermit galten sie als »Ausbeuter«, für die kein Platz in der sozialistischen Gesellschaft war. Zunächst hatten Ulbricht, Grotewohl und andere Funktionäre seit Ende der vierziger Jahre öffentlich versichert, dass es eine Kollektivierung in der Landwirtschaft und ein rigores Vorgehen gegen Großbauern nicht geben würde. ¹⁵⁹ Das änderte sich radikal nach der 2. Parteikonferenz der SED vom Juli 1952, auf die ein knappes Jahr forcierte Kollektivierung sowie systematische Diskriminierung und Kriminalisierung der Mittel- und Großbauern folgte. ¹⁶⁰ Doch dieser Generalangriff gegen das Privatbauerntum bedrohte Bauern und Bauernhöfe aller Größen in ihrer Existenz. So verließen bis zum Juni 1953 selbstständige Bauern in großer Zahl Haus und Hof und flüchteten in den Westen. ¹⁶¹ Sie verließen ihr Land, auch »ohne sich gegen unsere Gesetze vergangen zu haben«, vermerkte eine MTS-Politabteilung aus dem Bezirk Magdeburg erstaunt und lastete dies im gleichen Atemzug dem »Klassengegner« an, der damit beabsichtige, »unseren Aufbau zu hemmen«. Dass die Drangsalierung der Privatbauern hier eine Rolle spielte, konnte der Funktionär nicht zu Papier bringen. Zum Verhältnis der MTS zu den Großbauern schrieb er indessen unterkühlt, es sei so, »wie es die Einschränkung der Großbauern erfordert«. ¹⁶²

Mit dem »Neuen Kurs« vom Juni 1953 wurde die harsche Diskriminierung der Großbauern zunächst beendet. Die aus Moskau befohlene politische Korrektur führte sogar zur Rückgabe landwirtschaftlichen Besitzes an Rückkehrer und an Bauern, deren Betriebe wegen angeblicher wirtschaftlicher Vergehen beschlagnahmt worden waren. ¹⁶³ Nicht zuletzt wegen ihres starken wirtschaftlichen Potenzials verfolgte die SED nunmehr langfristig das Ziel, auch Großbauern durch ideologische Beeinflussung zu gewinnen und in die Kollektivierung einzubeziehen. ¹⁶⁴ Gleichwohl blieb die

¹⁵⁸ Vgl. Schmidt, Walter: Die Grundzüge der Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR von 1945 bis zur Gegenwart. Teil II: 1953–1960. Vorlesungen zur Agrarökonomik, Heft 2/1. Berlin 1961, S. 48.

¹⁵⁹ Vgl. Krebs, Christian: Der Weg zur industriemäßigen Organisation der Agrarproduktion in der DDR. Die Agrarpolitik der SED 1945–1960. Bonn 1989, S. 134 f.

¹⁶⁰ Vgl. Schöne: Frühling auf dem Lande (Anm. 2), S. 73–153.

¹⁶¹ Zur Struktur der Flüchtlingsbewegung vgl. SBZ-Archiv 9(1958)19, S. 298–300, und Der Bau der Mauer durch Berlin. Die Flucht aus der Sowjetzone und die Sperrmaßnahmen des kommunistischen Regimes vom 13. August 1961 in Berlin. Faksimile-Nachdruck der Denkschrift von 1961. Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen. Bonn 1986, S. 15–18.

¹⁶² Monatsbericht der Politabteilung der MTS Haldensleben II v. 29.4.1953; BStU, MfS, BV Magdeburg, AOP 44/71, Bl. 34.

¹⁶³ Zu Erläuterungen zum Verfahren mit Betrieben republikflüchtiger Bauern siehe Tümmler: Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland (Anm. 7), S. 49–54.

¹⁶⁴ Vgl. Horz: Die Kollektivierung (Anm. 18), S. 124–126.

Staatsmacht den Großbauern gegenüber misstrauisch. Zumeist wurden sie ohne Differenzierung den »feindlichen Elementen« zugezählt. Die Staatssicherheit versuchte, ihre Kontakte, Absichten und Meinungen so präzise wie möglich in Erfahrung zu bringen. Bildeten Großbauern feste Kommunikationsstrukturen, so befürchtete man sogleich »gegnerische Gruppierungen«, und es erfolgten »Maßnahmen«, mittels inoffizieller Mitarbeiter in sie »einzudringen und die feindlichen Kräfte zu liquidieren«. ¹⁶⁵

Mit der Politik des »Neuen Kurses« begann eine Art Latenzphase, in der die SED auf dem Lande graduell vorging, ohne jedoch letztlich das Ziel der Vollkollektivierung aufzugeben. 1955, zum 10. Jahrestag der Bodenreform, betonte Ulbricht noch, dass in der DDR neben LPG auch »Einzelbauernwirtschaften von Kleinbauern, Mittelbauern und Großbauern« ihren Platz hätten. ¹⁶⁶

Nach den LPG-Statuten von 1952 war eine Aufnahme von Großbauern in die Genossenschaften zunächst gar nicht möglich. ¹⁶⁷ Diese Regelung wurde jedoch durch einen Beschluss der III. LPG-Konferenz im Dezember 1954 geändert, sodass nach den neuen Statuten Großbauern, die sich »loyal« zum Staat verhielten, in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften aufgenommen werden konnten und somit »eine Perspektive als Bauern in der sozialistischen Gesellschaftsordnung« bekamen. ¹⁶⁸ Für die Staatssicherheit bestand in dieser Phase ein besonderes Informationsinteresse zum Punkt »Aufnahme von Großbauern in die LPG«. ¹⁶⁹ Die Stimmung war allgemein so, wie etwa aus dem Kreis Haldensleben berichtet wurde: »Die Großbauern [...] verhalten sich im Allgemeinen abwartend gegen den Eintritt in die LPG«. Teilweise ließen sie »sich lieber enteignen, ehe sie der LPG beitreten«. Zudem gab es offenbar »Bestrebungen in den Kreisen von werktätigen Bauern«, sie vom Beitritt abzuhalten. ¹⁷⁰ Die Kreisdienststelle Havelberg stellte im MTS-Bereich Mangelsdorf (mit fünf LPG) fest, »dass im Januar 1956 fast 50 % der Mitglieder aus der LPG austreten« wollten. ¹⁷¹ Dort weigerten sich die Großbauern, ihrer Ablieferungspflicht nachzukommen, weil ihnen der Landwirtschaftssachbearbeiter des Rates des Kreises den Tipp gegeben hatte, dass das »Getreidesoll angeblich gesenkt wird«. Auch andere landwirtschaftliche

¹⁶⁵ Dienstanweisung 40/53 betr[effs] Hauptabteilungen III, XIII und Abt[eilung] XII v. 2.12.1953; BStU, MfS, BdL/Dok. 2092, Bl. 5 f.

¹⁶⁶ SBZ von 1955–1958. Chronologische Übersicht. Bonn, Berlin 1961, S. 77.

¹⁶⁷ Zu den Musterstatuten der LPG vgl. Die erste Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 5.–6. Dezember 1952 in Berlin, S. 246–292.

¹⁶⁸ Vgl. Herferth; Poosch; Schmidt: Bodenreform (Anm. 12), S. 139.

¹⁶⁹ Angaben für Bezirksanalysen der Abteilung III v. 10.3.1955; BStU, MfS, BV Magdeburg, AOP 518/67, Bl. 313.

¹⁷⁰ Aufstellung von Bezirksanalysen v. 10.3.1955; ebenda, Bl. 306.

¹⁷¹ Einschätzung der Lage im MTS-Bereich Mangelsdorf v. 1.11.1955; BStU, MfS, BV Magdeburg, AOP 825/67, Bl. 494.

Institutionen standen im Verdacht, die »Positionen der Groß- und Mittelbauern« zu stärken.¹⁷²

Natürlich waren die Verbindungen der Großbauern nach Westdeutschland den Sicherheitsorganen besonders verhasst. So wurden den wegen »Spionage und Sammlung von Nachrichten« Inhaftierten Kontakte zu ausländischen Geheimdiensten, zum Deutschen Bauernverband (DBV)¹⁷³, zum Ostbüro der SPD, zum Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen (UFJ) und zur Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) angelastet.¹⁷⁴ Es wurde gemutmaßt, dass »der in Westberlin stationierte Deutsche Bauernverband [...] keinen unwesentlichen Anteil« an der Stärkung der Großbauern in der DDR habe, »indem er über Mittelsmänner oder direkt aus Westdeutschland Kleesamen, Ersatzteile sowie komplette Melkanlagen zur Verfügung stellt«. Der Bauernverband werde »als die Stelle bezeichnet, die den Bauern in der DDR großzügige Hilfe gewährt und sie vor dem Ruin bewahrt.«¹⁷⁵

Tatsächlich gab es zwischen 1953 und 1959 Ansätze einer durchaus erfolgreichen gesellschaftlichen Selbstbehauptung von selbstständigen Bauern in der DDR. In der Regel waren die Großbauern mit Landtechnik vergleichsweise gut ausgestattet, sodass sie kleinere Bauern entsprechend unterstützen konnten. Zudem schlossen sich ökonomisch starke Bauern häufig zu Arbeitsgemeinschaften zusammen, um besser wirtschaften zu können, denn sofern sie auf die Leistungen der MTS angewiesen waren, standen sie nicht nur in der Prioritätenrangfolge an letzter Stelle, sie zahlten auch die höchsten Tarife¹⁷⁶. Außerdem hatten Großbauern zuweilen einen ernstzunehmenden Einfluss in der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB/BHG)¹⁷⁷ und in den

¹⁷² Auswertung der Bürositzung der SED-Kreisleitung v. 18.11.1954; ebenda, Bl. 58 f.

¹⁷³ Das MfS hatte z. B. den ursprünglich als Westberliner Filiale des »Deutschen Bauernverbandes« gegründeten Verein »BVB e.V.« und dessen Stützpunkte auf DDR-Gebiet im Visier; für Hilfe suchende ostdeutsche Bauern war es eine Beratungsstelle, für das MfS war es die »Behinderung der sozialistischen Umgestaltung durch massive Propaganda gegen sie« und Grund zum Anlegen des ZOV »Bauernfeind« 1965, mit rund 50 Bänden nach 10 Jahre wählender Beobachtung; BStU, MfS, BV Potsdam, AOP 1650/66.

¹⁷⁴ Analyse über die aufgeklärte Feindtätigkeit gegen den sozialistischen Aufbau der Landwirtschaft im Gebiet der DDR, o. D.; BStU, MfS, HA IX 8792, Bl. 228. Die o. g. Bereiche wie Ostbüros, Untergrundbewegungen, Sekten, ehemalige Nazis waren Arbeitsgebiete der Abteilung VI in den frühen fünfziger Jahren. Sie existierte von 1950–1954. Ihr Nachfolger war die HA V, ab 1964 die HA XX.

¹⁷⁵ Bericht über die Lage in der Landwirtschaft v. 24.3.1959; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, CAKG 447; Pl. 9/59, Bl. 531.

¹⁷⁶ Tarife I–IV, gestaffelt nach der Betriebsgröße (LNF); Tarif IV: über 20 ha Betriebsgröße, das 3–4-Fache des LPG-Tarifs I.

¹⁷⁷ Schon in der 4. Vorstandssitzung des Zentralverbandes der VdgB (BHG) Ende Juli 1952 war die Beseitigung der Großbauern in der Funktion der »alten reaktionären Geschäftsführer« proklamiert worden, ungeachtet des Verlustes ihrer Fachkompetenz. Vgl. Die Aufga-

Gemeinderäten, was sich auf die Transmission der SED-Politik auf dem Lande hemmend auswirkte.

Aus Werbungsplänen Geheimer Informatoren ist erkennbar, dass die Werbung von Großbauern gefordert und erwünscht, aber selten erfolgreich war. Häufig spielten dabei Druck und Erpressung eine Rolle, etwa bei der Verwicklung in Ermittlungsverfahren. Um an Großbauernkreise heranzukommen, verfolgte die Staatssicherheit auch die Werbung von Gastwirten, in deren Lokale entsprechende Zusammenkünfte stattfanden.

Unter den im Bezirk Schwerin im Juni 1958 existierenden 2 662 Großbauern waren nicht einmal ein Prozent als Geheime Informatoren geworben, und in einigen Kreisen existierte kein einziger. Entsprechend wurde die Arbeit der vorhandenen Informatoren als »nicht der Rede wert« eingeschätzt. Die ungenügende »Anwerbung von Groß- und starken Mittelbauern [...] entspricht nicht der operativen Bedeutung, die [ihnen] gerade heute zukommt«, so das Fazit der Verantwortlichen, die nicht müde wurden, die »Schaffung von inoffiziellen Mitarbeitern unter den Großbauern« anzumahnen.¹⁷⁸ In der Praxis ließen sich diese Vorgaben nur schwer umsetzen, zumal die Mitarbeiter – ungeachtet aller Vorgaben – primär das bearbeiteten, »was leicht zu bearbeiten ist«,¹⁷⁹ und hierzu gehörte nicht die beschwerliche Spitzelgewinnung im »feindlichen« Milieu der Großbauern. An diesbezüglichen spezifischen Anweisungen und Berichten mangelte es nicht. Sie wiesen die Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Landwirtschaft in den Kreisdienststellen des MfS wiederholt darauf hin, den Personenkreis der Großbauern, vor allem dort, wo sie »dominieren, durch Informatoren unter Kontrolle« zu halten.¹⁸⁰ Ihr Verhalten war in der Mehrzahl der Analysen und Lageberichte vermerkt. Schließlich wurde ihnen – in der Regel wohl nicht zu Unrecht – ein großer Einfluss auf die Stimmung in der Landbevölkerung zugesprochen, wenn es um das Thema Kollektivierung und die Meinungsbildung in wichtigen landwirtschaftlichen Gremien ging. Ihre Argumente zur »freien Wirtschaft« und ihr Protest gegen Maßnahmen der Regierung »treten zum Teil bis in die Kreise der werktätigen Bauern in Erscheinung«,¹⁸¹ hieß es

ben der VdgB (BHG) beim Aufbau des Sozialismus in der Landwirtschaft. Berlin 1952, S. 33 f.

¹⁷⁸ Einschätzung über die Situation in der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bezirkes Schwerin v. 10.6.1958; BStU, MfS, BV Schwerin, BdL/Dok. 400376, Bl. 12. 1958 existierten im Bezirk 706 LPG, die ca. 32 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche bearbeiteten. Die meisten Vorsitzenden waren »bemüht«, mit den übernommenen »verlotterten Großbauernstellen und devastierten Betrieben« etwas zu erwirtschaften. Es gab aber auch erhebliche Probleme mit dem »Säufertum« und dem »Paschatum« mancher Vorsitzender.

¹⁷⁹ Ebenda, Bl. 22.

¹⁸⁰ Protokoll der Dienstbesprechung in der KD Halberstadt am 5.3.1956; BStU, MfS, SdM 1921, Bl. 422.

¹⁸¹ Berichterstattung über die operative Arbeit in der Landwirtschaft im Bezirk Leipzig, 6.11.1954; BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00160/02, Bl. 59. In diesem Bericht sind mehrere Informatoren lobenswert und als »wertvolle Werbung« erwähnt. Sie lieferten In-

etwa in einem Bericht der Bezirksverwaltung Leipzig. Die operativen Mitarbeiter sollten sich nicht darauf verlassen, »dass die verantwortlichen Funktionen mit Genossen unserer Partei besetzt sind«. Aufgabe der Staatssicherheit sei es, von einer »sporadischen Bekämpfung einzelner feindlicher Agenten [...] zu einer organisierten offensiven Bekämpfung des Gegners« überzugehen, mit »konzentrischen Schlägen« gegen »die Hauptkräfte der gegnerischen Sabotage, Schädlings- und Spionagetätigkeit in den Objekten«. ¹⁸²

Durch agrarpolitische Maßnahmen wurden die Existenzbedingungen der großen Betriebe erschwert. ¹⁸³ Unter zunehmenden Angriffen von Instruktoren, Funktionären, Staatssicherheitsleuten und Werbern nahm der Widerstand der Großbauern zum Ende der Kollektivierung spürbar zu. Sie versuchten in der Regel, so lange wie möglich selbstständig zu bleiben und förderten so häufig auch bei anderen Bauern Vorbehalte gegenüber dem Eintritt in eine LPG. Sie erwirtschafteten selbst Ende der fünfziger Jahre noch teilweise höhere Erträge und erzielten im Durchschnitt höhere Einkommen als die Genossenschaften. ¹⁸⁴ Für den Bezirk Karl-Marx-Stadt liegen umfangreiche MfS-Informationen an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung zum Verlauf der Kollektivierung in den Jahren 1959/1960 vor, die als typisch für die Lage in den südlichen Regionen des Landes, die als »ideologisch zurückgeblieben« galten, angesehen werden können:

»In unserem Bezirk existiert eine große Anzahl Mittel- und Großbauern, die wirtschaftlich stark fundamentierte Betriebe besitzen und die Meinung vertreten, dass sie bei Eintritt in eine LPG sich finanziell verschlechtern. Es herrscht die Meinung vor, solange wie nur möglich aushalten und nicht in eine LPG eintreten. Es kann deshalb auch festgestellt werden, dass gerade von diesen Kreisen

formationen als Gastwirtschaftsbesitzer (GI »Kurt Pfeifer«, Leipzig AIM 68/57), als ehemaliger Großbauer (GI »Lotte«, Leipzig AIM 533/56) und als Landwirt (GI »Rolf Fritzsche«, Leipzig AIM 616/55). Wenn auch ihre Berichtstätigkeit nicht sehr dauerhaft und umfangreich war, so erhielten die Staatssicherheitsorgane doch »sehr gute Hinweise« auf verdächtige Gruppierungen und Personen der Gemeinden Pödelwitz, Kreis Borna, Naundorf und Kreis Schmölln.

¹⁸² Dienstanweisung 40/53; BStU, MfS, BdL/Dok. 2092, Bl. 5.

¹⁸³ Z. B. Reduzierung der MTS-Arbeiten, Erschwerung der Beschäftigung von Saisonarbeitskräften, Veränderungen bei Erfassung und Aufkauf, Einschränkung des Verkaufs von Maschinen an private Landwirte, Erhöhung der Landarbeiterlöhne; vgl. Piskol: Großbauern (Anm. 155), S. 433.

¹⁸⁴ Das Reineinkommen war 1955 in Betrieben über 20 ha Größe 3,3 mal so hoch wie in Wirtschaften von 1–5 ha. Das durchschnittliche monatliche Einkommen je Familienarbeitskraft bei über-20-ha-Höfen lag 1955/57 mit 28,5 % am höchsten über dem Durchschnitt aller Einzelbauern und wesentlich höher als bei Arbeitern und Angestellten.

eine negative Beeinflussung der Bauern, die in eine LPG eintreten wollen, durchgeführt wird.«¹⁸⁵

In den fast täglich erstellten Berichten werden weiterhin »mangelnde Aktivitäten« der Funktionäre auf Kreis- und Parteiebene, das »hemmende« Verhalten der Vorstände der VdgB (BHG), die hartnäckig bestehenden Diskussionen und Verweigerungen unter den Großbauern als Gründe für die Stagnation bei den LPG-Gründungen genannt.¹⁸⁶ Und nicht zuletzt die missliche Lage vieler LPG, die trotz finanzieller und patenschaftlicher Unterstützung keine wirtschaftlichen Erfolge vorweisen konnten, war ein faktisches Argument zugunsten der Privatbauern. Selbst als die Volkskammer der DDR am 25. April 1960 nach Abschluss der Zwangskollektivierungsphase den »vollständigen Zusammenschluss« der Bauern in LPG »zur Kenntnis« genommen hatte, existierte immerhin noch ein Rest von 7,3 Prozent nicht genossenschaftlich oder volkseigen genutzter landwirtschaftlicher Fläche, der von »landwirtschaftlichen Kleinproduzenten, einigen Kirchengütern und wenigen Einzelbauern« bebaut wurde.¹⁸⁷

4 Die operative Tätigkeit der Staatssicherheit in ländlichen Regionen – Grundsätzliches und Fallbeispiele

4.1 Der »Objektvorgang« als Informationsspeicher

Zentrales Arbeitsmittel des Operativen Mitarbeiters auf der »Linie« Landwirtschaft war der so genannte Objektvorgang zum jeweiligen MTS-Bereich.¹⁸⁸ Solche Vorgänge bestanden von 1954 bis zur endgültigen Auflösung der MTS Mitte der sechziger Jahre.¹⁸⁹ Im Objektvorgang war das gesamte operativ interessante Material zum MTS-Bereich abgelegt. Insbesondere aufgrund detaillierter Personenangaben diente er dazu, den Verantwortungsbereich unter Kontrolle zu halten.

Im volkswirtschaftlichen Bereich dokumentierte der Objektvorgang grundsätzlich die geheimpolizeiliche »Bearbeitung« von volkseigenen Betrieben (VEB) der Industrie, des Handels, des Transports und der Landwirtschaft. Die einschlägige

¹⁸⁵ Information an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung über die Lage in der Landwirtschaft v. 24.3.1959 [Absender unklar, aber vermutlich MfS-Bezirksverwaltung]; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, CAKG 447, Pl. 9/59, Bl. 523.

¹⁸⁶ Aus einem Bericht über die Arbeit des Staatsapparates im Kreis Hainichen; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, CAKG 447 Pl. 5/60, Bl. 435–442.

¹⁸⁷ Vgl. Klemm: Agrargeschichte (Anm. 51), S. 230.

¹⁸⁸ Vgl. Anlage III, S. 70.

¹⁸⁹ Beschluss des Ministerrates der DDR v. 15.3.1963; GBl. Teil II, 1963.

Richtlinie legte als »Hauptziel der Betreuung dieser Objekte« fest, »sie vor dem Eindringen feindlicher Elemente zu bewahren und mögliche Versuche der Sabotage, der Schädlingsarbeit, der Diversion usw. zu verhindern«. ¹⁹⁰ Aus einem Objektvorgang, der die allgemeine Überwachung des »Objekts« widerspiegelt, ergaben sich in der Regel weiterführende Maßnahmen mit entsprechenden eigenen Akten zur intensiveren Überwachung einzelner Personen, wie Beobachtungs- sowie Überprüfungsvorgänge, Einzel- und Gruppenvorgänge und gegebenenfalls auch Material für strafrechtliche Ermittlungsverfahren. Auch Vorgänge zu inoffiziellen Mitarbeitern wurden häufig aus dem Objektvorgang heraus »entwickelt«. Ein »gut« geführter Objektvorgang entsprach dem Anliegen der Staatssicherheit, die Parteiführung jederzeit über »alles« auf dem Laufenden halten zu können, und zwar rechtzeitig, und nicht – wie Mielke sarkastisch auf einer Sitzung des MfS-Kollegiums im Dezember 1957 bemerkte – »wie [es] noch jetzt der Zustand ist, erst berichten bzw. signalisieren, wenn es zu spät ist«. ¹⁹¹

Aufgrund der Parteivorgaben für die Landwirtschaft zählten die MTS aus MfS-Sicht zu den wichtigsten Objekten, in denen in überdurchschnittlichem Maße »Feindtätigkeit« zu befürchten war. In einem zum jeweiligen MTS-Bereich geführten Objektvorgang gerieten die Belegschaften der MTS, der LPG und der überwiegende Teil der berufstätigen Bevölkerung der Gemeinden in den Blick des Staatssicherheitsmitarbeiters. Eine Kategorisierung erfolgte nach verschiedenen Aspekten wie Herkunft, bäuerlicher Status, politische Zuverlässigkeit, Parteizugehörigkeit, »Westberlinfahrer« und selbst nach dem Grad der Kriegsinvalidität. Die Berichte an die vorgesetzten Stellen orientierten sich im Wesentlichen an allgemeinen, auf alle MTS-Bereiche zugeschnittenen Informationsschwerpunkten, etwa zum aktuellen Entwicklungsstand in den MTS und LPG, zu Erfolgen und Misserfolgen, zu »ernsten Vorkommnissen« und natürlich zu Personen, die die gewünschte Entwicklung »sabotierten«. Neben dem genuinen Berichtsstrang der Staatssicherheit, der vom MTS-Sachbearbeiter zum Kreisdienststellenleiter führte, gab es weitere Berichtsstränge, die beim Politleiter, dem Parteisekretär, dem MTS-Direktor oder dem Abschnittsbevollmächtigten (ABV) der Volkspolizei ihren Ausgang nahmen. ¹⁹² Es kam vor, dass von den Verantwortli-

¹⁹⁰ Richtlinie für die operative Erfassung und Statistik in den Organen des Staatssekretariats für Staatssicherheit des MfI der DDR v. 12.12.1953. Dokumentiert in: Engelmann; Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente (Anm. 113), S. 67–86.

¹⁹¹ Ausführungen von Minister Mielke auf der Kollegiumssitzung am 10.12.1957; BStU, MfS, SdM 1553, Bl. 277.

¹⁹² Die Aufgaben des ABV, 1952 nach sowjetischem Vorbild eingeführt, waren u. a. Ermittlungen bei Verdacht auf Straftaten und Kontrolle über die Einhaltung der Meldebestimmungen mittels Hausbuch. Für die so genannten Land-ABV stand die »allseitige Sicherung der LPG« als erste Aufgabe. Als Angehöriger der Deutschen Volkspolizei war er Hilfsorgan und wichtige offizielle Kontaktperson für das MfS. Er war im Notfall auch Quartiergeber, wenn es z. B. um die Anwerbung eines GI-Kandidaten ging. Vgl. hier BStU, MfS, BV Suhl, AIM 341/57, Bl. 17; vgl. zur Tätigkeit des ABV Lindenberger, Thomas: Der

chen vor Ort bei der MfS-Kreisdienststelle nach Ersatzteilen ebenso gefragt wurde wie nach Kadern oder dass um Hilfe bei der Kartoffelkäferbekämpfung ersucht wurde. Der MTS-Sachbearbeiter der Staatssicherheit besaß eine Doppelfunktion. Als Geheimdienstler hatte er ein möglichst enges Netz von inoffiziellen Mitarbeitern in seinem Verantwortungsbereich zu unterhalten. Gleichzeitig war er funktional in die offiziellen politischen Transmissionsstrukturen des MTS-Bereichs integriert. Beide Funktionen erforderten von ihm gute Kenntnisse der politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten. Seine offiziellen Aufgaben verlangten die tägliche Anwesenheit im MTS-Bereich und die Beteiligung an politischen und »gesellschaftlichen« Aufgaben wie die Vorbereitung von Versammlungen, Aussprachen mit der MTS-Belegschaft und den Bauern oder die ideologische und praktische Vorbereitung des »Tages der Bereitschaft« vor der Frühjahrsbestellung,¹⁹³ die Unterstützung des »Kampfprogramms« zur Vorbereitung der Ernte, die Planung und Kontrolle des Winterreparaturprogramms in den MTS, Kontakte zu Patenbetrieben in der Industrie sowie die Kontrolle der Bäuerlichen Handelsgenossenschaften¹⁹⁴ usw.

Natürlich flossen die »offiziell« erworbenen Kenntnisse auch in den Objektvorgang ein, wichtiger war hierbei jedoch die Nutzung inoffizieller Quellen, die sich aus den unterschiedlichsten Personenkreisen rekrutierten – wie schon erwähnt – mit einem Übergewicht von SED-Mitgliedern, was ihren besonderen Wert gegenüber den offiziellen Quellen minderte. Trotz der unterschiedlichen Probleme der Spitzelarbeit – geringer Bildungsstand, örtliche Gegebenheiten für Treffs, Fluktuation, schlechter Informationsertrag – stellten die Geheimen Informatoren die wichtigste Quelle für den Objektvorgang dar. Sie berichteten teilweise aus Bereichen, die den offiziellen Berichterstattern nicht zugänglich waren. Die in den Objektvorgängen dargelegten Details über tägliche Zwischenfälle, über die geleistete Arbeit und Planrückstände, über Konflikte und Probleme vermittelten dabei ein durchaus realistisches Bild der ländlichen Verhältnisse, das von den sozialistischen Zielvorstellungen zumeist weit entfernt war.

ABV als Landwirt. In: Ders. (Hg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR. Köln 1999, S. 167–203, sowie Thesen für die Vorbereitung und Durchführung der Arbeitsberatungen mit den Land-ABV v. 29.1.1958; BStU, MfS, BdL/Dok. 14755.

¹⁹³ »Tag der Bereitschaft« oder »Einsatzbereitschaft« bedeutete die Mobilisierung aller Reserven in MAS und LPG, einschließlich der ideologischen Vorbereitung bedeutender »Ereignisse« wie in der Regel alljährlich die Frühjahrsbestellung. Hauptsächlich ging es um die Bereitstellung der Maschinen der MTS, verbunden mit einem hohen propagandistischen Aufwand in der Vorbereitung. An dem betreffenden Tag inspizierten Kommissionen die Objekte. In ihnen waren vertreten: Rat des Kreises und Bezirkes, Direktor MTS, Politleiter, Stellvertreter, Parteisekretär, Gewerkschaftsfunktionär, Beiratsmitglied, Technischer Leiter, Oberagronom, Brigadier, Traktorist, LPG-Vorsitzender.

¹⁹⁴ Bericht der Politabteilung der MAS Kamenz an die Bezirksleitung der SED, Abteilung MTS, o. D. [Anfang 1953]; StA-D, SED-BL Dresden, IV/2/7/115, Bl. 13 f.

Mit ihrer »operativen« Tätigkeit auf der »Linie Landwirtschaft« verfolgten die MfS-Mitarbeiter das Ziel, diesen gesellschaftlichen Bereich im Prozess der Kollektivierung zu »sichern«, d. h. die Politik der Partei- und Staatsführung kontrollierend, regulierend und vor allem auch repressiv durchzusetzen, denn die gesellschaftliche Umgestaltung auf dem Lande verlief zu keinem Zeitpunkt ohne Widerstand. Die in Absprache mit den jeweiligen Parteileitungen zeitweilig vom Mitarbeiter des MfS ausgefüllte Funktion des stellvertretenden Politleiters der MTS verdeutlicht, wie eng verbunden, geradezu verkettet, die Zusammenarbeit von SED und Staatssicherheit war. Wie die alltägliche Arbeit in dieser politischen Funktion und als Geheimdienstler »auf dem Dorfe« aussah, soll im Folgenden veranschaulicht werden.

4.2 Zur Überwachung der ländlichen Gesellschaft im Bezirk Leipzig 1953 bis 1955

Der BV Leipzig waren 13 Kreisdienststellen nachgeordnet, in denen jeweils zwei bis fünf operative Mitarbeiter für die »Sicherung der Landwirtschaft« sowie in der Regel jeweils für einen MTS-Bereich zuständig waren. Für den Bezirk Leipzig liegt eine auf Ende Mai 1953 zu datierende Liste von operativen Mitarbeitern des MfS in den MTS vor, die 36 MTS- bzw. Ortsnamen enthält.¹⁹⁵ Aus ihr geht hervor, dass die Besetzung der stellvertretenden Politleiterstellen mit Staatssicherheitsmitarbeitern zu diesem Zeitpunkt als abgeschlossen angesehen werden kann; es waren nur noch zwei Stellen offen. Im gesamten Bezirk existierten Ende 1953 rund 430 LPG.

Die Abteilung III (Volkswirtschaft) der Bezirksverwaltung bestand 1953 aus dem Referat IV (Landwirtschaft) und drei weiteren Referaten.¹⁹⁶ Eine Klassifizierung der 213 Geheimen Informatoren (GI) der gesamten Abteilung III in »gute« (14 %), »brauchbare« (47 %) und »schlechte« (39 %) verweist auf den zeittypischen schlechten Zustand des inoffiziellen Netzes in den volkswirtschaftlichen Bereichen.¹⁹⁷ Schon ein gutes Vierteljahr später war – wahrscheinlich aufgrund der laufenden Werbekampagne nach dem Juni-Aufstand – die Zahl der GI auf 379 angestiegen, von denen rund 20 Prozent in der Landwirtschaft »arbeiteten«.¹⁹⁸ Allerdings war zu diesem Zeitpunkt noch kein einziger inoffizieller Mitarbeiter der neuen Kategorie »Hauptinformator« gewonnen worden, die zur Anleitung anderer Informatoren geschaffen worden

¹⁹⁵ Weitere Kriterien: Kreisbezeichnung, zuständiger Mitarbeiter, Dienstgrad, bisherige Tätigkeit, Abteilung/Dienststelle; BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00159/03, Bl. 80–82.

¹⁹⁶ Die Abteilung III hatte zu dem Zeitpunkt 39 Mitarbeiter, 4 Referate: Industrie, Bauplanung-Finanz, Handel und Versorgung, Landwirtschaft; BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00159/04, Bl. 26–35.

¹⁹⁷ Einschätzung der Arbeit mit der Agentur v. 19.9.1953; ebenda, Bl. 25 f.

¹⁹⁸ Bericht über die operative Tätigkeit auf der Linie der Abteilung III der Bezirksverwaltung Leipzig v. 28.12.1953; ebenda, Bl. 108–119; vgl. Anlage IV, S. 72.

war. Den laufenden Überprüfungsvorgängen lagen zumeist (vermutete) Delikte zugrunde, die mit »Hetze«, »Provokation« oder »Schädlingstätigkeit« beschrieben wurden.

Zu Beginn des Jahres 1954 wurde die Abteilung III vom Leiter der Bezirksverwaltung beauftragt, den Arbeitsbereich Landwirtschaft im Bezirk Leipzig einer Überprüfung zu unterziehen, um »ein tatsächliches objektives Bild über die Lage in der Landwirtschaft zu erhalten«. Rechenschaftspflichtig waren die MTS-Sachbearbeiter bzw. deren Dienststellenleiter. Die Fragen zielten auf notorische Probleme wie die Erfüllung der Planaufgaben und der Ablieferungsvorgaben, die Position der Großbauern in der VdgB (BHG), LPG-Auflösungen und natürlich die »Feindtätigkeit«.¹⁹⁹ Wie gewohnt, wurden eine Verbesserung der Situation durch zusätzliche Agitationsanstrengungen und eine verstärkte geheimpolizeiliche Überwachung erwartet. Erfolgsmeldungen im Sinne der SED wie etwa die Fertigstellung sozialer und kultureller Einrichtungen sowie von Stallungen in der LPG »Thomas Müntzer« (Kreis Altenburg), die für den Übergang zur vollkollektivierten LPG vom Typ III notwendig waren, bildeten die Ausnahme.²⁰⁰ Der allgemeine Tenor der Berichte spiegelte eher Stagnation und Instabilität wider.

Am 29. Juli 1954 fertigte der Leiter der BV Leipzig, Oberst Kurt Rümmler, auf Anforderung Wollwebers einen Bericht zur Lage der Wirtschaft im Bezirk.²⁰¹ Berichtsschwerpunkt im Bereich Landwirtschaft war die Getreide- und Ölfruchternte. Eigens gebildete Bezirkserntebüros und Kreisernteeaktive versuchten in den MTS »fliegende Reparaturkolonnen« und zusätzliche Arbeitskräfte zu organisieren, um die üblichen Engpässe auszugleichen. Es mangelte an Transportmitteln, Säcken, Lagerräumen, Druschmaschinisten, Binderhilfskräften und Benzin. Auch die Zusammenarbeit zwischen den Verantwortlichen in Gemeinde, LPG und MTS wurde als unzureichend eingeschätzt.²⁰² Eines der Hauptprobleme war, dass die MTS aufgrund ausgebliebener Maschinenlieferungen ihre Pläne nicht erfüllen konnten. Insgesamt ging die Ernte nur »schleppend« voran.

Die für das inoffizielle Netz wichtigen »Multiplikatoren«, die Geheimen Hauptinformatoren, standen im Bereich der Abteilung III nach wie vor nur in geringem Umfang zur Verfügung. Ihre Werbung scheiterte zumeist an den hohen Anforderungen für diesen Informatorentypus. Eine Ausweitung wurde hier erst Ende 1954 erreicht, als die Abteilung III der BV Dresden über 58 GHI verfügte, die ihrerseits 122 GI führten. Das bedeutete eine durchschnittliche Relation von etwa 1:2, was immer noch weit unter den Vorgaben lag. Von den 58 GHI arbeiteten 13 ganz ohne GI, 8 hatten nur

¹⁹⁹ Anleitung für die Kontrolle in den Objekten der Landwirtschaft v. 11.1.1954 (Dokument 8, S. 100).

²⁰⁰ Überprüfungsbericht o. D.; BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00160/03, Bl. 129–135.

²⁰¹ Analyse v. 29.7.1954; BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00159/05, Bl. 113–132.

²⁰² Ebenda, Bl. 129 f.

einen, 12 jeweils nur 2 oder 3, 11 GHI hatten 4 und nur 2 hatten 5 GI.²⁰³ Bis Ende 1955 stieg die Zahl der durchschnittlich von einem Hauptinformatoren angeleiteten GI geringfügig auf 2,5.²⁰⁴

Das Referat IV (Landwirtschaft) der Abteilung III der BV Leipzig bestand aus fünf Mitarbeitern und dem Leiter Oberfeldwebel Erich Kodalla.²⁰⁵ Es war für fünf MTS-Bereiche im Landkreis Leipzig mit etwa 43 bis 45 LPG Typ I und III zuständig. Bei ihrer konspirativen Tätigkeit hatten die Mitarbeiter verschiedene geheimdienstliche Legenden und Ausweise, die ihnen den Zugang zu den entsprechenden Objekten und Informationen eröffneten.²⁰⁶

Noch im September 1953 war das inoffizielle Netz der Staatssicherheit im landwirtschaftlichen Bereich des Bezirkes Leipzig so gut wie inexistent. Die Situation war von mangelhaften Werbungen und daraus folgenden »Abschreibungen« von Informatoren geprägt. Offenbar war es überwiegend zur Registrierung von Funktionsträgern, zu denen die MTS-Sachbearbeiter offizielle Kontakte hatten, als GI gekommen. Um dieser Schwäche des inoffiziellen Netzes abzuwehren, sah die Planung vom Dezember 1953 die Werbung von 20 Geheimen Informatoren pro Mitarbeiter und MTS-Bereich vor. Die vorhandenen Informatoren waren bisher kaum in der Lage, aus so genannten »feindlichen Konzentrationen« zu berichten. Eine »konkrete Aufgabenstellung« wurde in den seltensten Fällen erteilt. Für diese Defizite wurde in erster Linie die fehlende Anleitung und Kontrolle durch die Vorgesetzten verantwortlich gemacht.²⁰⁷ Um die Arbeit zu verbessern, vereinbarte man, dass der Leiter des Referats Landwirtschaft in der Bezirksverwaltung, Kodalla, in Zukunft an einigen Treffs seiner Mitarbeiter mit den Informatoren teilnehmen sollte. Erklärtes Ziel war es, stärker in die »Kreise des Klassegegners« einzudringen, um »die Feinde unserer Republik unschädlich zu ma-

²⁰³ Arbeit mit Hauptinformatoren v. 26.10.1954; BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00159/06, Bl. 141. Die genannten Zahlen scheinen realistischer als die Angaben einer anderen Quelle einen Monat später, die von 158 Informatoren *nur* in der Landwirtschaft ausgeht: davon 59 GI in MTS, 52 in LPG, 32 in VEG, 7 in VEAB und 8 in der VdGB (BHG). Berichterstattung über die operative Arbeit in der Landwirtschaft im Bezirk Leipzig v. 6.11.1954; BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00160/02, Bl. 50.

²⁰⁴ BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00165, Bl. 44. Laut Dienstanweisung 30/53 arbeitete ein Hauptinformatoren »nach Einarbeitung« mit 5–6 GI; nach Richtlinie 1/58 mit 4–10 GI.

²⁰⁵ Oberfeldwebel Erich Kodalla, geb. 30.1.1922, erlernter Beruf Zimmermann, war bis Februar 1956 Referatsleiter, später KD-Leiter in Geithain und Wurzen und wurde am 31.12.1983 nach 31 Dienstjahren als Invalidenrentner entlassen. Zuletzt war er vermutlich Oberstleutnant in der Funktion des Abteilungsleiters der VII/BV Leipzig, Kaderkarteikarte; BStU, MfS, HA KuSch/Disz.; BStU, MfS, BV Leipzig, KS II 10/84.

²⁰⁶ Sie wiesen sich als Mitarbeiter folgender Institutionen aus: Rat des Bezirkes, Rat des Kreises, Rat der Stadt, Verwaltung MTS, Volkseigene Verwaltung MTS, Bezirksdirektion Post- und Fernmeldewesen.

²⁰⁷ Einschätzung der Arbeit mit der Agentur, Leipzig, 19.9.1953; BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00159/04, Bl. 35.

chen«. ²⁰⁸ Eine Überprüfung der drei MTS-Sachbearbeiter in der KD Wurzen erbrachte, dass diese zwar »im Wesentlichen über ihr Gebiet unterrichtet waren«, aber auch hier musste den Mitarbeitern eingeschärft werden, dass besonderer Wert auf GI zu legen sei, die auf »Feindtätigkeit« ausübende Personen angesetzt sind. ²⁰⁹ Zweifellos zeigte sich die so genannte Feindtätigkeit in vielfältiger Weise. Überwiegend war sie aber einfach nur eine Fiktion, die als Projektionsfläche für alle systemimmanente Missstände im landwirtschaftlichen Bereich diente.

In den ersten Monaten 1954 gelang dem Landwirtschaftsreferat der BV Leipzig tatsächlich eine sprunghafte Vermehrung der Anzahl von Informatoren. Es wies im März 1954 36 GI gegenüber den 11 von Ende 1953 aus. Bei sechs Mitarbeitern (einschließlich Leiter) entsprach das einem Durchschnitt von sechs GI pro Mitarbeiter. Die 31 Mitarbeiter des nachgeordneten Bereichs Landwirtschaft in den Kreisdienststellen hatten im Vergleich nur insgesamt 47 GI, d. h. 1,5 GI pro Mitarbeiter. Trotzdem enthielten die Beurteilungen der Mitarbeiter des Referats IV aus dem Jahre 1955 fast immer den Hinweis, dass zu wenig Werbungen von GI unter den Großbauern vorlagen, die Auftragserteilung an die Informatoren zu unkonkret erfolge und überhaupt »in den MTS-Bereichen eine völlig unzureichende Agentur vorhanden« sei. ²¹⁰

Quantitative Entwicklung der Geheimen Informatoren und Geheimen Hauptinformatoren des Referats IV (Landwirtschaft) der Abteilung III der BV Leipzig 1953–1955 ²¹¹

MfS-Mitarbeiter (MTS-Bereich)	Geheime Informatoren				Geheime Hauptinformatoren			
	Soll 1953	Ist			Soll 1953	Ist		
		1953	1954	1955		1953	1954	1955*
Schulze (Gröbern)	20	1	5	10	5	–	–	2 (2)
Bergmann (Kitzen)	20	2	5	13	5	–	–	2 (3)
Wunderlich (Taucha)	20	2	7	11	5	–	–	1 (5)
Schumann (Breitenfeld)	20	6	9	14	5	–	–	2 (3)
Gotsch, Güre (Dölzig)	20	–	7	–	5	–	–	–

* in Klammern: geführte GI

²⁰⁸ Arbeitspläne der Mitarbeiter des Referats IV v. Dezember 1953; ebenda, Bl. 155–165.

²⁰⁹ Bericht über Anleitung und Kontrolle der landwirtschaftlichen Sachbearbeiter der Kreisdienststelle Wurzen v. 16.3.1954; BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00159/05, Bl. 49 f.

²¹⁰ Analyse der Arbeit der Abteilung III auf dem Gebiet der Industrie und Landwirtschaft v. 8.3.1954; ebenda, Bl. 42 f.

²¹¹ Quellen für beide Tabellen: Arbeitspläne der Mitarbeiter v. 11.12.1953; BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00159/04, Bl. 100–105, Berichte über den derzeitigen Stand der Arbeit in verschiedenen MTS-Bereichen; BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00159/05, Bl. 12–16, Attestierungsblätter der Mitarbeiter von Mai/Juni 1955 aus den Kaderunterlagen.

Zuordnung von Objekten und Informatoren im Referat IV (Landwirtschaft) der Abteilung III der BV Leipzig 1953

MfS-Mitarbeiter (MTS-Bereich)	Objekte				Informatoren					
	MTS	LPG	VEG	Uni- güter	MTS	LPG	VEG	VdgB	VEAB	Sonst.
Schulze (Gröbern)	1	8	6	3	1	–	2	1	–	1
Bergmann (Kitzen)	1	12	2	–	1	1	1	–	4	1
Wunderlich (Taucha)	1	8	2	2	2	3	1	–	–	1
Schumann (Breitenfeld)	1	9	5	–	2	3	1	2	–	1
Gotsch (Dölzig)	1	8	3	1	–	–	4	2	–	1

Wie schon oben ausgeführt, war die Arbeit an den so genannten Objektvorgängen auch auf der »Linie Landwirtschaft« der zentrale Inhalt der operativen Tätigkeit. Sie diente der allgemeinen Überwachung des »Objekts«. In Fällen, in denen die Staatssicherheit konkrete »feindliche« Tätigkeit vermutete, entstanden aus den Objektvorgängen personenbezogene operative Vorgänge (Überprüfungsvorgänge, Einzelvorgänge, Gruppenvorgänge), die der gezielten intensiveren Überwachung bestimmter Personen dienten.²¹² Anlass für die Eröffnung solcher Vorgänge waren etwa Hinweise auf »antidemokratische Hetze«, Verbindungen zu »Agentenzentralen«, die Häufung von »Republikfluchten«, »Schädlingstätigkeit«, kirchliche Einflüsse sowie »Konzentrationen« von »Faschisten«, Großbauern und Umsiedlern.²¹³ In diesen Fällen kamen Informatoren mit passendem Anforderungsprofil zum Einsatz, deren Informationen den vorliegenden Verdacht bestätigen oder ausräumen sollten. Die Bearbeitung solcher Fälle verlief allerdings in dieser Zeit häufig ziemlich unsystematisch und unter nachrichtendienstlichen Gesichtspunkten unprofessionell. Von einer intensiven geheimpolizeilichen Kontrolle des ländlichen Bereichs in der DDR wird man Mitte der fünfziger Jahre daher nicht reden können. Dass einem Mitarbeiter einmal attestiert wurde, er habe »bewiesen, dass er eine gute operative Arbeit leisten kann, indem er aus Agenturmaterialeinen Vorgang entwickelte und mit Erfolg abschließen konnte«, war eher die Ausnahme.²¹⁴

Besonders gefordert waren die MfS-Mitarbeiter der »Linie Landwirtschaft« jedes Jahr im Hochsommer. Referatsleiter Kodalla beschäftigte sich schon vor Beginn der Ernte mit der allgemeinen Lage. Im Jahr 1954 unterrichtete er sich über den Stand der Reparaturarbeiten, die Einsatzfähigkeit der MTS-Stationen und über die Arbeit der

²¹² Vgl. Richtlinie für die operative Erfassung und Statistik in den Organen des Staatssekretariats für Staatssicherheit des MdI der DDR. Dokumentiert in: Engelmann; Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente (Anm. 113), S. 67–86.

²¹³ Bericht über die operative Arbeit in der Landwirtschaft im Bezirk Leipzig v. 6.11.1954; BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00160/02, Bl. 49–60.

²¹⁴ Dienststellungsattestierungsblatt für 1955 des Mitarbeiters Franz Bergmann, MTS-Bereich Kitzen; BStU, MfS, BV Leipzig, KS 63/71, Bl. 27.

Polit- bzw. Parteileitungen.²¹⁵ Rund 92 Prozent der Maschinen waren einsatzfähig. Weniger positiv schätzte er die Parteiarbeit und die Rolle der Politabteilungen ein: Letztere seien »bisher wenig in Erscheinung getreten«, erst für Mitte Juni sei eine Politleiter-Tagung einberufen worden, auf der die Erntevorbereitung besprochen worden sei.²¹⁶ Insgesamt sei die Parteiarbeit mangelhaft.²¹⁷ Der Auftrag des ZK-Plenums vom Januar 1954 zur »Entfaltung der politischen Massenarbeit« auf dem Lande sei nur unzureichend realisiert worden. Immerhin konnte Kodalla einen kontinuierlichen Anstieg der Arbeitsleistung der MTS und eine Verlagerung auf den LPG-Sektor konstatieren, auf den 1955 rund 64 Prozent der geleisteten Feldarbeiten entfielen.²¹⁸

4.2.1 MTS-Bereich Zschackwitz

Der MTS-Bereich Zschackwitz gehörte in den Verantwortungsbereich der KD Döbeln. Anlässlich einer Überprüfung der MTS im Januar 1954 erarbeitete die KD einen Situationsbericht.²¹⁹ Zschackwitz war einer von drei MTS-Bereichen und betreute elf der insgesamt 31 LPG des Kreises, in dem sich auch noch vier volkseigene Güter befanden, die nicht zu diesem MTS-Bereich gehörten. Die MTS arbeitete mit 80 Belegschaftsmitgliedern; davon 30 Genossen der Betriebsparteiorganisation (BPO). Eine bereits existierende Kampfgruppe war der ganze Stolz des Parteisekretärs.²²⁰ Auch die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) und die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) waren mit je einem Mitglied in der MTS vertreten. Eine Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) und die FDJ waren zwar formal vorhanden, erstere trat aber offenbar nicht in Erscheinung und letztere leistete keine politische Ar-

²¹⁵ Stand der Reparaturarbeiten und Arbeit der Polit- sowie Parteileitungen auf dem Lande, 16.6.1954; BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00159/05, Bl. 63–65.

²¹⁶ Ebenda, Bl. 63 f.

²¹⁷ Ebenda, Bl. 67 f.

²¹⁸ Merkel; Schuhans: Die Agrarwirtschaft in Mitteldeutschland (Anm. 6), S. 66.

²¹⁹ Überprüfung der MTS Zschackwitz v. 13.1.1954; BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00160/03, Bl. 39–41.

²²⁰ Die Gründung der Kampfgruppen (Betriebskampfgruppen) als »bewaffnete Organe der Arbeiterklasse« zum Schutz und zur Verteidigung der »sozialistischen Errungenschaften« und hauptsächlich als Reaktion auf die Juni-Ereignisse erfolgte auf Beschluss der 14. Tagung des ZK am 21.6.1953. Sie entstanden in Großbetrieben, staatlichen Verwaltungen und anderen Institutionen und unterstanden der Bezirks- bzw. Kreisleitung der SED. Nichtkonformes Verhalten von Kampfgruppenmitgliedern im Sinne der Partei, z. B. die Verweigerung der Teilnahme an der Mai-Demonstration, wurde vom MfS registriert. Vgl. Doernberg, Stefan: Kurze Geschichte der DDR. Berlin 1969, S. 240.

beit. Vielmehr wurden ihre Aktivitäten von den »Tschekisten« als Ausweis dafür gesehen, dass einige Jugendliche »moralisch und sittlich sehr tief gesunken« seien.²²¹

Die MTS hatte mit dem staatlichen Kreiskontor die üblichen Konflikte wegen fehlender Ersatzteile. Der MTS-Leiter wurde als fachlich gut eingeschätzt, treffe aber gemeinhin selbstherrliche Entscheidungen ohne Konsultation von BPO oder BGL und auch ohne Kontakt zur Belegschaft. Die Erfüllung des Planes, der eine Erhöhung der Leistungen um 94 Prozent gegenüber 1953 vorsah, wurde von der KD als schwierig eingeschätzt, da die Bauern aufgrund des guten Bestandes an Zugvieh »viel Selbstbestellung« durchführen könnten »und deshalb keine Aufträge für die MTS hereinkommen«.²²²

Auf der Ebene der Parteiarbeit zeichnete der Bericht ein düsteres Bild. Der Politleiter räume ein, »dass die Arbeit der Polit-Abteilung nicht die ist, wie sie sein sollte«. Es fehle eine systematische Planung.²²³ Der Parteisekretär, ein Traktorist, sei neu in seiner Funktion und kämpfe mit den Altlasten seiner Vorgänger, die keine »Feindtätigkeit« festgestellt hätten, obwohl es »Vorkommnisse« gegeben habe wie die Flucht des Parteisekretärs der LPG Knobelsdorf nach Westberlin und Austritte von LPG-Mitgliedern. Zudem gebe es »negative« Kader in der MTS-Leitung. Schwierigkeiten bei den Ablieferungen der Großbauern seien zwar registriert, aber nicht als »Art und Methode des Klassegegners auf dem Lande« erkannt worden. Die Anleitung durch die SED-Kreisleitung sei »schwach«, dafür »gebe es aber desto mehr Prügel«. Die Kreisleitung erinnere sich nur dann an die Existenz der Politleitung, wenn sie Vorschläge für die Besetzung von Schulungskursen aus den Reihen der LPG-Parteisekretäre brauche. Das alles habe Auswirkungen auf Arbeit und politisches Bewusstsein der Traktoristen; sie seien politischen Diskussionen mit den Bauern nicht gewachsen.²²⁴

Auch die Rolle des MTS-Sachbearbeiters der Kreisdienststelle in der Funktion des stellvertretenden Politleiters wurde eher kritisch eingeschätzt: Er sei immer nur als »Berichteabholer« aufgetreten. Eine Zusammenarbeit habe praktisch nur mit dem Politleiter stattgefunden, mit dem MTS-Leiter so gut wie gar nicht. Hinweise habe man von ihm überhaupt nicht bekommen.²²⁵ Im Ganzen zeigt die Beurteilung der Tätigkeit des für den MTS-Bereich Zschackwitz zuständigen Sachbearbeiters Unterleutnant Walter Weinert das Bild eines durchschnittlich befähigten, um Abstellung seiner »ihm mehrmals aufgezeigten« Schwächen bemühten Mitarbeiters mit einem »gewissen Idealismus« und »Entwicklungsmöglichkeiten«.²²⁶ Immerhin wurden ihm Hinwei-

²²¹ Überprüfung der MTS Zschackwitz; BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00160/03, Bl. 40.

²²² Ebenda, Bl. 39.

²²³ Ebenda.

²²⁴ Ebenda, Bl. 40.

²²⁵ Ebenda, Bl. 41.

²²⁶ Geboren am 10.5.1924, erlernter Beruf Dekorationsmaler, Eintritt in das MfS am 23.5.1952, bis 1969 operativer Mitarbeiter der KD Döbeln; BStU, MfS, BV Leipzig, KS II 293/86, Bl. 47.

se auf »negative Elemente« und »Zersetzungsarbeit« in einigen Gemeinden zugeschrieben.

Der Bericht über »feindliche Schwerpunkte in der Landwirtschaft« vom November 1954 verzeichnete für den Kreis Döbeln eine »Konzentration von Großbauern, Faschisten und Umsiedlern« sowie einen starken Einfluss von »bürgerlichen Kreisen«. ²²⁷ Es wurden »kirchliche Sekten« registriert, die angeblich Verbindung nach Westdeutschland hatten und »sogar Treffen im DDR-Maßstab« durchführten, bei denen »besonders reaktionäre Pfarrer« auftraten, sowie Funde von Flugblättern des SPD-Ostbüros. Trotz dieser Hinweise auf »feindliche Gruppierungen« war nur ein einziger Überprüfungsvorgang in operativer Bearbeitung.

4.2.2 MTS-Bereich Wiesena

Wiesena gehörte zum Kreis Delitzsch, in dem 1954 etwa 34 LPG und zwei VEG existierten. In der KD Delitzsch war Oberfeldwebel Helmut Mühlberg ²²⁸ einer von vier Landwirtschaftssachbearbeitern, der mit Wiesena auch für einen der vier MTS-Bereiche zuständig war, allerdings nur für ein gutes Jahr – von 1953/1954. Er erwies sich in seiner Funktion als ungeeignet und wechselte 1955 in die Abteilung XII (Registrierung, Archiv) der Bezirksverwaltung. Aus seiner Feder liegt ein Bericht von Anfang 1954 vor, der ein treffendes Beispiel für die intellektuellen Grenzen von Lageanalysen der Staatssicherheit in dieser Zeit darstellt. ²²⁹ Der Bericht basiert auf einer »kameradschaftlichen Aussprache«, an der der MTS-Direktor, der Politleiter, der Leiter der Kreisdienststelle der Staatssicherheit und der für die MTS zuständige operative Mitarbeiter teilnahmen. Einleitend wurde festgehalten, dass eine »tatkräftige« Unterstützung der MTS durch das Sicherheitsorgan nur möglich ist, wenn seine Mitarbeiter nicht als »Kontrolleure und Überprüfer«, sondern »als Genossen« betrachtet würden, »denen alle Schwächen und Mängel aufgezeigt werden« müssten. ²³⁰ Hier geht es vermutlich nicht nur um Kommunikationsstörungen, sondern um grundlegende Probleme der Zusammenarbeit.

Wie schon im ersten Fallbeispiel, wird auch hier die Verbindung der Genossen der Politleitung zu den LPG als »mangelhaft« bezeichnet. Ebenso belasteten Spannungen das Verhältnis der Betriebsparteiorganisation zur Politleitung. Ein neuer Politleiter habe einen angeblich parteifeindlichen Vorgänger abgelöst, habe sich aber für diese

²²⁷ Schwerpunkte in der Landwirtschaft im Bezirk Leipzig. Bericht v. 23.11.1954; BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00160/02, Bl. 66.

²²⁸ Geboren am 31.5.1908, erlernter Beruf Elektriker, Eintritt in den MfS-Vorläufer »Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft« am 4.12.1949, 1969 wegen Invalidität entlassen; BStU, MfS, BV Leipzig, KS 26/69.

²²⁹ Überprüfungsbericht der KD Delitzsch, MTS-Bereich Wiesena, v. 30.1.1954; BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00160/03, Bl. 89–91.

²³⁰ Ebenda, Bl. 89.

Funktion als nicht geeignet erwiesen. »Der SED-Kreisleitung ist diese Angelegenheit bekannt.«²³¹ Es ist zu vermuten, dass schon nach einem Ersatz gesucht wurde.

Trotz aller Probleme konnte die MTS Wiesena 1953 ihren Plan zu 155,5 Prozent erfüllen. Sie hatte mit allen LPG und zahlreichen Mittelbauern Verträge abgeschlossen. Eine große Fläche zu bearbeitendes Land geflüchteter Großbauern kam hinzu. Die MTS Wiesena wurde somit als »arbeits- und finanzmäßig gefestigt« eingeschätzt.²³² Probleme ergaben sich durch die fehlende Qualifizierung von Traktoristen, die verspätete Ausbildung von Mähdrescherführern und bei den mangelnden Unterbringungsbauten für Landmaschinen. Zudem fehlte eine Tankstelle. Hilfe wurde von den Genossen der SED-Kreisleitung und des Rates des Kreises erwartet. Diese agierten aber offenbar »vom grünen Tisch aus«, ohne sich über die Gegebenheiten vor Ort zu informieren.

Die Großbauern verweigerten die ihnen zugeordneten hohen Tarife für Dienstleistungen der MTS. Zudem wurden Hinweise auf den Einfluss republikflüchtiger Großbauern kolportiert. Weder in Wiesena noch in anderen MTS-Bereichen des Kreises Delitzsch war das Informatorennetz ausreichend arbeitsfähig. Abschließend wird den Mitgliedern der LPG und MTS bescheinigt, dass sie »im Allgemeinen erkannt haben, dass der Gegner sein Schwergewicht auf das Land legt und dass erhöhte Wachsamkeit notwendig« sei. Die Belegschaft der MTS sei »in den Versammlungen ständig auf diese Tatsache hingewiesen worden«.²³³ Hier, wie in zahlreichen anderen Lageeinschätzungen ist symptomatisch, wie die Berichterstattung Propagandainhalte als »Bewusstsein« der Bevölkerung interpretiert.

4.2.3 MTS-Bereich Taucha

Der MTS-Bereich Taucha gehörte in der Kreisdienststelle Leipzig in den Verantwortungsbereich von Oberfeldwebel Felix Wunderlich.²³⁴ Es handelte sich dabei um einen von fünf MTS-Bereichen im Landkreis mit Schwerpunktcharakter. Die hier registrierten Probleme unterschieden sich wenig von denen anderer MTS-Bereiche. Darüber hinaus gab es aber »Vorkommnisse«, die die Staatssicherheit verstärkt in Anspruch nahmen. Im Jahr 1954 kam es zu Flugblattaktionen, die allerdings nicht aufgeklärt werden konnten. Außerdem brach in drei VEG die Schweinepest aus. Und schließlich lösten sich in einigen Gemeinden die LPG vollständig auf, was als besonders alarmierend angesehen wurde. Für die Staatssicherheit stellte sich hier natürlich die übliche

²³¹ Ebenda, Bl. 90.

²³² Ebenda, Bl. 91.

²³³ Ebenda.

²³⁴ Jahrgang 1910, im sächsischen Crimmitschau gebürtig, war vor dem Eintritt in das MfS im September 1952 als gelernter Maschinenschlosser vielseitig tätig als Neulehrer, Schleifer und zuletzt als Bürgermeister. Seine MfS-Laufbahn verlief bis zum Oberleutnant im Büro der Leitung der BV Leipzig.

Frage nach den feindlichen Umtrieben: »Bestimmte Umstände deuten darauf hin, dass gerade vonseiten der Großbauern hier moralisch minderwertige Elemente in den LPG zu diesem Zwecke missbraucht werden.« Doch die vage Vermutung konnte vorerst nicht erhärtet werden, denn es war noch nicht gelungen, »die zur Bearbeitung erforderliche Agentur vor allem aus dem Kreis der uns feindlich gegenüberstehenden Gruppen [...] herauszubrechen«.

Die Berichterstattung vermittelt auch hier ein ziemlich desolates Bild der operativen Möglichkeiten der Staatssicherheit vor Ort. Im März 1954 bestand ein Überprüfungsvorgang »Ökonom«, der sich gegen die nur 15 Mitglieder umfassende LPG »Freies Land« in Zweenfurth richtete.²³⁵ »Ziel der Bearbeitung« war, »aus der Clique der Großbauern einen GI herauszubrechen und konkretes Material, was zur Festnahme ausreicht, über die Absichten dieser Gruppe zu beschaffen.«²³⁶ Offensichtlich hatte die Geheimpolizei keine inoffiziellen Mitarbeiter, die ihr Einblicke in die aus ihrer Sicht neuralgischen Bereiche ermöglichten.

Dabei galt die »Agentur« des Tauchaer Genossen immerhin als »durchschnittlich«. Sie setzte sich jedoch lediglich »aus einem Intelligenzler, einem Mittelbauern sowie Traktoristen und Landarbeitern zusammen«. Über Informatoren aus Großbauernkreisen verfügte er auch im Jahre 1955 noch nicht. Auch in »Orten, wo eine CDU besteht«, hatte er »noch keine Agentur«.²³⁷ So traf ihn das Standardverdikt des Leipziger Fachvorgesetzten Kodalla, dass er sich nicht auf die für seine Arbeit wichtigen operativen Schwerpunkte konzentriere.²³⁸

4.3 Zur Tätigkeit der Staatssicherheit im landwirtschaftlichen Bereich des Bezirks Dresden

4.3.1 Ein Bericht zu den MTS-Politabteilungen im Bezirk Dresden aus dem Jahr 1954

Für den Bezirk Dresden liegt ein Bericht über die Arbeit der Politischen Abteilungen vor, der im April 1954 von der übergeordneten Politischen Abteilung der MTS-Bezirksverwaltung verfasst wurde. Der Empfänger war die SED-Bezirksleitung Dresden. Schwerpunkt war die für die SED vorrangige Frage: Wie haben die Politischen Abtei-

²³⁵ Bericht über den derzeitigen Stand der Arbeit im Referat Landwirtschaft, MTS Bereich Taucha v. 3.3.1954; BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00159/05, Bl. 12.

²³⁶ Analyse der Arbeit der Abteilung III auf dem Gebiet Industrie und Landwirtschaft v. 8.3.1954; ebenda, Bl. 45.

²³⁷ Dienststellungsattestierungsblatt für 1955 v. 25.5.1955; BStU, MfS, BV Leipzig, KS 38/71, Bl. 35.

²³⁸ Einschätzung v. 11.12.1953; BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00159/04, Bl. 102.

lungen bei den MTS ihre Aufgaben erfüllt? Der gut vierseitige Bericht dokumentiert im Wesentlichen die ideologischen Defizite. Dort heißt es:

»Bis auf einige Ausnahmen besitzen die Genossen noch kein gründliches Wissen über die Klassenlage der Dörfer [...] und reagieren darum nicht rechtzeitig auf die Vorkommnisse. [...] Eine wissenschaftliche und genaue Einschätzung des ideologischen Zustandes in unseren Dörfern können wir nicht geben [...]. Die Politabteilungen berichten uns wenig über die Feindtätigkeit, vor allen Dingen aber nicht darüber, wo sie schwerpunktmäßig die politische Massenarbeit organisieren.«²³⁹

Weitere »entscheidende Schwächen« lägen in der »Überzeugungsarbeit« der Politabteilungen gegenüber den Bauern, die den »Sinn der Genossenschaft« noch nicht erkannt hätten. »Erfolge der bestehenden LPG« würden »nicht genügend popularisiert«. Auch die »individuelle Arbeit«, also das Gespräch mit den Mittelbauern, um sie »für die LPG zu gewinnen«, werde sehr vernachlässigt.²⁴⁰ Die Agitation durch die Funktionäre behandle die wirtschaftlichen Probleme nicht im Zusammenhang mit den politischen Fragen, sie beschäftigten sich »zuviel mit praktischen und organisatorischen Dingen« und seien damit überlastet.²⁴¹

Überhaupt wurde der politische Bewusstseinsstand der Politabteilungsfunktionäre als mangelhaft eingeschätzt, was sich in »Unklarheiten über Fragen der Bündnispolitik, über die Rolle des Staates« und bei »einfachen Problemen der Politökonomie« ausdrücke. Es komme nicht selten vor, dass »einige Genossen [...] dem Kampf gegen feindliche Diskussionen und ideologische Unklarheiten aus dem Wege« gingen. Sie hätten keine Klarheit über »Methoden des Klassenfeindes« und beachteten das Wirken der Großbauern zu wenig. In den MTS selbst sei die »Erziehungsarbeit [...] zur Hebung des politischen Bewusstseins« vor allem bei Traktoristen ein Problem. Für sie zähle mehr »die wirtschaftliche, nicht aber die politische Bedeutung der MTS«.²⁴² Schließlich betont der Bericht, dass auch die Informationsübermittlung von den Politischen Abteilungen der MTS an die übergeordneten Stellen nicht zufriedenstellend sei. Die Einschätzung der Lage durch die MTS-Bezirksverwaltung unterscheidet sich somit wenig von der in den Berichten der Staatssicherheitsdienststellen.

²³⁹ Einschätzung der Arbeit der Politischen Abteilungen im Bezirk Dresden; StA-D, SED-BL Dresden, IV/2/7/117, Bl. 103–105.

²⁴⁰ Ebenda, Bl. 103.

²⁴¹ Ebenda, Bl. 105.

²⁴² Ebenda, Bl. 106.

4.3.2 Entwicklung der geheimpolizeilichen Tätigkeit im MTS-Bereich Neckanitz – Kreisdienststelle Meißen

In den Jahren 1952 bis 1954 lag die Verantwortung für den MTS-Bereich Neckanitz hauptsächlich bei Oberfeldwebel Kurt Kliner,²⁴³ der seine Tätigkeit als zuständiger Sachbearbeiter der Stasi-Kreisdienststelle und stellvertretender Politleiter der MTS am 15. Mai 1953 angetreten hatte und als zeittypisches Beispiel für einen subalternen DDR-Geheimpolizisten angesehen werden kann. In der Beurteilung des stellvertretenden Leiters der KD Meißen vom Juli 1953 wurde ihm zwar eine klare »Einstellung zum Klassengegner«, aber gleichzeitig eine Arbeitsweise bescheinigt, die nicht ausreichend selbstständig, systematisch und »schwerpunktmäßig« sei. Typisch war auch der Vorwurf, dass er »in der politischen Arbeit dauernd geschoben werden« müsse und vor konspirativer Arbeit zurückschreke.²⁴⁴

Der MTS-Bereich Neckanitz²⁴⁵ umfasste elf Gemeinden, elf LPG, ein volkseigenes Gut (VEG), vier volkseigene Betriebe (VEB), eine Filiale der Bauernbank Meißen und sieben MTS-Brigadestützpunkte. Der betreffende Objektvorgang enthält eine Fülle von Informationen über Personen und Ereignisse, die in unterschiedliche Kategorien eingeordnet wurden. Unter der Rubrik Bevölkerungsgruppen werden die Personen nach sozialer Herkunft, politischem Standpunkt und »Verwendbarkeit« kategorisiert. Die politische Einstellung erscheint auf einer Skala von »positiv«, »sehr fortschrittlich« bis »negativ«, »sehr negativ«, »besonders negativ«; außerdem gibt es die bezeichnende Kategorie »undurchsichtig«.

Eine Analyse aus dem Jahre 1956 ordnete die Bauern des MTS-Bereiches nach diesen Gesichtspunkten ein.²⁴⁶ Im Vordergrund stand die Übersicht über die »besonders negativen Elemente«. Das Gros der so genannten »Beobachtungsvorgänge« (35 von 39) betraf »ehemalige Faschisten«, daneben einen Großbauern, einen Pfarrer, eine Person, die aus der Volkspolizei entlassen wurde und eine weitere, die aus der SED ausgetreten war. Zudem wurden so genannte »personelle Schwerpunkte« ausgemacht wie »Mitglieder bürgerlicher Parteien«, »ehemalige faschistische Offiziere«, »kriminelle Elemente«, »Sekten-Angehörige«, »Umsiedler«, »Rückkehrer« oder »Republikflüchtlinge«, die aus Sicht der Geheimpolizei das im Verantwortungsbereich beste-

²⁴³ Jahrgang 1919, erlernter Beruf Maurer, seit 24.7.1952 in MfS-Diensten. Laut einer Einschätzung v. 20.2.1954 besitzt er ein »gesundes Klassenbewusstsein und eine gute Parteiverbundenheit«, ansonsten listet der Beurteiler eine große Anzahl individueller und fachlicher Mängel auf; Ende 1954 Wechsel zur KD Köpenick, im Juli 1957 entlassen wegen »Unterschlagung von Fahndungsgeldern«, Kaderkarte; BStU, MfS, HA KuSch/Disz.; BStU, MfS, BV Dresden, KS 71/74, Bl. 27.

²⁴⁴ Ebenda, Bl. 25.

²⁴⁵ Objektvorgang MTS Neckanitz; BStU, MfS, BV Dresden, AOP 1766/67.

²⁴⁶ Aufstellung über die negativen sowie positiven Kräfte der Bauern im Gebiet Neckanitz v. 25.7.1956; BStU, MfS, BV Dresden, AOP 1766/67, Bl. 297 f., 300 u. 304.

hende Gefährdungspotenzial darstellten. Schließlich enthält der Vorgang Auflistungen von »zuverlässigen Personen« sowie der inoffiziellen Mitarbeiter des MTS-Bereiches. Die berufliche Zusammensetzung der inoffiziellen Mitarbeiter war heterogen: Sie reichte vom Friseur, Angestellten, Arbeiter und Lehrer bis zum Traktoristen, Großbauer, Agronom und Inspektor. Im Folgenden soll die Tätigkeit einiger Geheimer Informatoren kurz dokumentiert werden:

- GI »Fritz«, Agronom, SED-Mitglied, wurde 1954 zur »Absicherung« der LPG Piskowitz geworben. Die Zusammenarbeit dauerte bis 1976 an, war aus der Sicht des MfS aber teilweise mangelhaft und erfolglos.²⁴⁷
- GI »Konrad«, parteilos, wurde 1953 aus einem Kreis von Großbauern geworben und vorwiegend in diesem sozialen Umfeld eingesetzt. Laut Einschätzung des Volkspolizeikreisamtes vom 8. Januar 1953 war er »reaktionär« sowie ein »vollkommen klassenfremdes Element«, wurde dagegen vom MfS in der Zusammenarbeit als »stets ehrlich« angesehen. »Soweit sie in seinen Kräften lagen«, habe er seine Aufträge ausgeführt. Die Zusammenarbeit wurde trotz zunehmender Interesselosigkeit bis 1968 fortgeführt.²⁴⁸
- GI (später GHI) »Jakob«, Brigadier in der LPG Striegnitz, SED-Mitglied, 1952 geworben. Er berichtete über Zusammenkünfte von Großbauern und über die »Schwächen der MTS- und Parteileitung«. 1964 wurde der Vorgang eingestellt, weil er Instrukteur der SED-Kreisleitung wurde und so nicht mehr die Möglichkeit hatte, an die »Basen des Klassenfeindes« heranzukommen.²⁴⁹
- GI »Walkoff«, zum Zeitpunkt der Werbung 1954 LPG-Bauer, zuvor LPG-Vorsitzender, SED-Mitglied. Er berichtete über Personen in seinem direkten und weiteren Umfeld, vor allem über »Feindtätigkeit«, sowie über Vorkommnisse in LPG und MTS. 1957 wurde die Zusammenarbeit wegen mangelnder Perspektive und schlechtem Gesundheitszustand beendet.²⁵⁰

Im Zeitraum 1952 bis 1955 lag die Zahl der in diesem Bereich geworbenen Geheimen Informatoren bei circa acht. Einer von ihnen war der schon erwähnte GI »Jakob«, Traktorist und Brigadier in der LPG Striegnitz, der 1954, zwei Jahre nach seiner Werbung, »aufgrund seiner Verschwiegenheit und Zuverlässigkeit« zum »Hauptinformator« befördert wurde. In dieser Funktion war er für die unmittelbare Anleitung der im Bereich der LPG Striegnitz vorhandenen drei GI zuständig.²⁵¹ Die auf diese Weise erlangten Informationen waren vielfältig. »Über die wichtigsten Tagesereignisse ist er vertraut, vor allem, was die MTS oder LPG betrifft. Aufgrund seiner Tätigkeit als Brigadier kommt er mit vielen Personen in Berührung und hat die Möglichkeit, uns

²⁴⁷ Einschätzung v. 8.7.1965; BStU, MfS, BV Dresden, AIM 3263/69, Bd. 1, Bl. 21.

²⁴⁸ Charakteristik v. 5.6.1958; BStU, MfS, BV Dresden, AIM 734/68, Bd. 1, Bl. 57.

²⁴⁹ Abschlussbericht v. 29.1.1964; BStU, MfS, BV Dresden, AIM 396/64, Bd. 1, Bl. 43.

²⁵⁰ Abschlussbericht v. 18.1.1957; BStU, MfS, BV Dresden, AIM 106/57, Bd. 1, Bl. 14.

²⁵¹ Vorschlag eines GHI v. 27.1.1954; BStU, MfS, BV Dresden, AIM 396/64, Bd. 1, Bl. 33 f.

über die MTS-Leitung und Genossenschaftsbauern konkrete Berichte zu geben.«²⁵² Im Fokus der Tätigkeit von »Jakob« standen (wie auch bei anderen Informatoren) die Großbauern sowie ihr Einfluss auf Kleinbauern, Landarbeiter oder den Bürgermeister. Anfangs fanden mindestens zweimal im Monat Treffs mit »Jakob« statt, später ließ die Treffhäufigkeit nach, bis es zur oben erwähnten Entpflichtung kam.

Nach dem Juni-Aufstand wies der für die »volkswirtschaftlichen Linien« zuständige stellvertretende Staatssicherheitsminister Otto Last die Leiter der Bezirksverwaltungen in einem Rundschreiben an, »sofort die regelmäßige Berichterstattung über die Lage und Vorkommnisse in den MTS-Bereichen« zu veranlassen: Insbesondere sollte über die Haltung der Landbevölkerung zu den Ereignissen des 17. Juni und den »Neuen Kurs« berichtet werden, außerdem zu Festnahmen, Parteiaustritten, LPG-Auflösungen und zurückgekehrten Bauern sowie zu Arbeitsmoral, Ausschreitungen, Abwanderungen, Störungen und Versorgungsschwierigkeiten, schließlich auch zu den Erntevorbereitungen, Verhalten der Ernter und Ablieferungen.²⁵³

Das besondere Augenmerk der Staatssicherheit war auf die politisch und wirtschaftlich tragenden Einrichtungen auf dem Lande wie MTS, LPG und VEG gerichtet. Nach dem 17. Juni wollte man sich nicht mehr »überraschen« lassen. Verdächtiges sowie Störungen und Schwierigkeiten sollten vorbeugend erkannt werden, um eine Eskalation der Ereignisse in Zukunft verhindern zu können. Oberfeldwebel Kliner konnte von seinem MTS-Bereich allerdings nichts Dramatisches berichten, weder über LPG-Auflösungen noch Parteiaustritte oder Festnahmen. Die Berichterstattung befasst sich daher mit Prosaischem wie fehlendem Bindegarn bei der Getreideernte oder der Verspätung beim Ziehen der Winterfurche, außerdem mit Streitigkeiten zwischen Bauern und Erntern sowie dem Dauerproblem Ablieferungssoll. Der gewohnte allgegenwärtige Mangelzustand, insbesondere im Bereich der Ausrüstung, findet in der folgenden unfreiwillig komischen Formulierung seinen Niederschlag: »Ernste Schwierigkeiten bei der Feldbestellung gibt es keine, bis auf die Mängel der MTS, dass keine großen Ackergeräte vorhanden sind.«²⁵⁴

Am 30. Juli 1953 wurde auf Anweisung der BV Dresden die bisherige wöchentliche Berichterstattung auf eine monatliche reduziert. »Vorkommnismeldungen« einschließlich der Berichte über die veranlassten Maßnahmen hatten weiterhin sofort zu erfolgen.²⁵⁵ Das betraf etwa Schweinepestfälle, größere Flugblattfunde, Einladungen westdeutscher Einrichtungen, LPG-Auflösungen und Ähnliches.

In den Monaten nach dem Juni 1953 findet sich in den Berichten des MTS-Sachbearbeiters ein Thema mit besonderer politischer Brisanz: die Rückgabe von Ei-

²⁵² Beurteilung des GI Jakob v. 21.5.1953; ebenda, Bl. 39.

²⁵³ [Vorgaben zur] Berichterstattung der Sachbearbeiter der MTS v. 26.6.1953 (Dokument 3, S. 81).

²⁵⁴ Berichterstattung der Sachbearbeiter der MTS v. 28.8.1953; BStU, MfS, BV Dresden, AOP 1766/67, Bl. 393.

²⁵⁵ Telegramm zur veränderten Berichterstattung v. 30.7.1953; ebenda, Bl. 377.

gentum bzw. Vermögen an zurückkehrende oder aus der Haft entlassene Bauern bzw. die Pflicht zu entsprechenden Ersatzleistungen.²⁵⁶ Über die aus Westdeutschland zurückgekehrten Großbauern berichteten die Informanten auftragsgemäß vorrangig. Im »Situationsbericht« des Sachbearbeiters Klinner vom 23. Juli 1953 ist die Rede von Bauern, die »sich öfter zusammenfinden und dabei Pläne ausarbeiten, die gegen unsere Regierung sind«. Öffentlich und mit Unterstützung der LDPD würden Bauern veranlasst, ihre Gehöfte zurückzuerlangen, da die LPG nicht in der Lage sei, diese Flächen zu bearbeiten.²⁵⁷ Von einem Großbauern aus Zscheilitz wurde berichtet, dass er die Arbeitskräfte in der LPG erfolgreich mit hohem Stundenlohn und großen Butterzuwendungen »bestochen« habe, sodass sie ihre Felder verließen. Die Berichterstattung spiegelt die gestärkte Position der Privatbauern nach der Verkündung des Neuen Kurses und dem Juni-Aufstand gegenüber den Kollektivierungsverfechtern und Parteifunktionären wider. Der Jahresrückblick 1953 fiel für die verantwortlichen Kader der MTS Neckanitz alles andere als günstig aus. Insbesondere der Zustand der Parteiorganisation wird in schwärzesten Farben gemalt. Die MTS-Bezirksleitung Dresden kam allerdings auch nicht besser weg: Es hieß, sie habe die Übersicht über die materielle Entwicklung der MTS und die notwendigen Investitionen verloren.²⁵⁸

Im Frühjahr 1954 kam es zu einem Konflikt, weil die MTS ihre Vertragsverpflichtungen gegenüber der LPG Rasslitz vernachlässigt hatte. Es wurden Aussprachen mit dem Politleiter geführt, die jedoch lediglich mit Versprechungen endeten, die später nicht eingehalten wurden. Mit dem Vorgang befasste sich auch der neue, seit März 1954 für den MTS-Bereich Neckanitz verantwortliche operative Mitarbeiter, Feldwebel Helmut Kuroczka,²⁵⁹ in einem Bericht an die BV Dresden. Sein Fazit: »Eine Überprüfung der Mängel ergab, dass die MTS Neckanitz an der nicht termingemäßen Durchführung der Arbeiten einen großen Teil der Schuld trägt« – insbesondere be-

²⁵⁶ Hier der Hinweis auf die Verordnung über die in das Gebiet der DDR und den demokratischen Sektor von Groß-Berlin zurückkehrenden Personen v. 11.6.1953; GBl Nr. 78 v. 19.6.1953 (damit Verordnung zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion und der Versorgung der Bevölkerung v. 19.2.1953, GBl Nr. 25 v. 27.2.1953, aufgehoben). In der Regel gab es bei der Rückgabe von Vermögen bzw. landwirtschaftlichen Betrieben – nach den Berichten der MTS-Sachbearbeiter – keine gravierenden Probleme. Einige LPG weigerten sich, weil sie das Land bereits fest in Anbaupläne integriert hatten. Zur Regelung von Streitfällen wurden Kommissionen gebildet.

²⁵⁷ Situationsbericht v. 23.7.1953; BStU, MfS, BV Dresden, AOP 1766/67, Bl. 348.

²⁵⁸ Analyse über die Arbeit der Partei- und Staatsorgane im Bereich der MTS Neckanitz 1953 v. 31.12.1953; ebenda, Bl. 346 f.

²⁵⁹ 1928 in Schlesien geboren, hatte vor dem MfS-Eintritt bereits in der MAS/MTS Barnitz als Maschinenschlosser, Brigadier und BGL-Vorsitzender gearbeitet; er brachte also vielversprechende Voraussetzungen für die weitere politische Qualifizierung mit. In seiner MTS-Sachbearbeitertätigkeit war er, laut Einschätzung des Dienststellenleiters, »nicht immer der Motor zur Verbesserung der Arbeitsergebnisse«. Kaderkarteikarte; BStU, MfS, HA KuSch/Disz.; BStU, MfS, KS 402/80, Bl. 268.

dingt durch schlechte Arbeitsmoral in den MTS-Brigaden und durch mangelhafte und fehlende Geräte.²⁶⁰ Ob und inwiefern Kuroczka auf diese Missstände reagierte, ist aus den Unterlagen nicht ersichtlich.

Der GI »Walkoff« berichtete aus der LPG Schleinitz unter anderem über Uneinigkeiten in der Parteileitung, Spannungen zwischen Neubauern und Landarbeitern und über die »Vernachlässigung der Anwendung des Leistungsprinzips«. Die Zusammenarbeit mit dem GI wurde 1957 mit der scheinbar paradoxen, aber in der Logik der Staatssicherheit stimmigen Begründung eingestellt, dass er »aufgrund seiner positiven Einstellung als Mitglied der Partei« keine Perspektive besitze, auch über »Feindsätigkeit« zu berichten.²⁶¹

In der LPG Striegnitz, der größten im MTS-Bereich, gab es eine Vielzahl von Problemen, unter anderem bedingt durch die Person des LPG-Vorsitzenden, von den LPG-Mitgliedern »der kleine Minister« genannt. Hier bot sich für den operativen Mitarbeiter und seine Geheimen Informatoren ein weites Betätigungsfeld. Im Januar 1955 berichtete der GHI »Jakob«, Arbeitsorganisation und Arbeitsmoral in der LPG würden immer schlechter, es sei »keine richtige Kontrolle« spürbar, die Zustände seien, »wie wenn es so dahinschlampert«. ²⁶² Gut zweieinhalb Monate später stellte GI »Jakob« – nach intensiver Beobachtung – fest, »dass die Arbeit in der LPG Striegnitz nicht mehr normal ist, sodass angenommen werden muss, dass eine Feindsätigkeit vorliegt«. ²⁶³ Als er Ende August 1955 auch noch berichtete, dass die Ernte sehr schlecht voran geht, weil verschiedene Mähdrescher ausgefallen waren, erhält er den Auftrag festzustellen, »ob Feindsätigkeit bei dem Ernteverlauf vorliegt«. ²⁶⁴ Natürlich standen sogleich die örtlichen Großbauern im Verdacht. Angeblich veranlassten sie die bei ihnen Tätigen, die Landarbeiter der LPG dahingehend zu beeinflussen, auch in Zeiten intensiven landwirtschaftlichen Arbeitsanfalls, immer pünktlich Feierabend zu machen und Zusatzarbeit abzulehnen. »In der LPG Striegnitz fehlt den Landarbeitern das nötige Bewusstsein – diese haben die große Bedeutung der rechtzeitigen Frühjahrsbestellung noch nicht erkannt. [...] Dieser Zustand ist in allen LPG zu verzeichnen, wo Landarbeiter Mitglieder sind.« Obwohl diese Feststellung von »Jakob« schlicht auf eine mangelnde Arbeitsmoral hinweist, die möglicherweise mit fehlenden materiellen Anreizen zu tun hatte, deutete man das Geschehen weiterhin als »Weg des Klassengegners«, der die »Landarbeiter unter seinen vollen Einfluss bringen will«. ²⁶⁵

²⁶⁰ Bericht des Leiters der KD Meißen an die BV Dresden v. 9.10.1954; BStU, MfS, BV Dresden, AOP 1766/67, Bl. 362 f.

²⁶¹ Abschlussbericht v. 18.1.1957; BStU, MfS, BV Dresden, AIM 106/57, Bd. 1, Bl. 14.

²⁶² Bericht des GHI Jakob v. 1.5.1955; BStU, MfS, BV Dresden, AIM 396/64, Bd. 2, Bl. 73.

²⁶³ Bericht v. 22.3.1955; ebenda, Bl. 69.

²⁶⁴ Bericht v. 25.8.1955; ebenda, Bl. 87 f.

²⁶⁵ Bericht v. 14.3.1953; ebenda, Bl. 28 f.

Im November 1955 wurde Unterleutnant Heinz Jaros²⁶⁶ Operativer Mitarbeiter des MfS in der MTS. In der Kaderakte wurde ihm eine gute fachliche Entwicklung bescheinigt.²⁶⁷ Er führte rund zwölf Informatoren, mit denen er sich in der Regel zweimal im Monat traf. Dabei ging es überwiegend um »Konzentrationen feindlicher Kräfte« und die Werbung von Geheimen Informatoren aus diesen Kreisen. Seine Planungen sahen die Kontaktierung eines VdgB-Funktionärs, zweier Gaststättenbesitzer, von zwei NS-Belasteten, von Großbauern verschiedener Gemeinden sowie von zwei Personen aus Umsiedlerkreisen vor. Außerdem sollte ein Informator in der Jungen Gemeinde geworben werden.²⁶⁸ Eine Übersicht zeigt, dass etwa jeder zweite Werbungsversuch erfolgreich war.

Besonderen Wert legten vorgesetzte Stellen im MfS auf so genannte Schwerpunktübersichten und Ausarbeitungen zur »personalpolitischen Zusammensetzung« des MTS-Bereichs. Laut einer solchen »Analyse« über die Privatbauern des MTS-Bereiches Neckanitz von 1957 wurde eingeschätzt, dass von den insgesamt 319 Bauern 128 (rund 37 %) dem Staat »negativ gegenüberstehen«; die anderen wurden als »positiv« oder »undurchsichtig« eingeschätzt.²⁶⁹ Zur »operativen Bearbeitung« der »Konzentrationen« von Großbauern wurden gemäß der hohen Priorität dieser Aufgabe sechs bis sieben Informatoren eingesetzt. So war bei den regelmäßigen Zusammenkünften der Bauern, etwa bei den Skatabenden in der Gaststätte oder auch bei völlig privaten Treffen, zumeist ein MfS-Informant dabei, der über die Gespräche der Gruppe informierte. Der Ertrag dieser Spitzeltätigkeit hielt sich offenbar in Grenzen. Als ein operatives Highlight war schon die Information zu betrachten, dass ein Großbauer aus Schleinitz die »Grüne Woche« in Westberlin besucht hatte.²⁷⁰

²⁶⁶ Jahrgang 1932, erlernter Beruf Tischler, Eintritt in das Sfs am 28.11.1955; bis 1958 MTS-Sachbearbeiter Bereich Neckanitz, im gleichen Jahr entlassen wegen Westverbindung; 1968 unter dem Decknamen »Heinz Schröder« zur inoffiziellen Zusammenarbeit verpflichtet, Kaderkarteikarte; BStU, MfS, HA KuSch/Disz.; BStU, MfS, BV Dresden, KS 162/59.

²⁶⁷ Beurteilung v. 20.12.1957; ebenda, Bl. 37.

²⁶⁸ Quartalspläne v. 21.1.1957–29.9.1957; BStU, MfS, BV Dresden, AOP 1766/67, Bl. 324 f.

²⁶⁹ Analyse über die Bauern und Großbauern v. 13.3.1957; ebenda, Bl. 320 f.

²⁷⁰ Ebenda, Bl. 321.

4.4 Ein Beispiel aus dem Grenzbezirk Suhl – der MTS-Bereich Langewiesen – Kreisdienststelle Ilmenau

In der KD Ilmenau war von 1952 bis 1963 für den MTS-Bereich Langewiesen der Operative Mitarbeiter Oberfeldwebel Rudolf Lindenlaub²⁷¹ zuständig. Hier bestanden zunächst elf LPG, die bis 1958 auf 23 anwuchsen und rund 31 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bearbeiteten.²⁷² Die Zahl der Brigadestützpunkte in sieben Gemeinden des MTS-Bereichs war in den Jahren konstant geblieben. Regional bedingte Besonderheiten wie äußerst kleine Flächen²⁷³ sowie ein ungewöhnlich hoher Anteil von Industrie- und Landarbeitern unter den LPG-Mitgliedern²⁷⁴ führten zu Problemen in der Arbeitsorganisation, dem Einsatz der Technik, der Inventarbeiträge sowie der Bewertung der Arbeitseinheiten.²⁷⁵

Zu Beginn seiner Tätigkeit beim MfS hatte Lindenlaub wegen mangelnder Erfahrung »in der operativen Arbeit mit Schwierigkeiten zu kämpfen«. ²⁷⁶ Später entwickelte er sich zu einem der besten Mitarbeiter der Kreisdienststelle.²⁷⁷ Er führte unter an-

²⁷¹ Geboren am 6.5.1910, gelernter Glasbläser, 1952 Eintritt in das MfS, 1955 Unterleutnant, 1959 Leutnant, Kaderkarteikarte; BStU, MfS, HA KuSch/Disz.; BStU, MfS, BV Suhl, KS 10/69.

²⁷² Bericht des Mitarbeiters Lindenlaub zur sozialistischen Umgestaltung in der Landwirtschaft v. 7.8.1959; BStU, MfS, BV Suhl, AOP 848/71, Bd. 1a, Bl. 24.

²⁷³ Bodenbesitzer, die keine LPG-Mitglieder waren, wie Industriearbeiter, Handwerker, Angestellte, bearbeiteten auf ihren bis 1 ha großen Flächen 1956 immerhin 46 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Kreises Ilmenau. Sie sollten überzeugt werden, ihr Land zur Nutzung an die LPG zu übergeben. BStU, MfS, BV Suhl, AOP 848/71, Bd. 1c, Bl. 194–208; Bericht einer Brigade des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft zu Untersuchungen im Kreis Ilmenau, o. D. [vermutlich 1956].

²⁷⁴ Landarbeiter, mit und ohne Land, sowie aus der Industrie kommende Arbeiter waren im Vergleich zu eingesessenen Bauern bereitwilliger, LPG zu gründen und stellten, nach den Zahlen aus Suhl, zusammen rund 90 % der Mitglieder. Zudem waren über 50 % von ihnen in der Industrie beschäftigt, d. h., die Arbeitseinheiten (AE) wurden zum größten Teil von den Frauen oder nach Feierabend erbracht. Die Wertunterschiede bei Arbeitseinheiten lagen bei den LPG im Kreis Ilmenau z. B. 1956 zwischen 1,97 und 10,03 DM (Ø 4,32 DM/AE) oder 1957 zwischen 1,00 und 9,47 DM (Ø 4,90 DM/AE).

²⁷⁵ Arbeitseinheit: Maßstab für den Anteil jedes Mitgliedes einer LPG an der insgesamt geleisteten Arbeit der Erzeugung des Gesamtproduktes. Die Arbeitseinheit erfasst sowohl die mengenmäßige Seite der Arbeitsleistung, die im Grad der Normerfüllung zum Ausdruck kommt, als auch die qualitativen Anforderungen zur Erfüllung einer Arbeitsaufgabe, die den Grad der Kompliziertheit, der Schwere und Verantwortung widerspiegeln. Der Charakter der Arbeitseinheit ist in allen LPG gleich. Zit. nach: Ökonomisches Lexikon. Bd. 1, Berlin 1969, S. 136.

²⁷⁶ Dienststellungsattestierungsblatt für 1955; BStU, MfS, BV Suhl, KS 10/69, Bl. 110.

²⁷⁷ Ebenda, Bl. 117.

derem den technischen Leiter, den Agronomen, den Oberagronomen, den Schlosser und den Statistiker der MTS Langewiesen als Informatoren, desgleichen den Kreiszootechniker, den 1. Kreissekretär der Demokratischen Bauernpartei und die Bürgermeister der Städte Gehren und Schmiedefeld.

Die Informationsbeschaffung realisierte er mit einem Spitzelnetz, das über zwei, vorübergehend sogar vier so genannte GHI-Gruppen (GI-Netze unter der Führung eines GHI) verfügte. In den Bereichen MTS, LPG, VEAB und Handel waren zeitweilig circa 15 GI vorhanden.²⁷⁸ Eine GHI-Gruppe (»Hermann«) arbeitete in der MTS und die andere (»Bergmann«) im LPG-Bereich. Im Durchschnitt gab es etwa acht zuverlässige GI, die »gute Arbeit« bei Personenaufklärungen in den »Schwerpunktbereichen« leisteten. Dem MfS-Sachbearbeiter gelang der »erfolgreiche Abschluss« von drei Überprüfungsverfahren durch Verhaftung bzw. Anwerbung der verdächtigten Personen. Die Beschuldigungen lauteten »Hetze«, »Schädlingstätigkeit« und »Spionage«.

Mit dem Geheimen Hauptinformer »Bergmann«, im Hauptberuf Instrukteur für Landwirtschaft beim Rat des Kreises Ilmenau, arbeitete Lindenlaub ab Mitte 1954 zusammen. »Bergmann« hatte den Auftrag, Personen einzuschätzen und sie »fachlich, politisch« und »moralisch« »aufzuklären«.²⁷⁹ Die auf ihn zurückgehenden zahlreichen Stimmungsberichte waren für die Staatssicherheit von entscheidender Bedeutung bei der Identifizierung von politischen Quertreibern, z. B. 1958, als die Partei zur Jagd auf tatsächliche oder vermeintliche Anhänger der Reformvorstellungen von Kurt Vieweg geblasen hatte.²⁸⁰

Auch beim GI »Hermann« gab es 1954 gute Gründe, ihn als Geheimen Hauptinformer einzusetzen. Als Oberbuchhalter der MTS Langewiesen hatte er Kontakt »zu sämtlichen Kollegen der Station« und konnte »ungehindert mit den GIs, die ihm übergeben werden sollen, Treffs durchführen«.²⁸¹ Allerdings stellten sich bei ihm zwischenzeitlich »politische Unklarheiten« und die Wahrnehmung »irrealer Dinge« ein.²⁸² Seine Wahl zum SED-Kreisleitungsmitglied und sein Kirchenaustritt stellten das Vertrauen der Geheimpolizei zu ihm jedoch wieder her. Dem MfS blieb er bis

²⁷⁸ Quartalsberichterstattung v. 4.1.1957 u. 5.4.1957; BStU, MfS, BV Suhl, AOP 848/71, Bd. 1a, Bl. 86 f. u. 104.

²⁷⁹ Treffberichte v. 26.9.1955 u. 1.10.1955; BStU, MfS, BV Suhl, AIM 288/70, Bd. II/2, Bl. 38–40.

²⁸⁰ Einschätzung über den GI Bergmann v. 4.8.1965; BStU, MfS, BV Suhl, AIM 288/70, Bd. I/1, Bl. 81.

²⁸¹ Beschluss über die Umgruppierung v. 14.5.1954; BStU, MfS, BV Suhl, AIM 382/94, Bd. I/1, Bl. 61.

²⁸² Ebenda, Bl. 66.

1989 erhalten, mit zwischenzeitlicher Tätigkeit als abgeordneter »Südkader«²⁸³ im Kreis Gadebusch/Schwerin von 1965 bis 1971, später vorübergehend als SED-Funktionär mit offizieller Zusammenarbeit wieder bei der Kreisleitung Ilmenau; 1986 ist die Wiederaufnahme der inoffiziellen Zusammenarbeit in seiner Funktion beim Kreisvorstand der VdgB datiert.

Der GHI »Hermann« arbeitete insbesondere mit dem GI »Paul« intensiv zusammen, der als Oberagronom im Stützpunkt IV des MTS-Bereichs tätig war und mit dem er das Arbeitszimmer teilte. »Paul« war über die Lage in den LPG sehr gut im Bilde, ihre Probleme mit staatlichen Stellen, den Widerwillen der LPG-Bauern gegenüber jeglichen Plänen, den neuen Anbau- und Fütterungsmethoden oder den verordneten Schulungen. Zu dem letztgenannten Punkt beispielsweise musste er häufig berichten, dass Schulungsteilnehmer »kein Interesse für die gesellschaftlichen Themen« hätten.²⁸⁴ Sie forderten Melklehrgänge und praxisbezogene Fachvorträge.

Bezeichnenderweise wurde der für die fachliche Weiterbildung der Bauern zuständige Schulungsbeauftragte des Kreises, Diplomlandwirt Wolfgang H., von der Staatsicherheit als »gefährlich« eingestuft und im Überprüfungsverfahren »Spinne« bearbeitet. Er habe »Verbindungen zu Großbauern und anderen negativen Elementen auch außerhalb des Kreises Ilmenau« und wurde verdächtigt, den verfemten reformerischen Ansichten Viewegs nahe zu stehen, indem er die Bedeutung der Einzelbauern unterstrich und förderte.²⁸⁵ Er halte sich nicht an die »fünf Pflichtthemen über die Entwicklung zur sozialistischen Landwirtschaft« und beabsichtige, in 20 Ortschaften des Kreises Fachlehrgänge durchzuführen.²⁸⁶ »Paul« erhielt den Auftrag, den Referenten zu überwachen und seine Äußerungen festzuhalten. Schließlich wurde er verhaftet und wegen »Schädlingstätigkeit und Sabotage« zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt.²⁸⁷

²⁸³ Aufgrund parteipolitischer Kriterien ausgewählte Funktionäre oder andere »Kader«, die in wirtschaftlich (und ideologisch) schwachen Regionen/Bereichen des Landes zum Einsatz abgeordnet waren.

²⁸⁴ Treffbericht v. 18.12.1957; BStU, MfS, BV Suhl, AIM 847/70, Bd. II/1, Bl. 57.

²⁸⁵ Berichterstattung der Richtung III (Landwirtschaft) im III. Quartal 1957 v. 23.10.1957; BStU, MfS, BV Suhl, AOP 848/71, Bd. 1a, Bl. 80.

²⁸⁶ Treffbericht v. 18.11.1957; BStU, MfS, BV Suhl, AIM 847/70, Bd. II/1, Bl. 52. Der Schulungsbeauftragte war »für alle im MTS-Bereich im Rahmen der Erwachsenenqualifizierung durchzuführenden Schulungsaufgaben verantwortlich«. Er war dem Rat des Kreises unterstellt und Mitglied der dortigen »Kommission für Agrarpropaganda«. Die Pflichtthemen beinhalteten z. B. »Kraft und Stärke des sozialistischen Weltsystems unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der DDR im Kampf für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus, [...] Bedeutung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern, die Aufgaben der MTS bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft, [...] Perspektiven der Landwirtschaft und die Überlegenheit der sozialistischen Großproduktion, [...] Vorteile der gemeinschaftlichen und genossenschaftlichen Tätigkeit, [...] Steigerung der Marktproduktion [...]«; BStU, MfS, BV Suhl, AOP 49/58, Bl. 93.

²⁸⁷ Unterlagen zu Wolfgang H.; BStU, MfS, BV Suhl, AU 23/58.

Eine weitere »belastete« Person aus seinem Umfeld wurde »unter Druck angeworben«.²⁸⁸

Der Objektvorgang zur MTS Langewiesen enthält außerdem verschiedene Formen von Analysen und Berichte: So genannte Dorfanalysen wurden nach einem 32-Punkte-Schema gefertigt. Zentral war hier – wie überhaupt im Objektvorgang – die parteipolitische Einordnung der Dorfbevölkerung, um daraus Schlussfolgerungen auf politische Zuverlässigkeit und Gesinnung der Personen zu ziehen. Akribisch wurden die Parteimitgliedschaften vor und nach 1945 belegt. Für Ilmenau wurden beispielsweise 58 Parteien und Organisationen für die Zeit vor 1933 aufgeführt und deren Mitglieder teilweise benannt. Ähnliches gilt für die Zeit nach 1945. Selbst bestehende Haus- und Hofgemeinschaften wurden aufgeführt.²⁸⁹

Ab 1954 wurden *Zweimonatsberichte* eingefordert und ab 1956 *Quartalsberichte*, die im Wesentlichen über die Entwicklung des GI-Netzes und der »Feindtätigkeit« informierten. Ab 1958 waren aufwändige *Analysen zur Entwicklung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften* zu fertigen. Hier ging es unter anderem um die Zusammenarbeit mit den MTS, die »operativen Maßnahmen zur Bearbeitung von Zersetzungserscheinungen« und die Anzahl der GI in den LPG.²⁹⁰ Die Analysen zur Entwicklung der LPG im Kreis Ilmenau waren sehr detailliert und bilanzierten die politische wie wirtschaftliche Lage. Die meisten mit Blick auf die MTS festgestellten Mängel waren technisch-organisatorischer Art. Sie betrafen etwa ungenügende Absprachen der Feldbaubrigaden und ständigen Traktoristenbrigaden mit den LPG und lange Leerlaufzeiten.

Es wird deutlich, dass das Berichtswesen des MfS im ländlichen Bereich auf eine umfassende gesellschaftliche Überwachung zielte, diese aber tatsächlich nur partiell realisieren konnte. Vom Anspruch her ging es in erster Linie um Erkennung und Vorbeugung von »Feindtätigkeit«, doch gerieten überwiegend die alltäglichen Mängel der ländlichen Produktion und der sozialistischen Transformationsbestrebungen in den Blick. Ausgerechnet die Lieblingskinder der Umgestaltungspolitik auf dem Lande – MTS und LPG – arbeiteten alles andere als produktiv. Das zeigt – trotz ideologischer Scheuklappen – nicht zuletzt auch die Berichterstattung der Staatssicherheit.

²⁸⁸ Quartalsberichterstattung für das II. Quartal 1958 in Richtung III (Landwirtschaft) v. 4.7.1958; BStU, MfS, BV Suhl, AOP 848/71, Bd. 1a, Bl. 66; vgl. zum Stichwort »unter Druck« Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter (Anm. 98), S. 107 f.

²⁸⁹ Dorfanalyse v. 31.3.1954; BStU, MfS, BV Suhl, AOP 848/71, Bd. 1b, Bl. 3–6.

²⁹⁰ Schreiben des Leiters der Abt. III der BV Suhl zu den LPG v. 27.1.1958; BStU, MfS, BV Suhl, AOP 848/71, Bd. 1, Bl. 208 f.

5 Schlussbemerkungen

Seit der 2. Parteikonferenz vom Juli 1952 strebte die SED die Kollektivierung der Landwirtschaft nach sowjetischem Vorbild an. In der ersten Phase bis zum Juni 1953 versuchte sie, den Sozialismus auf dem Lande mit rabiaten Methoden durchzusetzen und scheiterte zunächst. Sie musste das Tempo drosseln und operierte in den folgenden Jahren vorsichtiger. Diskriminierungen, Druck und ausgleichende Maßnahmen wurden nunmehr dosiert eingesetzt, ohne das politische Endziel aus den Augen zu verlieren. Gleichzeitig bauten Partei und Staatssicherheit ihre Stellung auf dem Lande systematisch aus.

Durch die besonderen Bedingungen des geteilten Deutschlands und das direkte politisch-ökonomische Konkurrenzverhältnis zur Bundesrepublik lasteten auf der Entwicklung des landwirtschaftlichen Sektors in der DDR besonders hohe Erwartungen der SED. Obwohl die schwierige Versorgungslage zweifellos durch den Kollektivierungsdruck mitbedingt war, galt der SED der Übergang zur genossenschaftlichen Großproduktion als Königsweg zur Überwindung der Engpässe im Bereich der Nahrungsmittelversorgung. Dass die privatbäuerliche Landwirtschaft Westdeutschlands ökonomisch offensichtlich erfolgreicher war, war für die Partei zwar kein Anlass zum Umdenken, bildete aber einen Bezugspunkt für die bedrängten Privatbauern der DDR und ein latentes Problem für die Funktionäre vor Ort. Nicht umsonst standen Kontakte zu westdeutschen Bauernverbänden oder Besuche der »Grünen Woche« in Westberlin unter der besonderen Aufmerksamkeit der Staatssicherheit.

Das zentrale strukturelle Element im Umgestaltungsprozess waren die Maschinen-Traktoren-Stationen. Sie sollten einerseits durch den Einsatz von Fachwissen und Technik die »Entwicklung der Produktivkräfte« fördern, andererseits waren sie Instrumente der politisch-ideologischen Beeinflussung und Kontrolle der Landbevölkerung. Diese Aufgabe wurde mit zunächst eher bescheidenem Erfolg von den MTS-Politabteilungen wahrgenommen. Bezeichnenderweise wurden im Zuge der forcierten Umgestaltungspolitik der Phase 1952/1953 die für Landwirtschaft zuständigen Sachbearbeiter der Kreisdienststellen für Staatssicherheit an die MTS angebunden, zunächst legiert als stellvertretende Leiter der politischen Abteilungen und ab Dezember 1953 als offizielle Vertreter des Organs. Die geheimpolizeilichen Strukturen auf dem Dorfe waren jedoch im Ganzen ziemlich schwach. Die Mitarbeiter waren kaum qualifiziert, die Spitzelnetze löchrig, vor allem dort, wo das MfS in erster Linie präsent sein wollte – in den Reihen der Großbauern und anderen »feindlichen Konzentrationen«.

Obwohl die Hauptanstrengung der »Tscheakisten« dem Ausbau und der Qualifizierung des Informatorenbestandes galt, veränderte sich dieser Zustand nur langsam. Die MfS-Berichterstattung der fünfziger Jahre zum »Sicherungsbereich Landwirtschaft« spiegelt daher in der Regel mehr die alltäglichen administrativen und produktiven Defizite wider als manifeste Widerständigkeit. Die Haltung der ums Überleben kämpf-

fenden Privatbauern war in der hier betrachteten Phase bis 1958 – auch angesichts der bescheidenen ökonomischen Erfolge des genossenschaftlichen Sektors – geprägt von hartnäckiger Selbstbehauptung. Erst ab 1957 wich sie angesichts der neuerlichen Transformationsoffensive der SED zunehmend resignierender Anpassung.

Die operativen Mitarbeiter der Staatssicherheit standen vor mannigfaltigen Problemen in ihrem Verantwortungsbereich, die sie angesichts ihrer begrenzten Qualifikation und der verordneten politisch-ideologischen Sichtweise kaum adäquat einordnen konnten. Waren die allgegenwärtigen Dysfunktionen der landwirtschaftlichen Produktion, insbesondere in den MTS und LPG, auf »feindliche« Einwirkung zurückzuführen, oder handelte es sich um Desorganisation, mangelnde Motivation und Schlamperei? Solche Fragen blieben zumeist letztlich offen. Kein Wunder, dass die Vorgesetzten, die lediglich auf etwas höherem Niveau von den gleichen ideologischen Vorgaben beseelt waren, die Berichterstattung größtenteils als »unzureichend« und »mangelhaft« bewerteten. Mit einem umfänglichen Berichtswesen versuchte die Staatssicherheit, Schwachstellen und »feindliche« Aktivitäten zu identifizieren. Dahinter stand die Befürchtung, dass die Entwicklung der Kontrolle entgleiten könnte.

Mit der politisch motivierten Zwangskollektivierung im Frühjahr 1960 – von der SED als »größte revolutionäre Veränderung« propagiert – wurde die Landwirtschaft zwar formal »vollgenossenschaftlich«, war aber von stabilen Bedingungen noch weit entfernt, denn die wirtschaftlichen Probleme in den LPG und der passive Widerstand der Bauern gegen die Verhältnisse waren präsenter denn je.

Anhang

Anlage I: Die Beziehungen der staatlichen Organe zu den MTS¹

MTS

Politabteilung/Parteioorganisation

(vor DDR-Gründung 51 % Staatseigentum, ab 1952 MTS/Volkseigentum)

staatliche Institutionen	Art der Beziehung
<i>Ministerrat der DDR</i>	<ul style="list-style-type: none">– bestätigt die Arbeitspläne der MTS– nach der Prüfungsphase werden die Betriebspläne der MTS als Gesetz verabschiedet und den Räten der Bezirke und MTS zugeleitet
<i>Sekretariat des ZK der SED, Abt. Landwirtschaft</i>	Kaderkommission für die Besetzung u. Bestätigung der Leiter der Politischen Abteilungen (PA) bei den Bezirksverwaltungen und MTS
<i>Ministerium für Land- und Forstwirtschaft Verwaltung MTS – Hauptabteilung V</i>	<i>zentrale</i> staatliche Leitung, dem ZK rechenschaftspflichtig <ul style="list-style-type: none">– verantwortlich für alle Planungen, Investitionen und Kontrolle– arbeitet auf der Grundlage der bestätigten Arbeitspläne der MTS Kennziffern für das Planjahr aus und leitet sie an die Verwaltung MTS bei den Räten d. Bezirke weiter– bestätigt die Betriebspläne und prüft, ob die Betriebspläne und der bestätigte Plan des Ministerrats übereinstimmen– Leiter der HA nimmt an Abteilungsleiterbesprechungen im ZK u. an Beratungen der Bezirks- und Kreisleitungssekretäre teil
<i>Rat des Bezirks Abteilung Landwirtschaft, selbstständige Abteilung Verwaltung MTS (seit Anfang 1953, davor Bezirksverwaltung MTS)</i>	<i>territoriale</i> staatliche Leitung, dem Ministerium direkt unterstellt <ul style="list-style-type: none">– leitet die Kennziffern für das Planjahr an die MTS weiter und prüft und bestätigt die von den MTS daraufhin erstellten Betriebspläne vor Weiterleitung an das Ministerium– verantwortlich für Planung, Abrechnung, Kontrolle, für materielle, finanzielle u. personelle Fonds u. Produktionsleistungen der MTS, für die Einführung neuer Arbeitsmethoden u. sog. Kampagnen– operative Aufgabenkoordinierung zwischen der Verwaltung MTS und den MTS-Direktoren– operative Einflussnahme der Bezirksleitung zurückhaltend, Handlungsspielraum für die MTS-Direktoren i.d.R. groß

¹ Nach Informationen von Herrn Professor Edgar Seim, bis 1990 an der Hochschule für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft »Thomas Müntzer« in Bernburg/Saale tätig, und aus Unterlagen des ZK der SED, Abteilung Landwirtschaft, o. D. [vermutlich Ende 1953]; SAPMO-BA, DY 30 IV 2/7/331.

	<ul style="list-style-type: none"> – regelmäßige Arbeitsbesprechungen mit den MTS-Direktoren, schriftliche Dienstanweisungen – fachliche Weiterbildung für MTS-Funktionäre – Koordinierung und Hilfeleistung für MTS in den Bezirken
<p><i>SED-Bezirksleitung (SED-BL)</i> Abt. Landwirtschaft, Sektor Politleiter, Sekretär für Landwirtschaft</p> <p><i>1. Sekretär der BL</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> – periodische Arbeitsberatungen, Bezirksparteiaktivtagungen oder spezielle Veranstaltungen für MTS-Funktionäre (Propagierung der Beschlüsse der SED), hauptsächlich mit MTS-Direktoren, selten mit den Parteisekretären – operative Eingriffe durch die Bezirksleitung mittels sog. Überprüfungskommissionen – bestätigt Mitarbeiter der Politabteilungen – führt sporadische Arbeitsbesuche in den MTS durch (sonst keine direkte Einflussnahme)
<p><i>SED-Kreisleitung (SED-KL)</i> Sekretär für Landwirtschaft</p> <p><i>1. Sekretär der KL</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> – verantwortlich für Vorschläge zur Besetzung der Politabteilungen – Parteiorganisation und Politabteilung der MTS sind der Kreisleitung direkt unterstellt und dem Sekretariat rechenschaftspflichtig – Parteaufträge an Direktor und Funktionäre der MTS (Verpflichtung zu wirtschaftlicher und politisch-ideologischer Arbeit im Sinne der Beschlüsse) – gemeinsame Arbeitsbesprechungen von Mitarbeitern der Politabteilung und Instruktoren der Kreisleitung – Mitspracherecht beim Einsatz leitender MTS-Funktionäre – außerplanmäßige Unterstützung der MTS und Fürsprache bei der SED-Bezirksleitung – Integration der Kreisebene konfliktreich, aber letztendlich zweckmäßig – Anleitung und Kontrolle der Politabteilungen sowie aller MTS-Funktionäre und Parteimitglieder – politische Weisungen/Parteaufträge an die MTS-Direktoren provozierten Widerspruch zu den Forderungen des übergeordneten Organs (Rat des Bezirks) und zu den betriebswirtschaftlichen Interessen
<p><i>Rat des Kreises</i> Abteilung Landwirtschaft</p>	<ul style="list-style-type: none"> – MTS-Direktoren zur Mitarbeit in landwirtschaftsleitenden Gremien der Kreise verpflichtet sowie zur Berichterstattung auf Kreistagen, sonst keine direkten Weisungsbefugnisse – Beziehung der Kreisfunktionäre zu MTS-Direktoren und Bauern konfliktreich – »halboffizielle« Arbeitsteilung: MTS auf LPG konzentriert, Abt. Landwirtschaft auf Einzelbauern und Dörfer – operative Zusammenarbeit der MTS-Direktoren und des Fachpersonals mit der Abt. Landwirtschaft – zwischen MTS und LPG i.d.R. gute Zusammenarbeit, jedoch gegenüber den LPG-Vorsitzenden keine Weisungsbefugnis durch MTS-Direktoren und Fachleute

**Anlage II: »Feindtätigkeit« in der Landwirtschaft,
Zeitraum 1.1.1958 bis 30.9.1958¹**

soziale Stellung der Verhafteten	Straftatbestände						
	Diver- sion/ Brand- stiftung	Spionage/ Sammlg. v. Nachrichten	Verleigt. zur Re- publik- flucht	Staatsgef. Propagan- da und Hetze	Schädlings- tätigkeit, Sabotage, Wirtsch.- verbrechen	Gewalt- verbre- chen	Perso- nen insges.
Großbauern	–	4	1	13	8	–	26
Mittelbauern	3	1	1	27	6	1	39
werkt. Einzel- bauern	–	–	1	15	–	1	17
LPG-Mitglieder	6	2	1	19	13	5	46
Landarb. in privat- bäuerl. Betrieben	2	–	1	4	–	–	7
MTS/VEG	5	6	1	5	9	–	26
VEAB/BHG	1	3	–	3	12	–	19
staatliche Verwal- tungsorgane	–	4	–	1	8	–	13
Volkseig. Handels- kontor f. Zucht- u. Nutzvieh (VHZN)	–	–	–	–	9	–	9
VHZ Schrott ²	–	–	–	–	7	–	–
Industriearbeiter	3	–	2	4	–	3	12
selbstst. Hand- werksmeister, Ge- werbetreibende	2	1	–	2	4	–	9
Beschäftigungslose u. sonstige	2	6	–	3	–	1	12
insgesamt	24	27	8	96	76	11	242
(Anteil) in %	(9,9 %)	(11,1 %)	(3,7 %)	(39,5 %)	(31,3 %)	(4,5 %)	(100 %)

¹ »Analyse über die aufgeklärte Feindtätigkeit gegen den sozialistischen Aufbau der Landwirtschaft im Gebiet der DDR«; BStU, MfS, HA IX 8792, Bl. 211–241. Der Bezirk Neubrandenburg lag bei der Bestrafung von so genannter Schädlingstätigkeit sowie Sabotage und Wirtschaftsverbrechen an der Spitze (39 Personen), Rostock (16 Personen) und Schwerin (10 Personen) bei »staatsgefährdender Propaganda und Hetze«.

² Volkseigene Handelszentrale Schrott, vermutlich auf Bezirksebene.

Anlage III: Struktur von Objektvorgängen

(Aktenplan, aus mehreren Quellen zusammengestellt)¹

Teil I – leitendes Material

1. Allgemeine Angaben über das Objekt
 - Entwicklung des Objektes
 - Aufgaben des Objektes (Aufstellung der zu bearbeitenden Objekte im MTS-Bereich)
 - Strukturpläne
 - Geschäftsverteilungsplan
 - Lageplan und Beschreibung des Objektes
2. Personelle Angaben über das Objekt (Belegschaft, Personal, Brigaden)
3. Aufstellung der leitenden Angestellten, einschließlich Parteileitung, Betriebsgewerkschaftsleitung und Kampfgruppe (auch Analysen über LPG, »Perspektivpläne«)
4. Grundsätzliche Verfügungen des Objektes
5. Einsatzpläne und Anweisungen des MfS
6. Analysen über das Objekt durch das MfS (Analysen über Bauern, über »negative« und »positive« Kräfte; Dorfanalysen, Analysen über LPG, Quartalsberichterstattung des Sachbearbeiters)

Teil II – operatives Material

1. Diversionsgefährdete wichtige ökonomische Betriebe und Schwerpunkte im Objekt
 - diversionsgefährdete Schwerpunkte
 - wichtige ökonomische Schwerpunkte
 - Schwerpunkte, die die Geheimhaltung betreffen
2. Personelle Schwerpunkte im Objekt (Großbauern, ehemalige NSDAP-, SA-, SS- und Stahlhelm-Angehörige, ehemalige Offiziere und Unteroffiziere der faschistischen Wehrmacht; Parteizugehörigkeit verschiedener Gruppen vor 1933, 1933–1945, nach 1945; Schwerpunktpläne, Umsiedler u. a.)
3. Besondere Vorkommnisse im Objekt (Diversion, Sabotage, Flugblätter, häufige LPG-Austritte)
4. Inoffizielle Mitarbeiter, Agenturen im Objekt mit Treffplänen [dieser Punkt ist mitunter sehr nachlässig bearbeitet, leere Formblätter – R. T.]
5. Aufstellung der registrierten Vorgänge
6. Personen, die operativ bearbeitet werden (Sekten, Republikfluchten, Rückkehrer, Großbauern, ehemalige Faschisten, Zuwanderer, Umsiedler und andere »negative Elemente«)

¹ Die wesentlichen Angaben aus BStU, MfS, BV Dresden, AOP 1766/67.

7. durch MfS und Volkspolizei festgenommene und verhaftete Personen (und aus der Haft entlassene Personen)
8. Personen mit negativen Merkmalen und »angefallene« Personen
 - ehemalige Angehörige faschistischer Organisationen
 - ehemalige faschistische Offiziere
 - ehemalige Umsiedler (Umsiedlerverbände und Landsmannschaften)
 - Personen, die aus der SED ausgeschieden sind oder die Vereinigung KPD/SPD ablehnten
 - Personen, welche am 17.6.1953 in Erscheinung traten
 - Personen, die »wahrscheinlich zur Wanderausstellung nach Hannover gefahren sind«
9. Postüberwachungen
10. Abschlussberichte zu Vorgängen
11. Treffpläne und Arbeitspläne des operativen Mitarbeiters

Teil III – Informationen

1. Informationen von der Betriebsleitung
2. Informationen von der Betriebsparteiorganisation und der Betriebsgewerkschaftsleitung
3. Informationen anderer Stellen und Personen – Mitteilungen von offiziellen Stellen, die das Objekt betreffen, Berichte des Politleiters an die SED-Kreisleitung, des MfS-Sachbearbeiters an die Kreisdienststelle, »Situationsberichte« und Ähnliches, Informationen der Gesellschaft für Sport und Technik (GST), der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft (DSF), der Freien Deutschen Jugend (FDJ), der Volkspolizei; Vorkommnisse, die nur durch Betriebsparteiorganisation (BPO) oder Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) bekannt wurden
4. Stimmungsberichte von Inoffiziellen Mitarbeitern aus dem Objekt
5. Kampfgruppen, Konfliktkommission, Arbeitsschutz

Teil IV – Korrespondenz

1. Posteingang
2. Postausgang (Schreiben an die Bezirksverwaltung, zum Beispiel auch »Berichtserstattung der Sachbearbeiter MTS« an die Kreisdienststelle)

Anlage IV: Zur operativen Tätigkeit der Abteilung III der BV Leipzig Ausgewählte Schwerpunkte, siehe auch Dokument 6. Stand: 28.12.1953¹

¹ Bericht über die operative Tätigkeit 1953 auf der Linie der Abteilung III der Bezirksverwaltung Leipzig v. 28.12.1953; BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00159/04, Bl. 108–119. Die hier ausgewiesenen Zahlen weisen im Vergleich Differenzen auf. Vermutlich ergeben

Informatoren ²	Anzahl der Personen	
	Wirtschaft insgesamt	Landwirtschaft
GM	–	–
GI	379	74
GHI	15	–
KW	60	14

Betätigung der GI vor 1945	Anzahl der Personen	
	Wirtschaft insgesamt	Landwirtschaft
Ehemalige NSDAP	75	14
SA, SS, ehemalige Polizeibeamte	25	4
Offiziere	19	6
Konzerngeb. Pers.	1	–
westl. Gefangensch.	73	45

Parteilpolitische Zusammensetzung der Informatoren	Anzahl der Personen	
	Wirtschaft insgesamt	Landwirtschaft
SED	185	30
LDP	14	8
CDU	6	3
DBD	7	7
NDPD	7	6
parteilos	160	20

Berufliche Zusammensetzung der Informatoren	Anzahl der Personen	
	Wirtschaft insgesamt	Landwirtschaft
Wissenschaftler	3	–
Techn. Intelligenz	51	–
Techniker u. Obermeister	19	–
Agronomen	–	6
Zootechniker	–	–
Tierärzte	–	3
Großbauern	–	5
Mittel-/Kleinbauern	–	8
Angestellte	134	37
Arbeiter	115	9
Sonstige	16	6

Operative Vorgänge ³ nach Tatbestandszuordnung	Anzahl der Vorgänge/Verhaftungen	
	Wirtschaft insgesamt	Landwirtschaft
Diversion	1/5	–/2
Schädl. u. Sabotage	8/4	3/2
Spionage	5/1	1/–
Untergrundbew.	6/2	1/1
Provok., Hetze	25/31	10/8
Sonstige	6/16	3/3

sie sich aus der nicht nachvollziehbaren Verrechnung von angelegten und letztlich bearbeiteten sowie an andere Dienstseinheiten abgegebenen und eingestellten Vorgängen (wegen Desinformation, Dekonspiration, Nichteignung) und aus der für die Mitarbeiter zur Erstellung knapp bemessenen Zeit.

² Vermutlich mit den 1953 Geworbenen; Zahlen zu den »abgeschriebenen« Informatoren sind nicht enthalten. Folgende Gründe für »Abschreibungen«, also Beendigung der Zusammenarbeit, werden genannt: »ungeeignet, dekonspiriert, westflüchtig, Doppelzüngler, Doppelzüngler, die verhaftet und verurteilt werden«. Die Zahl von 238 »ungeeigneten« Informatoren unterstreicht die Schwierigkeiten des MfS in der IM-Arbeit.

³ Unterteilt nach Einzel-, Gruppen- und Überprüfungsvorgängen sowie nach »angelegten« und »eingestellten Vorgängen«; Verhaftungen erfolgten generell aufgrund von »Provokationen«, »Agentenmaterial«, »offiziellen Mitteilungen«.

Dokumente

EDITORISCHE VORBEMERKUNG

Die in den Originaldokumenten vorhandenen Rechtschreib- und Interpunktionsfehler wurden aus Gründen der besseren Lesbarkeit stillschweigend bereinigt. Gleiches gilt für kleinere Grammatikfehler. Die Schreibweise, auch der Abkürzungen, entspricht den heutigen Duden-Regeln (neue Rechtschreibung).

Die in eckigen Klammern stehenden Teile der Dokumententitel wurden sinngemäß von der Autorin gebildet.

Dokumentenverzeichnis

<i>Nr.</i>	<i>Titel des Dokuments</i>	<i>Seite</i>
1	Anweisung Nr. 1/53 [zum Einsatz von MfS-Mitarbeitern in MTS], 5.1.1953	75
2	Anweisung Nr. 10/53 [zum Einsatz von MfS-Mitarbeitern als Stellvertreter in den Politischen Abteilungen bei den MTS], 27.4.1953, mit Anlage	76
3	[Vorgaben zur] Berichterstattung der Sachbearbeiter der MTS, 26.6.1953	81
4	Anleitung zur Erstellung eines Strukturplanes, 31.7.1953	83
5	Dienstanweisung Nr. 30/53 über die Erweiterung des Informatorennetzes und die Arbeit mit Hauptinformatoren, 5.9.1953	87
6	[Vorgaben zur] Analyse der operativen Tätigkeit im Jahre 1953 in der Industrie und Landwirtschaft, 18.12.1953	90
7	Dienstanweisung Nr. 47/53 über die erhöhte Arbeit der Organe der Staatssicherheit in der Landwirtschaft, 30.12.1953	95
8	Anleitung für die Kontrolle in den Objekten der Landwirtschaft, 11.1.1954	100
9	Dienstanweisung Nr. 45/54 für die Arbeit der Organe der Staatssicherheit in der Landwirtschaft, 2.9.1954	102

5. Januar 1953

Anweisung Nr. 1/53 [zum Einsatz von MfS-Mitarbeitern in MTS]¹

Mit der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der Landwirtschaft verschärfen die Feinde den Klassenkampf im Dorfe. Die Festigung der demokratischen Ordnung und Liquidierung der feindlichen Tätigkeit auf dem Lande muss entschiedener und erfolgreicher von den Organen des Ministeriums für Staatssicherheit durchgeführt werden.

Dem Leiter der Abteilung III Ihrer Verwaltung wurde schon auf der Tagung der Hauptabteilung III am 19.12.1952 der Auftrag gegeben, auf allen größeren MTS Ihrer Bezirksverwaltung Mitarbeiter zu schaffen.

Nunmehr schlägt die Hauptabteilung III des Ministeriums für Staatssicherheit vor, folgende MTS Ihrer Bezirksverwaltung mit je einem Mitarbeiter der Abteilung III, der schon über Erfahrungen in der Landwirtschaft verfügt, zu besetzen.

Kreis Flöha	MTS Flöha
Kreis Glauchau	MTS Waldenburg
Kreis Marienberg	MTS Lauterbach
Kreis Plauen	MTS Weischlitz
Kreis Rochlitz	MTS Erlau

Bis zum *16.1.1953* ist eine namentliche Aufstellung der Mitarbeiter nach hier zu reichen, die für die aufgeführten MTS eingesetzt werden sollen.

Der Einsatz der Mitarbeiter in den MTS erfolgt auf schriftliche Anweisung des Ministeriums, da sie vorher auf ihr Aufgabengebiet vorbereitet werden müssen.

¹ BStU, MfS, BdL/Dok. 3376, 1 Bl. – Kopf: Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Staatssicherheit, Adressat: Ministerium für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Chemnitz, Herrn Chefinspekteur Kröber. – Vermerke: GVS 36/52, 2 Exemplare, 1. Exemplar, MfS/Ch Eing[ang] am 9.1.53, Tgb.-Nr. 5/53, weiter an: IV, – Handschriftlich gezeichnet: Last, Generalinspekteur.

27. April 1953

Anweisung Nr. 10/53 [zum Einsatz von MfS-Mitarbeitern als Stellvertreter in den Politischen Abteilungen bei den MTS]¹

Die Hauptaufgabe auf dem Lande ist die Stärkung der MTS. Die MTS müssen zu Zentren der Umgestaltung des Dorfes werden, deren besondere Bedeutung darin liegt, die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu festigen und damit die sozialistischen Grundlagen in der Landwirtschaft zu schaffen.

Der Feind hat die veränderte Lage in der Landwirtschaft schnell begriffen, er erkennt die Kraft der Produktionsgenossenschaften, er begreift, dass er seine Positionen im Dorfe mehr und mehr verliert und verstärkt seine Wühlarbeit durch Anpassung an die neue Lage.

Reaktionäre Elemente, Großbauern, ehemalige Gutsinspektoren, zurückgebliebene und enteignete Großgrundbesitzer, Gewerbetreibende, reaktionäre Elemente der Kirche, ehemalige Offiziere, Faschisten, Stahlhelmer, ehemalige Angehörige kapitalistischer Bauernverbände und Genossenschaften haben sich schon wichtige Funktionen in den MTS, Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, Bäuerlichen Handelsgenossenschaften, Kreis- und Gemeindeverwaltungen erschlichen.

Ihre Zersetzungs- und Schädlingstätigkeit führen sie durch in der geschickten Verbreitung feindlicher Nachrichten, Anordnung von bürokratischen Maßnahmen, unrechtmäßigen Gewährung von Krediten an Großbauern, Anwendung falscher Erfassungsmethoden, Durchführung formaler Differenzierung des Ablieferungssolls, Nichteinhaltung des Wunschanbauplanes und schlechten Versorgung der Bevölkerung auf dem Lande durch HO und Konsum.

Die Republikflucht vieler Groß-, Mittel- und Kleinbauern ist auf diese Zersetzungs- und Schädlingstätigkeit zurückzuführen, ohne von den Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit bemerkt zu werden.

Eine verstärkte Sabotagetätigkeit des Klassegegners in der Landwirtschaft ist zu verzeichnen. Fortschrittlichen Bauern wird das Vieh vergiftet. Um den Tieraufzuchtplan zu gefährden, wurden falsche Impfstoffe verwandt. Aus schweinepestgefährdeten Gebieten wurden Ferkel in andere Gebiete transportiert. Scheunen und Wirtschaftsgebäude werden durch Brände vernichtet. Traktoren und andere landwirtschaftliche Geräte werden unbrauchbar gemacht.

¹ BStU, MfS, BdL/Dok. 3375, 7 Bl. – Kopf: Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Staatssicherheit, 1. Stellvertreter des Ministers, Adressat: Ministerium für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Chemnitz, Herrn Oberstleutnant Schneider. – Vermerke: GVS 1397/53, Geheime Verschlussache, 15 Exemplare je 5 Blatt, 2. Exemplar, 5 Blatt. – Auf Bl. 5 handschriftlich gezeichnet: Mielke.

Terroristen bedrohen fortschrittliche Bauern, die in Produktionsgenossenschaften eintreten wollen und überfallen Angehörige von Produktionsgenossenschaften.

Bisher ist es nur schwach gelungen, diese feindlichen Elemente, die mit allen Mitteln, einschließlich Mord und Terror, ihre Ausbeuterinteressen verteidigen, zu entlarven und unschädlich zu machen.

Auf Beschluss des Politbüros unserer Partei wurden in den MTS politische Abteilungen geschaffen, deren Aufgabe es ist:

- a) die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern,
- b) die Entwicklung der MTS zu Zentren der organisatorischen, wirtschaftlichen und politischen Arbeit unter den werktätigen Bauern und Umgestaltung des Dorfes auf sozialistischer Grundlage.

Die politischen Abteilungen der MTS sind verantwortlich für die Hebung des ideologischen und politischen Niveaus der Belegschaft der MTS, der fachlichen Weiterbildung der Traktorenisten und Mitarbeiter, für die organisatorische, wirtschaftliche und politische Arbeit unter den werktätigen Bauern.

Sie müssen sich um alle Dinge, die im Dorfe vor sich gehen, kümmern, eine gründliche Kenntnis der Lage der Dörfer haben, die zum Bereich der MTS gehören.

Sie müssen über die Unklarheiten im Dorf unter den werktätigen Bauern in ihrer Einstellung zu den Produktionsgenossenschaften orientiert sein. Welche Großbauern leisten gegenüber der Entwicklung der Produktionsgenossenschaften und der MTS Widerstand? Sie müssen wissen, wie die bäuerlichen Handelsgenossenschaften arbeiten, ob sie helfen oder nicht. Sie müssen wissen – und auch kontrollieren – wie die Beschlüsse der Regierung zur Förderung der Produktionsgenossenschaften sowie der werktätigen Bauern und der Landarbeiter durchgeführt werden.

Sie müssen sich um die Beschwerden der werktätigen Bauern betr. fortlaufender verspäteter und unregelmäßiger Arbeit der MTS kümmern.

Ihre Aufgabe ist es, durch offene politische Aufklärung die antidemokratischen und feindlichen Elemente im Dorfe zu isolieren.

Der stellvertretende Leiter der Politabteilung ist ein Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, der seine verantwortliche Aufgabe wie folgt durchzuführen hat:

1. Der Mitarbeiter wird in seine Funktion als stellv. Leiter der Politabteilung eingesetzt, nachdem der Leiter der Bezirksverwaltung mit dem 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED Rücksprache gehalten hat (siehe Anlage).
2. Der Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit in der Funktion des stellv. Leiters der Politabteilung der MTS untersteht dem Leiter der Kreisdienststelle.
3. Die Hauptaufgabe ist die Schaffung geeigneter GI und GM in dem Arbeitsbereich und die systematische Arbeit mit diesen.
4. Der Arbeitsbereich ist:
 - a) die MTS,
 - b) alle im Bereich dieser MTS liegenden Orte und Objekte (außer den Schwerpunktbetrieben),
 - c) Produktionsgenossenschaften,

- d) Leitwerkstatt der MTS,
 - e) Saatzuchtgesellschaften,
 - f) volkseigene Güter,
 - g) Bäuerliche Handelsgenossenschaften,
 - h) Konsum, Verwaltungen, Schulen usw.
5. Diese Objekte sind schwerpunktmäßig auf allen Linien, Spionage, Sabotage, Untergrund usw. zu bearbeiten.
 6. Die Mitarbeiter haben ihren Sitz in der Kreisdienststelle, wo sich auch sämtliche Unterlagen, wie Personal- und Akten der GI und GM, operative Vorgänge, Operativpläne und Treffpläne sowie anderes Material befinden.
 7. Die Auswertung der GI-, GM- und anderen Berichte wird grundsätzlich nur in der Kreisdienststelle vorgenommen. Ebenso die Ausarbeitung operativer Maßnahmen.
 8. Liegt die MTS von der Kreisdienststelle weit entfernt, so ist nach Möglichkeit ein Panzerschrank in einem dem stellv. Leiter der Politabteilung der MTS zugewiesenen Raum zur Verfügung zu stellen.
Der Panzerschrank kann nur von dem Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit benutzt werden. Die Schlüssel sind immer in persönlichem Gewahrsam zu halten. In den Panzerschrank kommen nur die Berichte und Aufzeichnungen, die der Mitarbeiter während der Tage seiner operativen Tätigkeit im Bereich der MTS erhalten hat. Der Panzerschrank ist stets zu versiegeln.
 9. Als stellvertretender Leiter hat der Mitarbeiter alle der Politabteilung bekannten Hinweise über vorhandene Mängel und Schwächen, über feindliche Tätigkeit usw. zu erhalten.
 10. Informationen allgemeiner Art (die nicht aus GI- und GM-Berichten stammen) können nach Genehmigung durch den Kreisdienststellenleiter an den Leiter der Politabteilung gegeben werden.
 11. Das Auftreten des stellvertretenden Leiters der Politabteilung muss vorbildlich, zurückhaltend und bescheiden sein. Bei Besprechungen darf er niemals über seine operative Tätigkeit sprechen.
 12. In Versammlungen ist nicht aufzutreten. Sprechstunden sind nicht abzuhalten.
 13. Bei Krankheit, Urlaub oder Abwesenheit des Leiters der Politabteilung ist die Vertretung nicht zu übernehmen.
 14. Die Anleitung und Kontrolle der Mitarbeiter, die als stellvertretende Politleiter der MTS tätig sind, hat ständig durch den Leiter der Kreisdienststelle zu erfolgen.
 15. Der Leiter der Kreisdienststelle oder sein Stellvertreter haben gemäß Anweisung:
 - a) selbst wichtige GI und GM zu werben,
 - b) wichtige Treffs mit GI und GM durchzuführen,
 - c) wichtige operative Vorgänge selbst zu bearbeiten.

Mit dem 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED ist betreffs Einweisung unserer Mitarbeiter in die Funktion als stellv. Leiter der Politabteilungen der MTS Rücksprache zu halten:

1. Die Personalunterlagen der Mitarbeiter verbleiben in der Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit, und nur dem 1. Sekretär der Bezirksleitung der Partei ist bekannt, dass die stellv. Leiter der Politabteilungen der MTS Angehörige des MfS sind.
2. Dem 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED sind die Namen und notwendigen Personalien unserer Mitarbeiter – aufgeschlüsselt nach den vorgesehenen MTS der einzelnen Kreise – zu übergeben.
3. Über die Aufgaben der Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit in ihrer Funktion als stellv. Leiter der Politabteilungen der MTS ist mit dem 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED festzulegen:
 - a) Als Stellvertreter der Politabteilung der MTS hat er Einblick in alle Unterlagen.
 - b) Kenntnis von allen, der Politabteilung bekannten Hinweisen und Vorkommnissen sowie Unklarheiten im Dorfe in der Einstellung der werktätigen Bauern zu den Produktionsgenossenschaften, welchen Widerstand leisten die Großbauern in der Entwicklung der Produktionsgenossenschaften, wie ist die Hilfe vonseiten der Bäuerlichen Handelsgenossenschaften usw. zu bekommen.
 - c) Wichtige Entscheidungen, die vom Leiter der Politabteilung zu treffen sind, können mit dem stellv. Leiter der Politabteilung beraten werden.
 - d) Der Leiter der Politabteilung kann dem Stellvertreter keinen Auftrag erteilen, an Tagungen, Konferenzen usw. teilzunehmen, Ermittlungen zu führen, Personen zu vernehmen oder gar festzunehmen.
 - e) Der Leiter der Politabteilung kann den Stellvertreter in Dienstbesprechungen nicht auffordern Stellung zu nehmen zu operativen Vorgängen, die in Bearbeitung stehen.
 - f) Informationen und Hinweise, die der stellv. Leiter der Politabteilung aufgrund seiner operativen Tätigkeit erhält und für den Leiter der Politabteilung von Bedeutung sind (unsere operative Arbeit aber nicht dechiffrieren), können diesem mitgeteilt werden.
4. Schwierigkeiten, die sich in der Zusammenarbeit ergeben sollten, werden vom Leiter der Politabteilung dem 1. Sekretär der Bezirksleitung der Partei direkt gemeldet. Ebenso vom stellv. Leiter der Politabteilung – über den Leiter der Kreisdienststelle – dem Leiter der Bezirksverwaltung.

² Vermerk: Anlage Nr. 1 zu GVS Tgb.-Nr. 1397/53, 2 Bl.

(»Die unter 3.f in Klammern stehenden Bemerkungen werden mit dem Leiter der Bezirksleitung der SED selbstverständlich nicht durchgesprochen. Es ist hier nach dem Punkt 10 der Anweisung zu verfahren.«)

26. Juni 1953

[Vorgaben zur] Berichterstattung der Sachbearbeiter der MTS¹

Sie werden angewiesen, sofort die regelmäßige Berichterstattung über die Lage und Vorkommnisse in den MTS-Bereichen einzuleiten. Über jede MTS und deren Bereich Ihrer Bezirksverwaltung muss nach folgenden Gesichtspunkten berichtet werden:

1. Wie ist die Stimmung nach den Ereignissen des 17. Juni 1953 und wie wird über die Erklärung des ZK der SED diskutiert
 unter den Mitgliedern der LPG,
 unter der Belegschaft der MTS,
 unter der Belegschaft der VEG,
 unter den Klein-, Mittel- und Großbauern sowie der
 übrigen Landbevölkerung.
 Beispiele sind kurz und konkret anzuführen.
2. Wie viele LPG haben sich im Bereich der MTS aufgelöst oder sind in der Auflösung begriffen und welches sind die Ursachen.
 Bestehen Schwierigkeiten in den einzelnen LPG in Bezug auf Rückgabe von Flächen an zurückkehrende Bauern oder ausgetretene Mitglieder.
 Wie ist der Stand der Erntevorbereitungen.
 Bei Schwierigkeiten und Störungen die Ursachen aufzeigen, ob bewusste Handlungen oder Unterlassungen vorliegen usw.
3. Wurden im Bereich der MTS Festnahmen durchgeführt, und wie nehmen die Angehörigen der LPG, MTS und VEG sowie die übrigen Bevölkerungsschichten Stellung dazu.
 Gibt es Abwanderungen von Arbeitskräften aus der MTS und welche Ursachen führten dazu.
 Welche Schwierigkeiten sind in der Kraftstoffversorgung, Beschaffung von Ersatzteilen und Bindegarn aufgetreten.
 Welche Störungen und Zustimmungen zeigten sich während des Tages der Erntebereitschaft.
4. Gab es Ausschreitungen gegen die Leitung der VEG.
 Wie ist die Arbeitsmoral.
 Gibt es Störungen in der Futtermittelversorgung und -bereitstellung. Aufzeigen der Ursachen.

¹ BStU, MfS, BV Dresden, AOP 1766/67, Bl. 373. – Kopf: *Abschrift*: Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Staatssicherheit, Stellvertreter des Ministers, Adressat: Leiter der Bezirksverwaltungen. – Auf Bl. 2 maschinenschriftlich gezeichnet: Last, Generalmajor, F.d.R.d.A. handschriftlich gezeichnet: Theuring.

5. Wie viele Bauern sind zurückgekehrt.
Bestehen Schwierigkeiten bei der Rückgabe der Betriebe, wo und warum.
Wie verhalten sich die Zurückkehrenden und wie ist das Verhalten der übrigen Bevölkerung zu denselben.
Gibt es nach dem 11.6.1953 noch republikflüchtige Bauern, wenn ja, die Ursache der Flucht angeben.
6. Wo wird die Ablieferung ungenügend durchgeführt.
Welche Ursachen liegen hier vor.
Wie ist das Verhalten der Erfasser.
Welche Erfasser beachten die Sollermäßigungen nicht, gibt es Fälle, wo Erfasser von den Höfen verjagt werden.
Gibt es Bauern, die sich weigern, das Soll abzuliefern.
Tragen diese Ablehnungen organisierten Charakter.
Welche Begründungen werden hierfür angeführt.
7. Gibt es Austritte aus der Partei und welche Ursachen liegen vor.

Zu beachten ist, dass nach dieser Richtlinie über *jede* MTS von den jeweiligen Sachbearbeitern zu berichten ist. Von den Mitarbeitern ist der Bericht dreifach anzufertigen. Ein Exemplar bleibt bei dem jeweiligen Sachbearbeiter, ein Exemplar verbleibt in der Bezirksverwaltung zur weiteren Bearbeitung und ein Exemplar geht so, wie es vom Sachbearbeiter geschrieben wurde, an die Abteilung III, Berlin.
Der erste Bericht ist spätestens am Freitag, dem 3. Juli 1953, einzusenden.

31. Juli 1953

Anleitung zur Erstellung eines Strukturplanes¹

Jeder einzelne Punkt ist zu prüfen und genau auszufüllen.

1. Name des Ortes:
2. Wie ist der Ort zu erreichen, welche Straßen führen zum Ort, wie viel km von Leipzig entfernt:
 - a) besteht Bahnanschluss:
 - b) besteht Omnibushaltestelle:
 - c) Ist der Ort mit der Straßenbahn zu erreichen:
3. Zahl der Einwohner insgesamt:
 - a) männlich:
 - b) weiblich:
 - c) jugendlich:
4. Wie viele Parteien bestehen im Ort:
 - a) SED Zahl der Mitglieder:
 - b) LDP Zahl der Mitglieder:
 - c) DBD Zahl der Mitglieder:
 - d) CDU Zahl der Mitglieder:
 - e) NDPD Zahl der Mitglieder:
5. Wer ist der Vorsitzende der im Ort bestehenden Parteigruppe:
 - a) Kleine Personalien anführen.
6. Gibt es eine FDJ-Gruppe:
 - a) Stärke angeben:
 - b) Wer ist der Vorsitzende: (Kleine Personalien)
 - c) DFD
7. Wie viele Mitglieder der DSF gibt es im Ort:
 - a) Wer ist der Vorsitzende: (Kleine Personalien)
8. Gibt es eine LPG im Ort: Welcher Name:
 - a) Vorsitzende: (Kleine Personalien u. Parteizugehörigkeit)
 - b) Wie viele Mitglieder:
 - c) Wie viel ha: (welcher Typ)
 - d) Wie viel und welcher Viehbestand:
 - e) In welchem Zustand befindet sich das Vieh:
 - f) Ist die Futtergrundlage gesichert:

¹ BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00159/03, Bl. 126–128. – Kopf: Bezirksverwaltung Leipzig, Abteilung III (ohne Unterschrift).

9. Wie viele Einzelbauern bis 10 ha gibt es:
 - a) Kleine Personalien
 - b) Viehbestand
 - c) Genaue Hektar-Größe
10. Wie viele Einzelbauern von 10–20 ha gibt es:
 - a) Kleine Personalien
 - b) Viehbestand
 - c) Genaue Hektar-Größe
11. Wie viele Einzelbauern über 20 ha gibt es:
 - a) Kleine Personalien
 - b) Viehbestand
 - c) Genaue Hektar-Größe
12. Gibt es im Ort einen Bürgermeister: (Stellvertreter)
 - a) Kleine Personalien
 - b) Parteizugehörigkeit
13. Wer ist im Ort Gemeindevertreter:
 - a) Kleine Personalien
 - b) Parteizugehörigkeit
14. Gibt es im Ort eine Schule:
 - a) Kleine Personalien des Lehrpersonals
 - b) Parteizugehörigkeit
15. Gibt es im Ort eine Kirche:
 - a) Wer ist der Pfarrer (Kleine Personalien)
 - b) Wie ist der Kirchenbesuch (in % ausdrücken)
 - c) Arbeiter
 - d) Bauern
16. Gibt es im Ort eine Poststelle:
 - a) Kleine Personalien des Verantwortlichen
17. Gibt es im Ort eine Gastwirtschaft:
 - a) Kleine Personalien des Besitzers
 - b) Name der Gastwirtschaft
 - c) Gibt es dort HO-Waren
 - d) Welcher Personenkreis verkehrt dort
18. Gibt es im Ort eine BHG:
 - a) Kleine Personalien des Verantwortlichen
 - b) Parteizugehörigkeit
19. Gibt es eine VdgB:
 - a) Kleine Personalien des Verantwortlichen
 - b) Parteizugehörigkeit
20. Gibt es im Ort Konsumverkaufsstellen:
 - a) Kleine Personalien des Verantwortlichen
 - b) Parteizugehörigkeit

21. Gibt es im Ort HO-Verkaufsstellen:
 - a) Kleine Personalien des Verkaufsstellenleiters
 - b) Parteizugehörigkeit
22. Gibt es eine Freiwillige Feuerwehr:
 - a) Leiter, kleine Personalien, Parteizugehörigkeit
 - b) Stärke
 - c) Ausrüstung (Motor-Spritze usw.)
23. Wie viel Vieh gibt es im Ort:
 - a) Pferde
 - b) Rindvieh
 - c) Schweine (Stärke zahlenmäßig angeben)
 - d) Schafe
 - e) Federvieh
24. Gibt es Gewerbetreibende im Ort:
 - a) Schuster
 - b) Schneider
 - c) Schmied usw.
25. Wer ist der Abschnittsbevollmächtigte:
 - a) Kleine Personalien
 - b) Dienstgrad
 - c) Parteizugehörigkeit
 - d) Wo ist er zu erreichen
26. Gibt es VEG im Ort:
 - a) Wer ist der Leiter, kleine Personalien
 - b) Parteisekretär und Stärke der Mitglieder
 - c) Hektar-Größe
 - d) Viehbestand
 - e) In welchem Zustand befindet sich das Gut
 - f) Anzahl der Beschäftigten
27. Von welchem Tierarzt wird der Ort betreut:
 - a) Kleine Personalien
 - b) Parteizugehörigkeit
 - c) Wie ist er zu erreichen, Tel.-Nr.
28. Welche kulturellen Einrichtungen gibt es:
z. B. Kindertagesstätten, FDJ-Heim, Bauernstube usw.
- 30.² Gibt es im Ort Industriebetriebe:
 - a) VEG
 - b) Treuhand
 - c) Privat

Hier ist der Name des Betriebs sowie der Besitzer anzugeben.

² Punkt 29 wurde im Original nicht vergeben.

Welche Erzeugnisse stellt der Betrieb her? Wie viele Beschäftigte hat der Betrieb.

31. Welche Besonderheiten gibt es im Ort:
z. B. Denkmäler, Naturschutzgebiete u. a.
32. Wer hat sich warum nach dem Westen abgesetzt:
 - a) Personalien
 - b) Beruf
 - c) Warum abgesetzt
33. Bei welchen Bauern sind im Jahre 1953 Tierseuchen ausgebrochen:
 - a) welche Seuche
 - b) welches Ausmaß angenommen
34. Welche Anzeichen von feindl[icher] Tätigkeit treten auf:
z. B. Hetze gegen DDR, gegen LPG usw.
35. Welche Schwerpunkte gibt es im Ort:
z. B. Trafo-Stationen, Silos, Lagerräume usw.

5. September 1953

Dienstweisung Nr. 30/53 über die Erweiterung des Informatorennetzes und die Arbeit mit Hauptinformatoren¹

In der EntschlieÙung des 15. Plenums des ZK unserer Partei wird festgestellt:

»Die Abwehr und Aufklärungsarbeit der Organe des MfS steht auf einem äußerst niedrigen Niveau. Das Informationsnetz des Ministeriums für Staatssicherheit ist sowohl hinsichtlich der Auswahl der Menschen, als auch hinsichtlich ihrer Verteilung und ihres Einsatzes schlecht organisiert.

Das Ergebnis davon war, dass die Organe des MfS weder von dem geplanten Putsch Kenntnis hatten, noch die in der Deutschen Demokratischen Republik bestehenden Agentennester und illegalen Organisationen kannten.«

Die Schwäche des Informatorennetzes besteht vor allem darin, dass es auf alle Objekte gleichmäßig ausgedehnt ist, ohne Berücksichtigung der Konzentration von faschistischen sowie anderen feindlichen Elementen in den wichtigsten Betrieben und Dienststellen. Außerdem befinden sich unter den GM und GI viele wertlose Informatoren als auch Provokateure, Doppelzüngler und Desinformatoren. Außer der schlechten Qualität ist das Informatorennetz auch zahlenmäßig nicht stark genug und deshalb nicht fähig, die Feinde in allen Bevölkerungsschichten zu entlarven und gleichzeitig ihre Pläne aufzudecken. Die Arbeit mit den vorhandenen GI und GM befindet sich auf einem äußerst niedrigen Niveau. Die leitenden Mitarbeiter der Organe der Staatssicherheit arbeiten in der Regel nicht persönlich mit den GI und GM. Viele operative Mitarbeiter haben nur 2 bis 3 GI. Die Treffs mit den GI *u. GM*² werden vorher nicht vorbereitet, finden nicht regelmäßig statt und ohne genügende Beachtung der Regeln der Konspiration.

Aufgrund dessen sind viele GI und GM der Organe der Staatssicherheit dekonspiriert. Es wird daher angeordnet:

1. Im Laufe eines Monats ist die Säuberung des Informatorennetzes durchzuführen. Provokateure, Doppelzüngler und Desinformatoren sind auszuschneiden und in operative Bearbeitung zu nehmen.

¹ BStU, MfS, BdL/Dok. 3010, 4 Bl. – Vermerke auf Bl. 1: GVS 2920/53, Geheime Verschlussache, 38 Exemplare je 4 Blatt, 1. Exemplar, 4 Blatt, 1 Exemplar nachgefertigt, handschriftlicher Vermerk: zur Fertigung der entsprechenden Exemplare, Mi. [vermutlich Mielke] 1.9.53–5.9.53, GVS-Nr. VM 47/53, handschriftlich gestrichen: 2/54, G.V.S., Streng vertraulich!, Entwurf. – Auf Bl. 4 handschriftlich gezeichnet: Wollweber, Staatssekretär.

² Handschriftlich eingefügt.

2. Die Anwerbung der GI und GM ist zu steigern, und zwar vor allem in den wichtigsten Objekten und *auf allen*³ Linien. Dabei muss die Hauptaufmerksamkeit auf die Anwerbung solcher GI gerichtet sein, die aufgrund ihrer politischen Qualitäten und ihrer Möglichkeiten fähig sind, die Pläne und Absichten des Feindes zu erkennen, damit diese bekämpft werden können.
3. Zwecks Verbesserung der Zusammenarbeit mit GI und GM⁴ und zwecks Sicherung der strengsten Konspiration sind in den großen Objekten Hauptinformatoren zu schaffen. Die wertvollsten GI und GM⁵ sind jedoch von den operativen Mitarbeitern der Organe der Staatssicherheit persönlich zu bearbeiten.
4. Zu Hauptinformatoren sind in der Regel solche Personen vorzuschlagen, die aufgrund ihrer Stellung die Möglichkeit haben, unauffällig und oft mit ihren Informatoren zusammen zu kommen. Politisch müssen sie absolut zuverlässige und der Partei ergebene Menschen sein.
Es ist empfehlenswert, bei der Auswahl von Hauptinformatoren die besondere Aufmerksamkeit auf Personen zu richten, welche aus gesundheitlichen Gründen sowie wegen unbedeutender Vergehen oder zweitrangiger Verwandtschaft in Westdeutschland aus der Volkspolizei oder aus den Organen der Staatssicherheit entlassen worden sind.
5. Aufgabe der Hauptinformatoren ist die Leitung des Informatorennetzes innerhalb des Objektes, wo sie arbeiten und die regelmäßige Verbindung zu den Organen der Staatssicherheit.
6. Jeder Hauptinformatore soll in der Regel 2 bis 3 Informatoren bearbeiten und später, nach Einarbeitung, bis zu 5 bis 6 Informatoren.
7. Die Treffs unserer Mitarbeiter mit den Hauptinformatoren sind häufig, mindestens einmal wöchentlich durchzuführen (in der Regel in KW). Die Treffs sind zur Anleitung der Hauptinformatoren und zwecks Übermittlung der Erfahrungen der richtigen Leitung des Informatorennetzes durchzuführen.
8. Es ist Vorsorge zu treffen, dass jeder Hauptinformatore den mit ihm arbeitenden Angehörigen des Staatssekretariates für Staatssicherheit, falls notwendig, jederzeit erreichen kann.
9. Anwerbungen von Hauptinformatoren sollen in der Regel vom Referatsleiter, Abteilungsleiter aufwärts durchgeführt werden. Anwerbungen von einfachen GI werden von Hauptsachbearbeitern, GI und GM, die der Intelligenz angehören, von Referats- und Abteilungsleitern durchgeführt.
10. Ausgaben, die den Hauptinformatoren aus ihrer Arbeit entstehen, sind zu ersetzen. Gute Arbeit ist zu prämiieren. Prämierungsvorschläge bedürfen der Bestätigung des zuständigen Leiters.

³ Handschriftlich eingefügt.

⁴ Handschriftlich gestrichen.

⁵ Handschriftlich gestrichen.

11. Bei allen in der Erfüllung dieser Dienstanweisung durchzuführenden Maßnahmen sind die Bestimmungen der Dienstanweisung Nr. 21 vom 20.11.1952 zu beachten.
12. Über den Verlauf der Durchführung dieser Dienstanweisung ist monatlich in den fälligen Berichten an die Leitung des Staatssekretariates für Staatssicherheit zu berichten.

18. Dezember 1953

[Vorgaben zur] Analyse der operativen Tätigkeit im Jahre 1953 in der Industrie und Landwirtschaft¹

Über die operative Tätigkeit der Abteilung III der Bezirksverwaltung und der Arbeitsgruppen in Industrie und Landwirtschaft der Kreise ist ein zusammenfassender Bericht für das Jahr 1953 nach den in der Anlage beigefügten Richtlinien zu fertigen. Termin: *23. Dezember 1953, 12.00 Uhr.*

Die Angaben werden dringend benötigt. Für die Einhaltung des Termins ist der Leiter der Bezirksverwaltung persönlich verantwortlich, desgleichen für die Richtigkeit der Analyse.

Bei bestehenden Unklarheiten sofortige telefonische Rücksprache.

Anlagen

¹ BStU, MfS, BdL/Dok. 3646, 1 Bl. + Anlage 4 Bl. – Kopf: Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium des Innern, Staatssekretariat für Staatssicherheit, Stellvertreter des Staatssekretärs, Adressat: Leiter aller Bezirksverwaltungen, einschließlich Verwaltung »W« Karl-Marx-Stadt und Groß-Berlin, dem Leiter der Bezirksverwaltung sofort auf den Tisch, bei Nichtanwesenheit seinem Stellvertreter. – Vermerke: GVS 3924/53, Tgb.-Nr. VL GVS/6/53, Geheime Verschlussache, 19 Exemplare je 1 Blatt, 1. Exemplar, 1 Blatt – Auf Bl. 1 handschriftlich gezeichnet: Last, Generalmajor.

[Anlage]

Bericht über die operative Tätigkeit 1953 auf der Linie der HA III²

I.

1. *Anzahl der Informatoren*

- a) Geheime Mitarbeiter
- b) Geheime Informatoren
- c) Hauptinformatoren, die mit GI arbeiten
- d) Hauptinformatoren, die noch nicht mit GI arbeiten
- e) KW

Anzahl der Informatoren in der Landwirtschaft, gesondert nach obiger Einteilung angeben.

2. *Berufliche Zusammensetzung der Informatoren, ohne Landwirtschaft*

- a) Wissenschaftler
- b) technische Intelligenz
- c) Techniker und Obermeister
- d) Angestellte
- e) Arbeiter

Berufliche Zusammensetzung der Informatoren in der Landwirtschaft

- f) Agronomen
- g) Zootechniker
- h) Tierärzte usw.
- i) Angestellte
- j) Großbauern
- k) Mittel- und Kleinbauern
- l) Arbeiter
- m) Sonstige

3. *Parteipolitische Zusammensetzung (insgesamt)*

- a) SED
- b) LDP
- c) CDU
- d) DBD
- e) NDPD

Parteipolitische Zusammensetzung in der Landwirtschaft, Gliederung wie oben.

4. *Besondere Merkmale, wie*

- a) ehem. NSDAP
- b) SA, SS, ehemalige Polizeibeamte
- c) Offiziere
- d) konzerngebundene Personen
- e) westliche Gefangenschaft

² Vermerk: Anlage Nr. 1 zu GVS Tgb.-Nr. 3924/53, 4 Bl., 17.12.1953.

(In der Landwirtschaft gesondert wie oben.)

II. Werbung von Informatoren im Jahre 1953

1. Erstes Halbjahr

- a) GM
- b) GI
- c) Hauptinformatoren, die mit GI arbeiten
- d) Hauptinformatoren, die noch keine Verbindung haben
- e) KW

In der Landwirtschaft gesondert nach obiger Einteilung anführen.

2. Zweites Halbjahr

Angaben wie oben, Landwirtschaft ebenfalls gesondert.

3. Wie viele GM, GI und KW wurden im 1. Halbjahr beschrieben? (Angaben wie oben)

- a) Ungeeignet
- b) dekonspiriert
- c) westflüchtig
- d) Doppelzüngler
- e) Doppelzüngler, die verhaftet und abgeurteilt wurden

4. Wie viele GM und GI wurden im 2. Halbjahr 1953 beschrieben? (Angaben wie oben)

5. Einschätzung der wichtigsten GM und GI

Hier sind kurz Beispiele zu bringen, wie die wertvollsten GM und GI an den Vorgängen arbeiten bzw. ihre Verbindungen nach Westdeutschland.

Des Weiteren sind Beispiele aufzuzeigen, wo Doppelzüngler entlarvt und verhaftet wurden.

III. Operative Vorgänge

1. Anzahl der Vorgänge, insgesamt mit Landwirtschaft

- a) Gruppenvorgänge
- b) Einzelvorgänge
- c) Überprüfungsvorgänge

Anzahl der Vorgänge in der Landwirtschaft

- a) Gruppenvorgänge
- b) Einzelvorgänge
- c) Überprüfungsvorgänge

2. Aufgliederung der Vorgänge nach Färbung, einschließlich Landwirtschaft

- a) Diversion
- b) Schädlingstätigkeit und Sabotage
- c) Spionage
- d) Untergrund
- e) Provokationen, antidemokratische Hetze
- f) Sonstige

Aufgliederung der Vorgänge nach Färbung in der Landwirtschaft (Angaben wie oben).

3. *Wie viele Vorgänge wurden im ersten Halbjahr 1953 angelegt, insgesamt mit Landwirtschaft:*

- a) Gruppenvorgänge
- b) Einzelvorgänge
- c) Überprüfungsvorgänge

Welche Färbung (Aufgliederung wie oben).

Wie viele Vorgänge wurden im ersten Halbjahr in der Landwirtschaft angelegt (Angaben wie oben).

4. *Wie viele Vorgänge wurden im zweiten Halbjahr 1953 angelegt, insgesamt mit Landwirtschaft (Angaben wie oben).*

Wie viele Vorgänge wurden im zweiten Halbjahr 1953 in der Landwirtschaft angelegt? (Angaben wie oben).

5. *Wie viele Vorgänge wurden 1953 eingestellt?*

Ursache der Einstellung.

6. *Beurteilung der wichtigsten Vorgänge*

Es ist eine kurze Beurteilung mit konkreten Angaben des Sachstandes über die wichtigsten Vorgänge zu geben. Interessantes Entwicklungsmaterial kurz aufzeigen.

IV. *Verhaftungen 1953*

1.

- a) Anzahl der verhafteten Personen sowie Angabe der Färbung (insgesamt)
- b) Anzahl der verhafteten Personen sowie Angabe der Färbung (Landwirtschaft).

2. *Verhaftungen aus*

- a) Gruppenvorgängen
 - b) Einzelvorgängen
 - c) Überprüfungsvorgängen
- (insgesamt, einschließlich Landwirtschaft)

Verhaftungen auf dem Lande aus

- a) Gruppenvorgängen
 - b) Einzelvorgängen
 - c) Überprüfungsvorgängen
3. Anzahl der Personen, die wegen Provokationen verhaftet wurden.
4. Verhaftungen, die sich aus Agenturmaterial ergaben.
5. Verhaftungen, die sich aus offiziellen Mitteilungen ergaben.

V. *Schwerpunktbetriebe*

Von den wichtigsten Schwerpunktbetrieben der Industrie und Landwirtschaft des Bezirkes ist – soweit möglich – ein zusammenfassender Bericht in der oben angeführten Form anzufertigen.

Beispiel: Rostock, Werften und Landwirtschaft.

VI. *Volkseigene Güter*

Es ist eine kurze Analyse über den Zustand der volkseigenen Güter zu fertigen. Insbesondere ihre personelle Besetzung mit ehemaligen Gutsinspektoren und Sekretären, ehemaligen Großbauern usw.

Desgleichen ist die operative Bearbeitung zu analysieren.

VII. *Besondere Vorkommnisse im zweiten Halbjahr 1953*

Es ist eine kurze Analyse über die besonderen Vorkommnisse in der Industrie und Landwirtschaft zu fertigen.

VIII. *Stand der Mitarbeiter der Abteilung III der Bezirksverwaltung*

- a) Aufgliederung nach Dienststellung
- b) Soziale Herkunft
- c) Schulbildung
(Hochschul-, Mittelschulbildung, Grundschule, nicht beendete Grundschule.)
- d) Altersmäßige Aufgliederung
(unter 20 Jahre, von 20–25, 25–30, 30–35, 35–40, 40–50 und über 50 Jahre.)
- e) Wie viele Mitarbeiter sind seit
1949
1950
1951
1952
1953
im Staatssekretariat für Staatssicherheit tätig.

30. Dezember 1953

Dienstweisung Nr. 47/53 über die erhöhte Arbeit der Organe der Staatssicherheit in der Landwirtschaft¹

Auf der zentralen Dienstkonferenz des Staatssekretariats für Staatssicherheit am 11. und 12. November 1953 wurden die Verschärfung des Klassenkampfes auf dem Lande behandelt und konkrete Anweisungen zur Verbesserung der Arbeit gegeben.

Eine Analyse der gegnerischen Tätigkeit auf dem Lande zeigt, dass bei steigender feindlicher Tätigkeit bis heute noch keine wesentliche Verbesserung der operativen Arbeit des Sfs auf dem Lande zu verzeichnen ist. Die Ursache liegt in der Unterschätzung der großen Aufgabe der Organe des Staatssekretariats für Staatssicherheit auf dem Lande.

Die Nichterfüllung der Ablieferungspflichten gegenüber dem Staat wird propagiert, Erfasser werden in sehr vielen Fällen tätlich bedroht, fortschrittliche Bauern und verantwortliche Funktionäre erhalten Drohbriefe, Brandlegungen an Scheunen und Ställen, Viehvergiftungen, Terrorakte, Verbreitung von Viehseuchen und verstärkte Einschleusung von hetzerischen Flugblättern zeigen deutlich das Anwachsen der feindlichen Tätigkeit und die Methoden, deren sich der Gegner bedient.

Illegale Zusammenkünfte von Groß- und Mittelbauern werden organisiert, Staatsangestellte, wie Bürgermeister oder Erfasser der VEAB und andere, verhalten sich passiv oder unterstützen die feindliche Tätigkeit durch nicht richtige oder nicht rechtzeitige Maßnahmen.

Die bäuerlichen Organisationen wie VdgB (BHG) werden vielfach zur Durchführung der gegnerischen Maßnahmen missbraucht. Der Feind schafft Waffen-, Abzieh- und Funkapparate in die ländlichen Kreise. In landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften versucht der Gegner in immer stärkerem Maße einzudringen, um diese von innen zu zersetzen.

Diese Erscheinungen der gegnerischen Tätigkeit auf dem Lande müssen von den Leitern der Bezirksverwaltungen ständig analysiert und alle Maßnahmen einer ernsten operativen Bearbeitung eingeleitet werden.

¹ BStU, MfS, BdL/Dok. 3028, 7 Bl. – Kopf: Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium des Innern, Staatssekretariat für Staatssicherheit, Der Staatssekretär. – Vermerke: GVS 4032/53, Geheime Verschlusssache, Tgb.-Nr. VSW-GVS 174/53, 32 Exemplare je 7 Blatt, 12. Exemplar, 7 Blatt, handschriftlich: Ablage L.-K. u. Sch. – Auf Bl. 7 maschinenschriftlich gezeichnet: Wollweber, F.d.R. handschriftlich gezeichnet: Schulze, Oberstleutnant.

Ich ordne an:

1. *Organisatorische Maßnahmen:*

- a) Die Stellvertreter des Staatssekretärs:
Generalmajor Last, Generalmajor Walter,
Generalmajor Gutsche, Oberst Weikert,
der Leiter der Hauptabteilung III des SfS,
die Abteilungsleiter der Hauptabteilung III des SfS,
die Chefs der Bezirksverwaltungen,
die Stellvertreter der Leiter der Bezirksverwaltungen,
die Abteilungsleiter III der Bezirksverwaltungen,
die Referatsleiter der Abteilungen III der Bezirksverwaltungen,
die Kreisdienststellenleiter,
die Leiter der Arbeitsgruppe Landwirtschaft,
gehen im Monat mindestens zweimal in eine LPG, eine MTS oder ein Dorf,
prüfen die Lage und legen die Maßnahmen zur Bekämpfung feindlicher Tätigkeit fest.
- b) die Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Landwirtschaft treten nicht mehr als stellvertretende Leiter der Politabteilung der MTS auf, sondern als Mitarbeiter des SfS. Die Arbeitsbereiche (Objekte) sind innerhalb der Kreisgrenzen festzulegen. Dadurch entfällt die operative Arbeit in anderen Kreisen. Die Bearbeitung des Arbeitsbereiches erfolgt von der Kreisdienststelle aus. In Ausnahmefällen, bei zu großer Entfernung von der Kreisdienststelle, kann die Bearbeitung vom Sitz eines Abschnittsbevollmächtigten der VP aus erfolgen. Die Entscheidung hierüber trifft der Leiter der Kreisdienststelle mit Einverständnis des Leiters der Bezirksverwaltung.
- c) Der Teil des Kreises, der von der Arbeitsgruppe Landwirtschaft zu bearbeiten ist, wird in Arbeitsbereiche (Objekte) eingeteilt.
- d) Jeder Mitarbeiter ist für seinen Arbeitsbereich voll verantwortlich. Dazu gehören die MTS, VEG, LPG, VdgB (BHG), die Ortschaften und die im Arbeitsbereich liegenden Industriebetriebe, soweit sie nicht als Schwerpunktbetrieb direkt durch die Arbeitsgruppe Industrie bearbeitet werden.
- e) Die Arbeitsgruppe Landwirtschaft bearbeitet ebenfalls alle Institutionen der Kreisstadt, welche der Landwirtschaft dienen, beim Rat des Kreises die Abteilung Landwirtschaft sowie Erfassung und Aufkauf, weiter den VEAB-Kreisbetrieb und die Kreiskontore für Landwirtschaftlichen Bedarf, für Zucht- und Nutzvieh, Bauernbank sowie beim Kreisvorstand des FDGB die Industriegewerkschaft für Land und Forst u. a.

2. *Erarbeitung der Struktur und der Schwerpunkte des Arbeitsbereiches:*

Der Mitarbeiter muss sich durch Anlegen von Objektvorgängen für seinen Arbeitsbereich und für die einzelnen Objekte eine genaue Übersicht über den ihm anvertrauten Bereich verschaffen.

Er muss die politische und wirtschaftliche Lage der MTS, LPG, VEG und sonstigen wichtigen Objekte kennen. Es ist notwendig, eine genaue Übersicht über die politische Zusammensetzung der Belegschaften und der Bevölkerung, über Konzentrationen von ehemaligen Nazis, Offizieren, Mitgliedern der SPD, von Sekten und dergleichen zu haben.

Man muss wissen, wo frühere Großgrundbesitzer und deren Interessenvertreter Unterschlupf gefunden haben. In BHG, VEG, in Sportvereinigungen und in kirchlichen Organisationen versuchen diese reaktionären Elemente Einfluss zu gewinnen und starke feindliche Gruppen zu schaffen.

Besondere Aufmerksamkeit ist auf die aus Westdeutschland zurückgekehrten oder aus der Haft entlassenen Personen zu verwenden.

Durch sorgfältige Registrierung aller Vorfälle, die auf gegnerische Tätigkeit schließen lassen, müssen die Schwerpunkte dieser Feindseligkeit erkannt werden.

3. *Schaffung eines breiten Informatorennetzes:*

- a) Die Entlarvung und Vernichtung der feindlichen Elemente auf dem Lande ist nur möglich durch eine entschiedene Änderung der Arbeit mit den Informatoren. Die Verbesserung des Informatorennetzes – sowohl zahlenmäßig als auch qualitativ – ist die wichtigste und entscheidendste Aufgabe des Mitarbeiters (Dienstsanweisung Nr. 30/53).
- b) In allen Schwerpunkten des Bereiches (MTS, VEG, LPG, BHG, VEAB-Erfassungsstellen) müssen geeignete Informatoren geworben werden. Aber auch Erfasser, Kontrolleure, Postboten, Gemeindeangestellte, Tierärzte, Klein- und Mittelbauern sowie unter Umständen auch Großbauern können wertvolle Informatoren werden. Besonders zurückgekehrte Mittel- und Großbauern haben oft gute Verbindungen zu gegnerischen Kräften.
- c) Alle für eine Werbung infrage kommenden Personen sind auf ihre Verbindungen nach Westdeutschland zu überprüfen. Bei Eignung dieser Personen, Verbindung zu westdeutschen oder Westberliner Spionagezentralen und Organisationen herzustellen, ist dem Leiter der Bezirksverwaltung unverzüglich Kenntnis zu geben.
- d) Die Anwerbung von qualifizierten Informatoren darf nicht dadurch unangemessen verzögert werden, dass die für die Anwerbung gegebenen Richtlinien, zum Beispiel bei der Ermittlung der Verwandtschaftsgrade, schematisch angewendet werden.
- e) Die Schaffung von Hauptinformatoren ist zu beschleunigen. Zuverlässige überprüfte Genossen im VEB, LPG, MTS, Erfasser, Kontrolleure, Agronomen, Gemeindeangestellte, Angestellte der Bauernbank, Instrukteure der IG Land und Forst usw. müssen unter ständiger Anleitung und Erziehung des Mitarbeiters, nachdem sie selbst als Informatoren gearbeitet haben, befähigt werden, zunächst mit einem oder zwei, später mit bis zu fünf Informatoren zu arbeiten.

- f) Es muss zum Grundsatz werden, dass Treffs nur in konspirativen Wohnungen durchgeführt werden, denn nur so ist eine gute Anleitung der Hauptinformatoren und Informatoren gewährleistet.

5.² *Abgrenzung der Aufgaben:*

Bei der Erfüllung seiner Aufgaben muss sich der Mitarbeiter auf die Schwerpunkte konzentrieren. Er kann nicht alles machen, sondern muss seine ganze Kraft auf seine Hauptaufgabe, die Vernichtung gegnerischer Agenten und Kräftegruppen, konzentrieren.

Alle Vorkommnisse, bei denen eine Arbeit gegnerischer Kräfte nicht erkennbar ist (Brände, Unfälle, Schlägereien in Trunkenheit usw.), sind den ausreichend vorhandenen Kräften der Volkspolizei zu überlassen. Bei Verdacht der Feindtätigkeit muss die Bearbeitung sofort übernommen werden, entlarvte Feinde sind festzunehmen, aufgedeckte Agenturen sind zu liquidieren.

In den bei Unfällen, Bränden usw. tätigen Kommissionen sind gute Informatoren zu werben.

Werden bei Vieherkrankungen bewusste Fehldiagnosen vermutet, so ist zur Untersuchung eine Tierärztekommision zu bilden, der ein guter Informator angehören muss.

Auch bei vermuteten Fehlentscheidungen von Brandkommissionen müssen besondere Kommissionen zur Nachprüfung gebildet werden.

Notwendig werdende Ermittlungen sind möglichst nicht vom Mitarbeiter durchzuführen, sondern durch geeignete Informatoren durchführen zu lassen.

6. *Kontrolle und Anleitung:*

- a) Jeder Mitarbeiter ist für die operative Bearbeitung seines ihm zugewiesenen Arbeitsbereiches verantwortlich und arbeitet unter Anleitung und Kontrolle des Kreisdienststellenleiters, der für die richtige Bearbeitung aller Bereiche und die Koordinierung der Arbeit verantwortlich ist.
Der Leiter der Kreisdienststelle hält den Kontakt zum 1. Kreissekretär der SED und spricht alle grundsätzlichen Fragen, die sich aus der Durchführung von besonderen Aktionen zur Entlarvung von Gegnern ergeben, mit diesem ab.
- b) Um eine bessere Anleitung und Kontrolle seitens der Bezirksverwaltungen zu gewährleisten, sind im Referat Landwirtschaft zwei bis drei qualifizierte Instruktoren einzusetzen, welche eine ständige Anleitung und Kontrolle der Sachbearbeiter für Landwirtschaft der Kreisdienststellen an Ort und Stelle durchführen. Sie haben insbesondere die in einzelnen Arbeitsbereichen gesammelten Erfahrungen allen Sachbearbeitern zu vermitteln und bei wichtigen Vorgängen oder Aktionen selbst helfend einzugreifen.
- c) Um eine Entwicklung aller Sachbearbeiter zu gewährleisten und die Mitarbeiter mit neuen Methoden des Gegners vertraut zu machen, sind regelmä-

² Punkt 4 wurde nicht vergeben.

ßig – mindestens einmal im Monat – Dienstbesprechungen mit allen Sachbearbeitern für Landwirtschaft durchzuführen.

- d) In den Wintermonaten sind auf Bezirksebene kurzfristige Internatslehrgänge zur Qualifizierung der Sachbearbeiter für Landwirtschaft durchzuführen. Hierzu sind von der Abteilung Schulung entsprechendes Schulungsmaterial und Schulungspläne auszuarbeiten.

7. Die Berichterstattung:

Die Berichterstattung an die Bezirksverwaltung und das Staatssekretariat für Staatssicherheit erfolgt nach dem zugesandten Berichtsschema (s. Anhang) monatlich.

Besondere ernste Erscheinungen auf dem Lande sind vom Leiter der Bezirksverwaltung bzw. dessen Stellvertreter dem für die Landwirtschaft verantwortlichen Stellvertreter des Staatssekretärs direkt mitzuteilen.

Erkannte Schwerpunkte und Konzentrationen gegnerischer Tätigkeit sind unter ständige Anleitung und Kontrolle der vorgesetzten Dienststelle zu nehmen mit dem Ziel, die feindlichen Gruppen aufzuklären und zu zerschlagen.

Die statistische Meldung enthält alle Vorkommnisse, also auch solche, die durch die VP bearbeitet werden. In Spalte 6 und 7 muss, wenn die Bearbeitung durch die VP erfolgt, dies durch ein K kenntlich gemacht werden. Diebstähle und andere von der VP zu bearbeitende Vorkommnisse, die nicht mit Sabotage, Terror, Diversion, Untergrund usw. in Verbindung zu bringen sind, werden nicht berichtet. Es ist zu beachten, dass am Kopf der statistischen Meldung immer das gesamte Kreisergebnis als Spalte 7 zu berichten ist.

11. Januar 1954

Anleitung für die Kontrolle in den Objekten der Landwirtschaft¹

Um Schwerpunkte, schlechte und gute Beispiele in der Landwirtschaft festzustellen, ist es notwendig die einzelnen Objekte wie VEG, LPG, Dorf, MTS usw. gründlich zu überprüfen, das heißt den tatsächlichen Stand festzustellen.

1. Hat sich der Überprüfende mit der Struktur des Objektes vertraut zu machen. Diese Angaben sind in der Kreisdienststelle erhältlich oder bei den Objekten in Leipzig in der Abteilung III Referat IV.
2. Ist festzustellen, wie wurde der Plan erfüllt. Planaufgabe – Ablieferung. Warum erfüllt, oder nicht erfüllt. Gründe und Methoden der Ablieferung bzw. der Nichtablieferung sind festzustellen.
3. Welche Schwierigkeiten gibt es im Allgemeinen? Hier sind die Ursachen festzustellen.
4. Wie wurden die einzelnen Objekte von den Behörden VVMTS, VVBHG usw. unterstützt? Wo gibt es von dieser Seite aus bürokratische Maßnahmen oder wo werden Reg[ie]rungs]-Beschlüsse nur formell durchgeführt?
5. Wie arbeitet die BGL bzw. die BPO in den Objekten? Gibt es eine Zusammenarbeit oder nicht? Wer sind die Schuldigen in dieser Beziehung?
6. Gibt es Anzeichen der Auflösung von LPG? Hier sind die Gründe festzustellen sowie durch welche Personen geschieht dies.
7. Gibt es Anzeichen, dass Personen LPG-Mitglieder auffordern aus der LPG auszutreten?
8. Wie ist der Stand der Ablieferung bei den Klein-, Mittel- und Großbauern? Hier sind die Ursachen festzustellen. Zum Beispiel sind sie in der Lage abzuliefern oder nicht, aus Gründen schlechter Bodenverhältnisse oder sind die Ablieferungen mit dem Viehhalteplan nicht in Einklang zu bringen?
9. Gibt es Anzeichen, dass Personen auffordern, der Ablieferungspflicht dem Staate gegenüber nicht nachzukommen oder propagieren die »Freie Wirtschaft«?
10. Wie ist die Zusammenarbeit zwischen VdgB (BHG), LPG sowie Klein-, Mittel- und Großbauern?
11. Welche Schwierigkeiten gibt es in der VdgB (BHG)? Wie treten die Großbauern hier in Erscheinung?
12. Wo waren die ehemaligen Großgrundbesitzer ansässig und wo sind deren Interessenvertreter untergetaucht?

¹ BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 00159/05, Bl. 3 f. – Kopf: Bezirksverwaltung Leipzig, Abteilung III. – Vermerk: handschriftlich: Ablagen III. – Auf Bl. 4 handschriftlich gezeichnet: Herrmann, Hauptmann, maschinenschriftlich: gesehen: Rümmler, Oberst.

13. In welchen Objekten sind Tierseuchen ausgebrochen? Welche Maßnahmen wurden von den Tierärzten angeordnet und werden diese eingehalten?
14. Welche Feindtätigkeit ist in den Objekten zu verzeichnen? Zum Beispiel Hetze, Zersetzung, Sabotage, Flugblattverteilung, Junge Gemeinde usw.
15. In welcher Form tritt der Klassenkampf besonders in Erscheinung? Hier sind konkrete Beispiele aufzuzeigen.

Die Überprüfung ist nicht schematisch durchzuführen. Zweck und Ziel der Überprüfung sind, ein tatsächliches objektives Bild über die Lage in der Landwirtschaft zu erhalten.

Das Ergebnis der Überprüfung ist in einem zusammenfassenden Bericht in 4-facher Ausfertigung an den Leiter der Bezirksverwaltung des Staatssekretariats für Staatssicherheit Leipzig, Genossen Oberst Rümmler, abzugeben.

2. September 1954

Dienstanweisung Nr. 45/54 für die Arbeit der Organe der Staatssicherheit in der Landwirtschaft¹

In der operativen Arbeit der Organe der Staatssicherheit in der Landwirtschaft ist ein ernstes Zurückbleiben zu verzeichnen.

Die Notwendigkeit der Verstärkung der operativen Arbeit in der Landwirtschaft wird dadurch diktiert, dass in letzter Zeit und besonders im Zusammenhang mit der bevorstehenden Wahl zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen die der DDR feindlich gesinnten Elemente ihre Zersetzungstätigkeit bedeutend aktiviert haben, was in ständig schärferen Formen des Kampfes zum Ausdruck kommt.

Eine Analyse des vorhandenen Materials zeigt, dass der Feind im Auftrage der westlichen Geheimdienste und Untergrundorganisationen in immer größerem Umfang Terror-, Diversions- und Schädlingsakte, zum Beispiel tätliche Angriffe gegen fortschrittliche Kräfte auf dem Lande, Brandstiftungen, Viehvergiftungen usw. durchführt.

Auch eine Verstärkung der feindlichen Propaganda innerhalb der Landbevölkerung durch Verbreitung von großen Mengen antidemokratischer Literatur und Flugblätter macht sich bemerkbar. Der reaktionäre Teil der Geistlichkeit und der Sekten aktiviert seine feindliche Tätigkeit.

Es gibt Fälle, in denen einzelne Personen aus feindlichen Schichten ihre Vergangenheit verheimlichen und in leitende Funktionen der örtlichen Selbstverwaltung, der MTS, der volkseigenen Güter, der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften eingedrungen sind und aktiv Schädlingstätigkeit betreiben, um die Linie der Partei und Regierung in der Landwirtschaft zu diskriminieren und Misserfolge auf dem Gebiete der Landwirtschaft hervorzurufen.

Die Überprüfung der Arbeit in einer Reihe von Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen ergab, dass einzelne Leiter und Mitarbeiter der Organe der Staatssicherheit die Schärfe des politischen Kampfes gegen die Feinde im Dorf unterschätzen und die nötigen Schritte zur Hebung des Niveaus der operativen Agenturarbeit in ländlichen Gegenden unterlassen. Dadurch wird die Zersetzungstätigkeit der feindlichen Elemente nicht rechtzeitig aufgedeckt und nicht entscheidend durchkreuzt.

Zur Verbesserung der Arbeit im Kampf gegen die feindliche Untergrundtätigkeit auf dem Dorfe befehle ich

¹ BStU, MfS, BdL/Dok. 3087, 7 Bl. – Kopf: Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium des Innern, Staatssekretariat für Staatssicherheit, Der Staatssekretär. – Vermerke: GVS 1651/54, Tgb.-Nr. VV GVS 32/54, Geheime Verschlussache, 32 Exemplare je 7 Blatt, 32. Exemplar, 7 Blatt, Eingangsstempel: MfS, 7. Sep. 1954, Tgb.-Nr. VL GVS 149/54. – Auf Bl. 7 maschinenschriftlich gezeichnet: Wollweber, Staatssekretär, F.d.R. handschriftlich gezeichnet: Gütschow, Oberleutnant.

1. Alle Leiter der Bezirksverwaltungen, der Abteilungen III und der Kreisdienststellen haben die Anleitung und Kontrolle der operativen Arbeit auf dem Lande so zu verstärken und die Verantwortung jedes Mitarbeiters so zu erhöhen, dass in kurzer Zeit entscheidende Erfolge erreicht werden. Den Mitarbeitern ist eingehend zu erläutern, dass die Verbesserung der operativen Arbeit auf dem Dorf zur Zeit eine der wichtigsten Aufgaben unserer Organe darstellt.
2. *Offizielle Verbindungen*
 - a) Die operative Arbeit muss sich auf die Partei und die fortschrittlichen Werktätigen stützen. Die in den Betrieben angewendete Praxis, Schädlinge nach Abschluss der operativen Vorarbeiten mithilfe der Partei durch die Werktätigen selbst zu entlarven, muss auch in der Landwirtschaft erfolgreich angewandt werden.
 - b) Der Mitarbeiter muss eine enge Verbindung zum Leiter der Politabteilung der MTS halten, um wichtige Hinweise für die operative Arbeit zu bekommen. Unter Wahrung der Konspiration wird er dem Leiter der Politabteilung wichtige Hinweise für die politische Arbeit geben können. Der Kontakt zu den örtlichen Parteiorganisationen ist zu verbessern, die ständige Berichterstattung über festgestellte Mängel oder andere ernste Erscheinungen muss gewährleistet sein.
 - c) Zu den Bürgermeistern und Betriebsleitern muss ein gutes Vertrauensverhältnis hergestellt werden, sodass diese dem Mitarbeiter alles Wissenswerte mitteilen.
 - d) Eine besonders enge Zusammenarbeit muss zu dem Abschnittsbevollmächtigten der Volkspolizei bestehen.
3. *Organisatorisch*
 - a) Die Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Landwirtschaft treten nicht mehr als stellvertretende Leiter der Politabteilungen der MTS auf, sondern als Mitarbeiter des Sfs. Die Arbeitsbereiche (Objekte) sind innerhalb der Kreisgrenzen festzulegen. Dadurch entfällt die operative Arbeit in anderen Kreisen. Die Bearbeitung des Arbeitsbereiches erfolgt von der Kreisdienststelle aus. In Ausnahmefällen, bei zu großer Entfernung von der Kreisdienststelle, kann die Bearbeitung vom Sitz eines Abschnittsbevollmächtigten der VP aus erfolgen. Die Entscheidung hierüber trifft der Leiter der Kreisdienststelle mit Einverständnis des Leiters der Bezirksverwaltung.
 - b) Jeder Mitarbeiter ist für seinen Arbeitsbereich voll verantwortlich. Dazu gehören die MTS, VEG, LPG, VdgB (BHG), die Ortschaften und die im Arbeitsbereich liegenden Industriebetriebe soweit sie nicht als Schwerpunktbetriebe direkt durch die Arbeitsgruppe Industrie bearbeitet werden.
 - c) Die Arbeitsgruppe Landwirtschaft bearbeitet ebenfalls alle Institutionen der Kreisstadt, welche der Landwirtschaft dienen, beim Rat des Kreises die Abteilung Landwirtschaft sowie Erfassung und Aufkauf, weiter den VEAB-Kreisbe-

trieb, die Kreiskontore für landwirtschaftlichen Bedarf sowie für Zucht- und Nutzvieh, die Bauernbank, den Kreisvorstand der Gewerkschaft Land und Forst u. a.

4. *Erarbeitung der Struktur und der Schwerpunkte des Arbeitsbereiches*

Der Mitarbeiter muss sich durch Anlegen von Objektakten für seinen Arbeitsbereich und für die einzelnen Objekte eine genaue Übersicht über den ihm anvertrauten Bereich verschaffen.

Er muss die politische und wirtschaftliche Lage der MTS, LPG, VEG und der sonstigen wichtigen Objekte kennen. Es ist notwendig, eine genaue Übersicht über die politische Zusammensetzung der Belegschaften und der Bevölkerung, über Konzentrationen von ehemaligen Nazis, Offizieren, Mitgliedern der SPD, von Sekten und dergleichen zu haben. Man muss wissen, wo frühere Großgrundbesitzer und deren Interessenvertreter Unterschlupf gefunden haben; in BHG, VEG, in Sportvereinigungen und in kirchlichen Organisationen versuchen diese reaktionären Elemente Einfluss zu gewinnen und starke feindliche Gruppen zu schaffen. Besondere Aufmerksamkeit ist auf die aus Westdeutschland zurückgekehrten oder aus der Haft entlassenen Personen zu verwenden. Durch sorgfältige Registrierung aller Vorfälle, die auf gegnerische Tätigkeit schließen lassen, müssen die Schwerpunkte dieser Feindtätigkeit erkannt werden.

5. Die Aufmerksamkeit der Mitarbeiter, welche landwirtschaftliche Objekte betreuen, ist auf die Verstärkung und die Verbesserung der Arbeit mit den Informatoren zu lenken. Die geschickte und richtige Erziehung ist darauf zu richten, dass den Informatoren die notwendigen Kenntnisse, Wachsamkeit und Konspiration vertraut werden, sodass sie eine gute disziplinierte Arbeit zur Aufdeckung feindlicher Kräfte leisten. Ohne eine gute Arbeit mit GI und GM können unsere Organe die ihnen gestellten Aufgaben nicht erfolgreich lösen.

GM und GI, die kein politisches Vertrauen genießen und von unseren Organen der Doppelseitigkeit verdächtigt werden, sind aus dem funktionierenden Agenturnetz auszuschalten und operativ zu bearbeiten. In Zukunft ist eine systematische Säuberung des Agenturnetzes von zweifelhaften und perspektivlosen Elementen zu gewährleisten.

6. Die Arbeit zur Schaffung von neuen Informatoren in ländlichen Gebieten ist aktiv fortzusetzen. Es muss erreicht werden, dass in den nächsten Monaten ein Netz von Informatoren geschaffen wird, welches fähig ist, feindliche Vorhaben in Objekten der Landwirtschaft rechtzeitig und vollständig aufzudecken. Die Werbung neuer qualifizierter Informatoren muss also besonders dort erfolgen, wo die Schwerpunkte feindlicher Tätigkeit festgestellt werden. Die Erweiterung des Informatorennetzes muss von einer Verbesserung der Qualität der angeworbenen Agentur begleitet sein.

7. Besondere Aufmerksamkeit ist auf die Anwerbung von Agenturen aus feindlichen Schichten (Großbauern, Kaufleute, Gastwirte u. a.) zu richten, um dadurch

in die feindlichen Konzentrationen auf dem Dorfe einzudringen. Solche Anwerbungen sind in der Regel nach gründlicher Überprüfung und Vorbereitung durchzuführen.

8. Die Arbeit zur Gewinnung von Residenten (GHI) und zur Schaffung von Residenturen auf dem Lande ist zu verstärken. Die Residenturen sollen aus drei bis fünf Informatoren bestehen, nach territorialen und anderen Besonderheiten der Objekte. Bei normaler Lage muss jeder operative Mitarbeiter mit mindestens zehn GM und GI sowie drei bis vier Hauptinformatoren arbeiten.
9. Die GM und Informatoren sind auf die aktive Bearbeitung der sich in den landwirtschaftlichen Objekten und in den Ortschaften ausbreitenden feindlichen Elemente, auf die Aufdeckung der Untergrundbewegung sowie die Aufklärung ihrer Schädlingstätigkeit und ihrer verbrecherischen Verbindungen zu den Diversion- und Spionagezentralen des Westens auszurichten.
Bei der Anleitung der Agentur sind die Besonderheiten und die Methoden der Zersetzungstätigkeit der feindlichen Elemente zur gegebenen Zeit zu berücksichtigen und die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit der rechtzeitigen Entlarvung des Feindes zu konzentrieren, um ihm nicht die Möglichkeit zu geben, sein verbrecherisches Vorhaben zu verwirklichen.
10. Alle Personen, bei welchen terroristische Absichten zu vermuten sind sowie der Diversionstätigkeit Verdächtige, sind unter Kontrolle zu nehmen. Die Überprüfung der eingegangenen Signale ist in kürzester Frist zu gewährleisten, und nötigenfalls sind entscheidende Maßnahmen zur Durchkreuzung der Vorhaben des Feindes durchzuführen. Über die Entstehung solcher Vorgänge ist das Staatssekretariat sofort zu informieren.
11. Bei allen Vorkommnissen von besonderer Bedeutung, wie Morde, Brände, Viehseuchen u. ä. ist sofort eine gründliche Untersuchung einzuleiten und gleichzeitig das Staatssekretariat in Kenntnis zu setzen.
Nach Abschluss der Untersuchung ist ein Schlussbericht an das Staatssekretariat zu geben, der enthalten muss, von wem die Untersuchung durchgeführt wurde, in welcher Richtung die Untersuchung geführt wurde, was konkret festgestellt wurde und welche weiteren Maßnahmen vorgesehen sind. Die Schlussberichte sind dem Leiter der Bezirksverwaltung oder seinem Stellvertreter zur Bestätigung vorzulegen.
12. Es ist eine systematische und wirksame Kontrolle und Hilfeleistung für die Kreisdienststellen in ihrer Arbeit auf der Linie der Landwirtschaft zu organisieren. Zu diesem Zweck haben die leitenden Mitarbeiter der Verwaltung und der Abteilung III planmäßig Fahrten in die Kreisdienststellen durchzuführen. Die Leiter der Kreisdienststellen und die auf der Linie der Landwirtschaft tätigen Mitarbeiter sind zur Berichterstattung in die Bezirksverwaltungen zu rufen.

13. Dem zuständigen Stellvertreter des Staatssekretärs ist einmal in zwei Monaten ein Bericht »über die Ergebnisse der operativen Arbeit im Bezirk auf der Linie der Landwirtschaft« nach beigefügter Form vorzulegen. Der Bericht ist vom Chef der Bezirksverwaltung oder seinem die Arbeit der Abteilung III anleitenden Stellvertreter zu unterzeichnen. Der erste Bericht für den Zeitraum September/Oktober 1954 ist zum 10. November 1954 einzureichen. Außerdem haben die Kreisdienststellen und die Bezirksverwaltungen monatlich statistisch nach den Formblättern A und B zu berichten.

Die Direktive Nr. 47/53 ist hiermit aufgehoben und an das Staatssekretariat zurückzusenden.

Abkürzungen

ABV	Abschnittsbevollmächtigter
AE	Arbeitseinheit
AIM	Archivierter IM-Vorgang
AOP	Archivierter Operativer Vorgang
ASt	Außenstelle
AU	Archivierter Untersuchungsvorgang
BdL	Büro der Leitung – Büro des Ministers für Staatssicherheit
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BHG	Bäuerliche Handelsgenossenschaft
BL	Bezirksleitung
BPO	Betriebsparteiorganisation
BStU	Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
BV	Bezirksverwaltung (des MfS)
BV MTS	Bezirksverwaltungen der Maschinen-Traktoren-Stationen
CDU	Christlich-Demokratische Union
DA	Deckadresse
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DBV e. V.	Deutscher Bauernverband
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GBI	Gesetzblatt
GHI	Geheimer Hauptinformer
GI	Geheimer Informator (1950–1968)
GM	Geheimer Mitarbeiter (1950–1968)
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
GVS	Geheime Verschlusssache
HA	Hauptabteilung
HO	Handelsorganisation
JHS	Juristische Hochschule (des MfS)
KD	Kontrollratsdirektive
KgU	Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KW	Konspirative Wohnung
LDP	Liberal-Demokratische Partei
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands

LNF	Landwirtschaftliche Nutzfläche
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
LW	Landwirtschaft
MAS	Maschinen-Ausleih-Station
MdI	Ministerium des Innern
MF	Mikrofilm
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MTS	Maschinen-Traktoren-Station
ND	Neues Deutschland
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
PA	Postausgang
SA	Sturmabteilung (der NSDAP)
SAPMO-BA	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SdM	Sekretariat des Ministers
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SfS	Staatssekretariat für Staatssicherheit (1953–1955)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel (der NSDAP)
StA-D	Staatsarchiv Dresden
StA-L	Staatsarchiv Leipzig
UfJ	Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VEAB	Volkseigene Erfassungs- und Aufkaufbetriebe
VEB	Volkseigener Betrieb
VEG	Volkseigenes Gut
VHZ	Volkseigene Handelszentrale
VHZN	Volkseigenes Handelskontor für Zucht- und Nutzvieh
VMAS	Verwaltung der Maschinen-Ausleih-Stationen
VV BHG	Vereinigung Volkseigener BHG
VV MTS	Vereinigung Volkseigener MTS
ZA	Zusammenarbeit
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZK	Zentralkomitee (der SED)
ZOV	Zentraler Operativer Vorgang

Angaben zur Autorin

REGINA TESKE

Jahrgang 1951, Studium der Geschichte und Information/Dokumentation an der Humboldt-Universität zu Berlin, Tätigkeit bei der Akademie der Wissenschaften der DDR, seit 1991 Mitarbeiterin der Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und hier in verschiedenen Bereichen, seit 1996 in der Abteilung Bildung und Forschung im Projekt Politische Gegnerschaft in der DDR, tätig.